

J. publ. G.

223

£

J. publ. G.
223 2

Faenster

<36626503090016

S

<36626503090016

Bayer. Staatsbibliothek

Der
Magdeburgische Sessionsstreit.

Inaugural-Dissertation

welche nebst den beigefügten Thesen

mit Genehmigung der

hohen philosophischen Facultät der Universität Breslau

behufs Erlangung der Doctorwürde

Dienstag, den 21. October 1890, Mittags 12 Uhr

im Musiksaal der Universität

gegen die Herren Opponenten:

Felix Rachfahl, Dr. phil.

Ernst Seltmann, cand. phil.

öffentlich vertheidigen wird

Hermann Foerster

aus Ohlau in Schlesien.

Magdeburgische Bibliothek

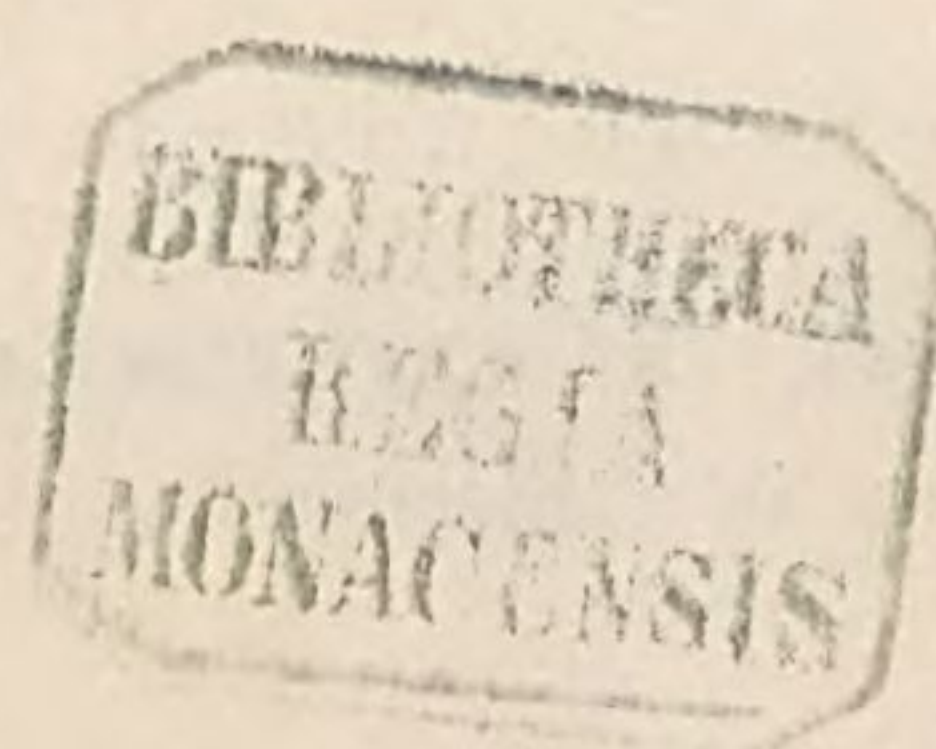
Magdeburgische Bibliothek

Magdeburgische Bibliothek

Magdeburgische Bibliothek

Magdeburgische Bibliothek

Magdeburgische Bibliothek



Meinem hochverehrten Lehrer

Herrn Professor Dr. J. Caro

und

Herrn Professor Dr. J. Caro
Meyers hochverehrten Jahrestages

und

Frau Marie Brunnquell

i n D a n k b a r k e i t

gewidmet

vom Verfasser.

Ein Marie Brinckhoff

in Frankfurt

gewidmet

von Vortmann

Nach einer Bemerkung K. Palm's am Schlusse seiner Abhandlung über den Primat Magdeburgs (Forschungen B. XVII.), in der er auch auf Grund der Akten der Magdeburgischen Archive den Gang des Sessionsstreites bis 1582 wiedergiebt, könnte es scheinen, als ob die vorliegende Arbeit überflüssig geworden, da ja, wie Palm sagt, der 2. ungleich wichtigere Teil des Streites bereits von Ranke's Meisterhand geschildert sei. In der That hat Ranke im VII. Bande seiner Deutschen Geschichte den Magdeburger Sessionsstreit zum Hauptpunkt seiner Schilderung der Reichstage von 1582, 1594 und 1597 gemacht. Die vorliegende Arbeit sucht den Streit als Ganzes darzustellen, den 2. Teil aus dem 1. zu folgern, den schliesslichen Ausgang zu berichten. Natürlich bleibt ja da, wo ein Ranke gearbeitet, wenig zu berichtigen; wenn ich doch einige male anderer Ansicht war, etliches auch mehr bringen konnte, so rührt das daher, dass hier als Thema behandelt wurde, was der Meister nur als Mittel zum Zweck benützte, dass mehr auf Einzelheiten eingegangen werden konnte, die Ranke zu seiner Darstellung nicht brauchte, die er z. T. deshalb als noch zu verwertendes Material in den Anhang des genannten Werkes setzte. So sind eine Hauptquelle dieser Arbeit die betreffenden Akten des Geheimen Staats-Archivs gewesen, die er am obigen Orte veröffentlichte. — Ausser den in diesen beiden Werken enthaltenen archivalischen Nachrichten standen mir solche in Gestalt eines Volumens aus dem Geheimen Staats-Archiv vom Jahre 1582 und eines Fascikels aus dem Kgl. Staats-Archiv zu Magdeburg über die Vorgänge von 1597 zur Verfügung (s d. Anm. im Anhange). Ferner dienten als Quellen: Häberlins Teutsche Reichsgeschichte mit der Fortsetzung von

Senkenberg (vom 21. Bande an), welche Nachrichten aus Wolfenbüttelschen und Brandenburgisch - Onolzbachischen Archiven enthält, die hier in Betracht kommen. — Mosers Deutsche Rechtsgeschichte ist trotz ihrer mehrfachen Ungenauigkeiten wegen der Nachrichten aus jetzt seltenen oder gar nicht mehr vorhandenen Schriften wertvoll. — Dann sind benützt worden die Werke von Lünig, namentlich die Staats-Consilia, Senckenberg's Sammlung ungedruckter Schriften, Arumaeus de comitiis; für die Abhandlung über den Primat: Mascov: de Primatibus, Petrus de Marca: de Primatibus etc., Grossfeld: De origine Magdeburgensi, Lentz: Magdeburgische Stiftshistorie, Rettberg: Kirchengeschichte von Deutschland, Weizsäcker: Hinkmar und Pseudo-Isidor in Niedner (Illgen), Zeitschrift für historische Theologie; endlich: Janssen: Geschichte des deutschen Volkes, B. V., Droysen: Geschichte der preussischen Politik, II., Wolf: Maximilian I. von Baiern, Hoffmann (Hertel & Hülse) Geschichte von Magdeburg, welche aus Rathmann's Geschichte der Stadt Magdeburg schöpft, Ranke's Päpste, Buchholz: Ferdinand I., Hammer-Purgstall: Leben des Kardinals Khlesl, Gindely: Rudolf II. und seine Zeit, Spicker: Kirchengeschichte von Norddeutschland etc.

I.

Die Goldene Bulle ist das erste Gesetz, welches über die Rangordnung der deutschen Fürsten Bestimmungen enthält. Indem aus der Zahl der Reichsfürsten die Kurfürsten herausgenommen und mit besonderen Vorrechten begabt wurden, wurden auch ihre Rangverhältnisse auf Reichstagen wie ausserhalb derselben genau festgesetzt. Unter den übrigen musste der Mangel jeder Bestimmung darüber, namentlich als die Praxis der Reichstage sich vervollkommnet hatte, und die Rangordnung, nach der sich das Votieren richtete, zu grosser Bedeutung gekommen war, zu Streitigkeiten führen. So finden wir denn seit dem Ende des 15. Jahrhunderts in den Reichsabschieden Streitigkeiten um die Session, den Vorrang im Sitzen und Abstimmen, erwähnt, und der Reichserbmarschall, der den einzelnen Ständen auf den Reichstagen den ihnen zukommenden Platz anzuweisen hatte, musste es öfter geschehen lassen, dass man die Entscheidung des Kaisers anrief¹⁾. Da selten eine dieser Streitigkeiten beigelegt wurde, neue aber öfter dazukamen, so mehrten sich dieselben von Reichstag zu Reichstag; 1653 und 1654 waren ihrer so viele, „wie kaum zuvor oder nachher“.²⁾ Die Schuld daran trugen sowohl die streitenden Parteien, als die Kaiser, denen die Entscheidung darüber zukam. Diese hatten zwar manchmal Abhilfe zu schaffen versucht; lag es ja doch in ihrem Interesse, dass die Verhandlungen der Reichstage, besonders wenn sie die Bewilligung von Geldern betrafen, durch solchen Streit nicht aufgehalten würden; wohl war es ihnen auch manchmal gelungen, die Parteien zu einem gütlichen Vergleich zu bewegen, aber einen Entscheid zu thun, wenn die Einigung

¹⁾ Moser, Deutsche Rechtsgeschichte, IV., 349.

²⁾ Moser, IV., 363.

nicht zustande gekommen war, scheuten sie: Sie wollten sich weder den ewigen Hass der Partei, gegen die sie entschieden müssten, zuziehen, noch sich der Unterstützung eines Reichsstandes dadurch berauben. Die Streitenden mochten es wohl oft am guten Willen, sich zu vergleichen, fehlen lassen, ihre Klagen und Gründe, wenn sich der Kaiser zu entscheiden erbot, nicht einreichen, den Streit absichtlich hinziehen, da sie lieber ein bestrittenes Recht besitzen, als durch einen kaiserlichen Spruch alles verlieren wollten.

So kam es, dass man in der Mitte des 17. Jahrhunderts an eine Abhilfe dieser Sessionsstreitigkeiten ernstlich nicht mehr glaubte, wie es ein Bericht bei Moser¹⁾ ausdrückt: Und wird wohl künftig in alle Reichsabschiede die Kaiserliche Verordnung eingerückt werden müssen: „mit Reservierung eines jeden interessierten Standes Gerechtigkeit“ etc. sei die Session genommen worden²⁾.

Unter den Sessionsstreitigkeiten ist die bedeutendste die, in welche das Erzstift Magdeburg mit Salzburg und Oestreich verwickelt war; denn über 100 Jahre währte der Streit, der zuerst als Object den Vorsitz im Reichsfürstenrate hatte, seit 1582 aber, als dem protestantischen Erzbischof von Magdeburg das Recht bestritten wurde, im Reichstage zu sitzen, eine Frage von der grössten Bedeutung für einen grossen Teil der Reichsstände geworden war.

Auf dem Augsburger Reichstag von 1500 ist zum ersten mal davon die Rede: Magdeburg, das seit Errichtung der 3 Reichskollegien³⁾ im Fürstenrate den Vorsitz geführt hatte, wird in diesem Besitze nicht nur von Salzburg, sondern auch von dem Erzhause Oestreich angegriffen, obwohl letzteres zu den weltlichen Reichsständen gehörte und bis dahin auch auf der Bank der weltlichen Fürsten gesessen hatte. Aber da es hier nicht den ersten Platz errungen hatte, versuchte es,

¹⁾ a. a. O.

²⁾ Ausser bei Moser finden sich hierüber mannigfache Klagen und Betrachtungen beim Arumaeus, de Comitibus, der als Ursache der Sessionsstreitigkeiten auch lokale Verhältnisse annimmt.

³⁾ Nach Ranke, Deutsche Geschichte I, 61. i. J. 1489.

mit dem Vorsitz auf der geistlichen Bank das Direktorium des Fürstenrates, das damit verbunden war, an sich zu ziehen. Es war bei beiden (Con) Mitbewerbern sowohl der Einfluss, den die Inhaber dieser Würde auf die politischen Geschäfte des Reichstages hatten¹⁾, als — insbesondere für Oestreich — die Stellung, die sie in der Rangordnung der Fürsten einnahmen, ein Antrieb zur Konkurrenz. Hatten die Erzherzöge dieses Amt inne, so waren sie, was sie zu sein strebten: die ersten Fürsten nach den Kurfürsten. Dass sie diese Stellung durchaus für sich in Anspruch nahmen, geht aus der Schrift hervor, welche Oestreich wie die anderen Parteien zur Begründung ihrer Ansprüche gemäss des Reichsabschiedes von 1500 bis zum St. Martinstage nach Nürnberg dem Kaiser oder seinem Stellvertreter einreichen sollten. Diese Schriftstücke sollten denen, die es betrifft (der Gegenpartei), zur Erwiderung zugeschickt, und alles dann den Kurfürsten vorgelegt werden. Der Kaiser erbot sich schliesslich, mit Zuziehung der Reichsregenten Einsicht zu nehmen und das Urteil zu fällen²⁾. In diesen Schriften, die wir teilweise kennen³⁾, fordert Oestreich den Vorsitz auf Grund seiner Würde und der Verwandtschaft des Erzhauses mit dem Kaiser. Magdeburg und Salzburg suchen eingehender ihre Ansprüche zu begründen; dieses beruft sich auf sein Alter als Erzbistum, auf die seinem Erzbischofe zu-

¹⁾ Die Direktoren sassen vor und gaben zuerst ihre Stimme ab, sie notierten die Stimmen der übrigen, hatten überhaupt die Protokolle unter sich, ferner vermittelten sie den Verkehr mit dem Kurfürstenkollegium und dem Kaiser. Arumaeus, de comitiis S. 516.

²⁾ Moser IV., 349.

³⁾ Palm, Ueber den Primat des Erzstifts Magdeburg, Forschungen XVII. S. 262 ff. enthält den Inhalt der 3 Vorbringen, ferner die Einrede Magdeburgs gegen Salzburg und „2 Deductionen privater Natur, von denen die eine die instructio iuris et facti ist, die ein Ordinarius und Dr. Johannes Breitenbach dem Domdechanten Adolf von Anhalt übersandte.“ — Nach Hoffmann, Geschichte der Stadt Magdeburg, neu bearbeitet von Hertel u. Hülse, I., 271 und 272, war Adolf von Anhalt, Dompropst, und Breitenbach (sic), Professor der Rechte in Leipzig, auch 1497 bei Abfassung des Vertrages zwischen Erzbischof Ernst und der Stadt, der den späteren derartigen Verträgen stets zu Grunde lag, thätig.

kommende Würde eines *legatus natus* für Noricum und darauf, dass es schon früher manchmal vor Magdeburg gesessen habe, Magdeburg hebt in der Hauptsache seine Würde als *primas Germaniae* hervor. — Es sei hier gleich vorausgeschickt, dass Magdeburg durchaus kein Recht hatte, diesen Titel zu führen, da die Fälschung der betreffenden Stelle in der Bulle, durch die der Primat an dieses Erzstift verliehen wird, als erwiesen angesehen werden muss¹⁾; aber es durfte sich wohl darauf berufen, da es den Titel viele Jahre hindurch geführt hatte und in seinem Besitze anerkannt worden war, weil ferner Zweifel an der Rechtmässigkeit dieses Besitzes bis dahin — vielleicht nicht einmal in den Magdeburgischen Erzbischöfen selbst — aufgestiegen waren.

Die Begründung der Ansprüche durch das Alter des Erzstifts und das Herkommen von Seiten Salzburgs, widerlegt Magdeburg selbst in der Erwiderung: nach dem Alter könne man sich nicht richten, danach müsste auch Bremen vor Magdeburg sitzen, das Herkommen spräche vielmehr für Magdeburg, welches viel öfter vor Salzburg gesessen habe, als dieses vor Magdeburg.

Es stehen sich darnach die beiden kirchlichen Würden gegenüber, und will man die Entscheidung nach dem Range der Streitenden fällen — wie sich ja thatsächlich die Ordnung im Sitzen auf Reichstagen aus der Rangordnung der Reichstände gebildet hat — so entsteht die Frage: sitzt der *legatus natus* für Noricum vor dem *primas Germaniae* oder umgekehrt? Zur Entscheidung derselben wird es notwendig sein, die Bedeutung namentlich der letzteren Würde zu berühren, zumal Magdeburg seine Stellung vor dem Sessionsstreit zumteil gerade diesem Titel verdankte.

Lange Zeit hat man der Würde eine höhere Bedeutung gegeben als ihr zukam²⁾. Allerdings kann man 2 Arten

¹⁾ Nach dem Vorgange Jannings in den *acta sanctorum Junii VI.*, Grossfelds Dissert. de archiepiscopatu Magdeburgensi hat Palm in der obengenannten Abhandlung die Fälschung aus dem Texte selbst und dem Widerspruch des Inhalts mit den geschichtlichen Thatsachen bewiesen.

²⁾ Lentz, Magdeb. Stiftshistorie, von Ludewig, De primatibus Germaniae siehe auch S. 10.

von Primaten unterscheiden, eine höhere von solchen, die Jurisdiktion über Erzbischöfe eines gewissen Sprengels haben, und eine niedere von solchen, die nur Ehrenrechte geniessen, aber die Möglichkeit dieser Unterscheidung ist dadurch entstanden, dass die Primaten kein regelmässiges Glied in der Hierarchie bildeten, dass zu verschiedenen Zeiten die Würde eine verschiedene Bedeutung hatte¹⁾.

Die pseudoisidorischen Dekretalien machen die Charakterisierung noch unklarer²⁾. Daran ist festzuhalten, dass der Primat in der Zeit, in welche die Verleihung des Magdeburgischen fällt nur ein Ehrenprimat war, wie aus dem Wesen und der Fassung der gleichzeitigen Verleihung hervorgeht und aus dem Umstande, dass zu dieser Zeit ja auch ein *primatus Germaniae* von Mainz bestand³⁾.

Aber zu diesen Ehrenrechten gehörte anerkanntermassen der Sitz vor den Geistlichen gleichen Ranges. Diese Bestimmung genügt für die Frage: Der *legatus* für Noricum hätte nur auf einer Versammlung, die in Noricum stattfand, vor dem Erzbischof von Magdeburg sitzen dürfen, in dem übrigen Deutschland musste dieser als primat vor jenem sitzen. Aber Magdeburg hat in den genannten Schriften Salzburgs Berufung auf die Legatenwürde damit zurückgewiesen, dass man nicht politische Rechte durch eine kirchliche Würde begründen dürfe; und obwohl es von Salzburg während des ganzen Streites merkwürdigerweise nicht geschah, kann man diesen Einwand doch gegen Magdeburg selbst machen. Sieht man von der geistlichen Würde ab, so war für die Entscheidung allein das Herkommen ausschlaggebend, nach welchem auch gerade Sessionsstreitigkeiten in der Folge entschieden worden sind. Das Recht aber, das durch dauernden Besitz entsteht, hatte Magdeburg dadurch, dass es in früheren Jahr-

¹⁾ Siehe darüber am besten Hinschius, das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten in Deutschland I S. 612 und folgende.

²⁾ Siehe darüber das obige Werk und Weizsäcker, Hinkmar und Pseudo-Isidor in Niedners Zeitschrift für historische Theologie Jahrgang 58.

³⁾ Siehe auch d. obengen. Schrift von K. Palm in den Forschungen XVII.

hundertten meist, — im 15. stets vor Salzburg gesessen hatte. Wie war es zu dieser Stellung gekommen? Im Jahre 968 von Otto I. gegründet, stand Magdeburg an Alter sowohl Salzburg als Bremen nach, aber es war von Otto mit vielen Gütern ausgestattet worden und genoss als Begräbnisstätte seiner Gemahlin bald grösseres Ansehen. Dafür sprechen die Auszeichnungen, die dem ersten Erzbischofe Albert vom Pabste verliehen wurden; denn wenn auch die Stelle über den Primat in der Bulle von 971 gefälscht ist, so ist doch der zweite Teil derselben, in dem Magdeburg den 3 rheinischen Erzbistümern gleichgestellt wird, und sein Erzbischof verschiedene den Kultus betreffende Privilegien erhält, wiederholt bestätigt worden.

Der Einfluss Magdeburgs auf das Vordringen deutscher Kultur im Osten ist bekannt, mit dem Handel und dem Ansehen der Stadt wuchs auch das des Erzbistums, namentlich als es durch tüchtige Verwalter, wie Norbert, Wichmann und Albert von Hallermünde an Land und Gütern reich geworden war. Die Blüte Magdeburgs bezeichnet die Thatsache, dass im Jahre 1196 die Enkel Albrechts des Bären, Otto II und Albrecht, vom Erzbischof Ludolf besiegt allen ihren Besitz diesem und dem Erzstifte zu Lehen auftrugen — bis 1449 waren alle Markgrafen von Brandenburg Vasallen Magdeburgs.¹⁾ — So ist es wohl gekommen, dass auf Reichs- und Hoftagen Magdeburgs Erzbischöfe gewöhnlich denen von Mainz, Trier und Cöln in der Subskription folgten; selten stehen sie nach denen von Salzburg²⁾.

Man sollte erwarten, schon unter Erzbischof Dietrich (1361—1367) den Titel primas in Gebrauch zu finden, da dieser Liebling Karls IV. von ihm zu den höchsten Würden erhoben wurde³⁾. Dietrich hat infolge dessen das Erzstift

¹⁾ Riedel, cod. dipl. Brandenb., I., 2 ff.

²⁾ Ficker: Reichsfürstenstand I., 171; die Stelle desselben Werkes, auf welche gestützt Palm das Gegenteil behauptet, ist nicht die entscheidende.

³⁾ Er wurde nacheinander Bischof zu Minden, Propst zu Wischerad, Geheimrat, oberster Kanzler und Kämmerer des Königreichs Böhmen,

auch die Bestätigung sämtlicher Privilegien, die es bei seinem Regierungsantritte von Karl IV. erhielt, zu danken, wodurch auch die gefälschte Primatsbulle gewissermassen sanktioniert wurde.

Einmal dies mag seinen Nachfolger bestimmt haben, den Titel primas anzunehmen, dann aber folgendes: Die goldene Bulle hatte den Kurfürsten eine Ausnahmestellung gegeben; das musste auch denjenigen unter den Fürsten, welche auch eine höhere Stelle im Reiche einnahmen und sich zurückgesetzt fühlten, den Wunsch erregen, sich selbst zu entschädigen. Gerade in dieser Zeit fing Rudolf IV. von Oestreich an, sich „Erzherzog“ zu schreiben. — Ausserdem musste Dietrich um die Pläne wissen, die Karl IV. mit dem 1344 gegründeten Erzbistum Prag hatte, dessen Erzbischof er 1365 vom Papst Urban V. zum legatus natus in den Diözesen Meissen, Regensburg und Bamberg ernennen liess. Wenn auch kein Versuch gemacht wurde, die darüber erlassene Bulle an die Oeffentlichkeit und die Würde zur Durchführung und Anerkennung zu bringen, so waren dies und das vorher Erwähnte doch angethan, einen Erzbischof von Magdeburg zu bewegen, einen Titel anzunehmen, den er in seinen Privilegien, die ihm im allgemeinen erst kürzlich wieder bestätigt waren, vorfand, und der ihm neuen Glanz und die erste Stellung nach den Kurfürsten unter den Prälaten Deutschlands verschaffen musste. Dennoch findet sich der Titel zuerst in den Urkunden Albrechts II. von Sternberg (1367—1371) u. z. zufälligerweise in derjenigen, in der er die Niederlausitz an Karl IV. verkauft, als ob „der schlechteste Verwalter des Erzstifts“ wie ihn Palm nennt, (er war es auch, der bei seinem Weggange die Reliquien des Domes mitnahm) durch die Annahme der neuen Würde die Einbusse an wirklicher Macht beschönigen wollte. Dem Unternehmen fehlte nicht der Erfolg: im Jahre 1424 wurde der Titel von

Reichsfürst, Reichsverweser und Vogt in Deutschland und erhielt endlich Magdeburg. — Hoffmann's Geschichte der Stadt Magdeburg, neu bearbeitet von Hertel u. Hülse, I., 150.

der kaiserlichen Kanzlei gebraucht, und seitdem fehlte ihm auch die Anerkennung von anderen Seiten nicht mehr; Konzilien und Päpste wandten häufig den neuen Titel an und bei den Magdeb. Erzbischöfen selbst wird er bald zum stehenden Prädikat. Erzbischof Günther aber (1403—1445) machte von der Würde den ausgedehntesten Gebrauch. Es ist schon gesagt worden, dass die Vorstellungen über die den Primaten zustehenden Rechte nicht deutlich waren ¹⁾; nur so ist es zu erklären, dass von Günther der Primat ausgeübt wurde. Nach der obengenannten *instructio juris et facti* ist an Vorgänger des Erzbischofs Ernst (1475—1513), nämlich an Günther und Friedrich III. (1446—1464) von dem Offizial des Erzbischofs von Bremen und an S. Gnaden (Ernst) selbst von den General-Offizialen für Thüringen Mainzischer Diözese appelliert worden. Und ausser dem Appellationsrecht wurde von Günther auch das Konfirmationsrecht ausgeübt, das im Anfange der Kirche nur der Bischof von Thessalonich gehabt hatte, das aber längst auf den Papst übergegangen war.

Wie aus der Schilderung des Falles, die Palm giebt, hervorgeht, ist die Ausnahme, die die Konfirmation des Erzbischofs Gerhardt von Bremen durch unseren Günther im Jahre 1444 bildet, nur durch die Zeitumstände zu erklären. Sie war nur möglich in einer Zeit, in der durch die Konzilien die Autorität der Päpste gebrochen war, in der nach der Neutralitätserklärung die deutschen Kurfürsten beschlossen hatten, den geistlichen Reichsfürsten die kirchliche Jurisdiction zu überlassen.

Ob nun dieser ausgedehnte Gebrauch des Titels dazu beigetragen hat oder nicht — jedenfalls finden wir seit dem Reichstage von Nürnberg 1431, wo in dem Anschlage für den

¹⁾ Salzburg selbst giebt in seiner Begründungsschrift an: denn nach den Bestimmungen des kirchlichen Rechts könne von allen Erzbischöfen der Primat an das Forum des Primaten appelliert werden.

Hussitenkrieg Magdeburg nach den Kurfürsten an erster Stelle und vor Salzburg genannt ist, dieses Erzbistum an derselben Stelle, an der Spitze der Reichsfürsten¹⁾.

Wir sehen also, auch das Herkommen entschied die Streitfrage zu Gunsten Magdeburgs auch Oestreich gegenüber, das sich auf seine Würde als Erzhaus und seine Verwandtschaft mit Kaisern und Königen berief, übrigens sich mit seinem Titel in derselben Lage befand wie Magdeburg: bekanntlich war auch dieser angemasst. „Aber je weniger Gründe es anbringt, desto drohender fordert es.“ Oestreich hatte bis dahin seinen Platz auf der Bank der weltlichen Fürsten und — mit Ausnahme der im Jahre 1486 und 1487 gehaltenen Reichsversammlungen, wo es an ihrer Spitze sass — hinter Baiern und den Herzögen von Sachsen gehabt. Lünig berichtet²⁾: Als dem Hause Oestreich nach erlangter Dignität des Erzherzogtums kein Vorsitz und Ober-Stimme auf der weltlichen Fürsten Bank von den vornehmen Kur- und Fürstlichen Häusern Baiern, Pfalz und dergl. verstattet werden wollen, hat sich solches Haus auf die geistliche Bank begeben und der Ober-Stimme angemasset, welches das Erzstift Magdeburg Primats wegen weder Erzbischof Ernst noch nachher Albert verstatten wollen.“

Vorläufig hatte auch Magdeburg noch die Macht, seine Gründe und Rechte zu vertheidigen, seinen Sitz zu behaupten.

Erzbischof Ernst, ein Fürst aus dem sächsischen Hause, besass hohes Ansehen; er war 1495 in die Reichsregentschaft gewählt worden, und bei seinem Alter hatte seine Stimme grossen Einfluss. Er behauptete auf dem Reichstage von

¹⁾ So 1438 in Nürnberg, 1460 in Wien,
 1471 = Regensburg, 1480 = Nürnberg,
 1481 = Nürnberg, 1486 = Frankfurt,
 1487 = „ 1489 = „
 1491 = „ 1495 = Worms,

und 1498 = Freiburg. (Neue Sammlung der Reichsabschiede.)

Ranke (Deutsche Geschichte VII, 112) lässt Magdeburg sogar eine den geistlichen Kurfürstentümern analoge Stellung einnehmen.

²⁾ Moser: Deutsche Rechtsgeschichte XXXV., 514.

1500 den Vorsitz vor Paul von Lichtenstein, dem Gesandten Philipps von Oestreich, hinter dem Ilseung als Gesandter Salzburgs sass. Während 1501 und 1505 (in Nürnberg und Cöln) Magdeburg gar nicht oder nur durch Gesandte vertreten war, sass Salzburg an erster Stelle (Oestreich 1501 unter den Kurfürsten)¹⁾, 1507 aber in Costnitz und 1510 in Augsburg ist Magdeburg als Primas an erster Stelle unterschrieben. In dem Abschiede des Reichstages von Cöln 1512 ist Magnus von Anhalt, Magdeburgs Gesandter, hinter Uriel von Mainz, der Salzburg vertrat, unterzeichnet, aber im Trierer Nebenabschiede desselben Jahres steht Uriel von Mainz hinter Magnus von Anhalt²⁾.

Diese Subscriptionen beweisen, dass die persönlich anwesenden Reichsstände bei streitiger Session den Vorzug vor den Gesandten der anderen Partei hatten. Dasselbe bezeugt ein dahingehender Befehl Kaiser Maximilians an den Reichserbmarschall³⁾, die einzige Massregel, die der Kaiser in dieser Sessionsstreitigkeit traf. Er entschied weder für Magdeburg noch für eine der anderen Parteien, sondern erhielt sich aus den eingangs erwähnten Gründen durch die Bestimmung, dass die Parteien täglich abwechseln sollten, die Unterstützung von allen dreien, zog aber auch dadurch den Streit in die Länge.

Während aber Ernst von Sachsen „je und alle Wege bis er mit dem Tode verblichen des Primats und Erzstifts Magdeburg Praeminenz und Hoheit sowohl wider Oestreich

¹⁾ Neue Sammlung der Reichsabschiede; nicht Magdeburg, wie Häberlin will (Deutsche Reichsgeschichte XII.), Magdeburg hätte den Vorsitz gehabt — „und denselben auf den 1500, 1504, 1505 und 1507 gehaltenen Reichstagen sowohl vor Salzburg als vor Oestreich behauptet.“

²⁾ Neue Samml. d. R.-Abschiede.

³⁾ Moser IV., 350 und 351. „Auch meldet obengenannter Sommer noch, als zu Kaiser Maximilians Zeiten zwischen Magdeburg, Oestreich und Salzburg Rangstreitigkeiten obgeschwebt, habe der Kaiser dem Reichserbmarschall befohlen, so sie alle 3 oder deren 2 in eigener Person vorhanden, solle einem um dem andern angesagt werden; wo aber einer allein persönlich zugegen wäre, dem solle allezeit angesagt werden und den Vorsitz haben; also solle auch den Botschaften einen Tag um den andern angesagt werden.“

als wider Salzburg zu Recht vertrat“¹⁾, gelang dieses seinem Nachfolger nicht ebenso, obwohl Albrecht jenen an Macht und Ansehen noch übertraf²⁾. Denn Albrecht von Brandenburg erhielt, nachdem er am 9. März 1514 auch zum Erzbischof von Mainz gewählt war, das Pallium vom Papste, obwohl er noch nicht das erforderliche Alter hatte³⁾, und vereinigte so im Alter von 25 Jahren zwei Erzbistümer in seiner Hand.

Es war auch nicht sowohl Albrecht selbst daran schuld, dass der Streit unter seiner Regierung nicht so günstig verlief, als der Umstand, dass er als Erzbischof von Mainz seine Session naturgemäss im Kurfürstenkollegium nahm und sich als Erzbischof von Magdeburg im Fürstenrate durch Gesandte vertreten liess. Dies war eine Ursache, die dazu führte, dass Magdeburg schliesslich der Vorsitz entrissen wurde. Denn während seine Gesandten sich gemäss der obengenannten kaiserlichen Verordnung stets hinter den meist persönlich anwesenden Erzherzögen von Oestreich und Erzbischöfen von Salzburg setzen mussten, gewöhnten sich jene daran, den Vorsitz einzunehmen resp. nur einen Gegner, der ihnen denselben streitig machte, vorzufinden. Dazu kam, dass Oestreich in Erzherzog Ferdinand und Salzburg in dem bekannten Matthaeus Lang Vertreter hatten, die in der Politik eine Rolle spielten und von denen letzterer die Reichstage eifrig besuchte⁴⁾.

¹⁾ Moser, a. o. O.

²⁾ Er wurde am 30. August 1513 im Alter von 24 Jahren zum Erzbischof von Magdeburg, am 9. September zum Bischof von Halberstadt postuliert. — Rathmann, Geschichte von Magdeburg, III., 301 u. f.

³⁾ Er erhielt diese Bestätigung zunächst unter der Bedingung, dass er sich bis zum 27. Jahre nur Administrator von Magdeburg und Halberstadt nennen sollte, nachher verkürzte Leo X. diese Zeit bis zum 25sten Jahre, schickte dann aber noch 1514 mit dem Pallium die Bestätigung; 1518 wurde Albrecht Kardinal.

⁴⁾	Oestreich	Salzburg
	vertreten	
1521 Worms:	durch Botschaft und vor	persönlich
1526 Augsburg:	persönlich unter d. weltlichen F.	

So kam es, dass der nicht endgültig entschiedene Streit weiter fortlebte¹⁾, und dass Cardinal Albrecht 1530, durch die Lage der Dinge gezwungen, nachgab. Auf dem Reichstage zu Augsburg dieses Jahres forderte nämlich Karl V. die um die Session streitenden Stände zu Vergleichen auf; käme ein solcher nicht zu Stande, so sollten sie seiner Entscheidung gewärtig sein. Es kam wirklich zu einer Einigung. Die von Albrecht darüber verfasste Urkunde²⁾ berichtet; „Zeitweilig seien des Sessionsstreites wegen die Erzbischöfe oder deren Botschaften nicht erschienen und sie hätten sich gehindert; jetzt läge beiden Erzbischöfen an einer Verständigung, daher seien sie übereingekommen, dass bei allen Versammlungen, wie sie zu Kirchen, zu Rat oder sonst durch Reichsstände gehalten werden möchten, die Erzbischöfe, falls sie persönlich zugegen seien, einen Tag um den andern mit Stand, Stimme und Session abwechseln sollten, so zwar, dass am ersten Tage Salzburg den Vorsitz hätte, ebenso sollten die Botschaften wechseln; sei indess einer der Erzbischöfe allein zugegen, so sollte der überall vor der Botschaft des anderen den Vorsitz haben.“

Enthält dieser Vergleich vom 12. September 1530, der am 17. Oktober d. J. von Karl V. bestätigt wurde, auch nichts anderes, als was schon früher in dem Erlass Maximilians bestimmt war, so war er doch insofern für Magdeburg nachteilig, als er urkundlich die gleiche Berechtigung Salzburgs auf den Vorsitz anerkannte, wenn man will, sogar eine höhere, da Salzburg mit der Führung des Vorsitzes das Alternieren anfangen sollte.

	Oestreich	Salzburg
	vertreten	
1526 Speier :	durch Gesandte unter den Kurfürsten	persönlich
1529 " :	= extra doch vor —	=
1530 Augsburg :	= " "	=
1532 Nürnberg :	= " "	=

¹⁾ Die Reichs-Abschiede von 1526, 1527 und 1529 berichten von Sessionsstreitigkeiten.

²⁾ Bei Palm: Erzstift Magdeburg I. XX. 15.

Merkwürdig ist, dass Oestreich in diesem Vergleich gar nicht erwähnt wird; nach den Subskriptionen der Reichsabschiede sass seine Botschaft seit 1526 vor dem persönlich anwesenden Erzbischof von Salzburg, und Moser¹⁾ berichtet, dass dies 1530 auch durch den Kaiser festgesetzt wurde; aber Salzburg hielt trotzdem seine Ansprüche aufrecht. Wahrscheinlich half man sich durch Vergleiche für den einzelnen Fall, wie es 1542 der Fall war. Dafür sprechen auch die die Sessionsstreitigkeiten betreffenden Stellen der Reichsabschiede. So heisst es in dem von 1530, „dass die Session „des Reichstages keinem an seinem hergebrachten Gebrauch „und Gerechtigkeit in einigen Weg nicht nachtheilig, schädlich „oder vorgreiflich sein solle. Und sollen und wollen Wir „(der Kaiser) Unserer ihnen beschehenen Vertröstung nach „allen möglichen Fleiss fürwenden, nach Uebergabe eines „jeden Gerechtigkeit in Jahresfrist darnach sie solcher Irrung „der Session auf ziemlich leidliche Wege zu vereinigen und „zu vertragen.“

Dass man es aber mit diesem Versprechen nicht so genau nahm, geht daraus hervor, dass im Reichsabschiede von Regensburg 1532 die Entscheidung auf den nächsten Reichstag verschoben wurde. Dieselbe Vertröstung fast mit denselben Worten findet sich dann in den Abschieden der Reichs-

¹⁾ A. d. o. O. Coelestinus in actis dict. Com. Horis pomeridianis 19. Junii Electores ac Principes omnes domum suam convocat, ac Principes, quibus de Sessione multa erat contentio, inter se reconciliat, quod ante in multis Imperii comitiis tentatum quidem saepissime fuit, sed obtineri et perfici nunquam potuit. Tunc vero temporis Electores ac Principes omnes unanimi consensu dixerunt: Se quaecunque Caesarea Majestas in hac re faceret et constitueret, rata et firma habituros. Cum igitur Cardinalis Salisburgensis cum Austriacis eadem de re contenderet, Caesarea Maiestas postulavit, ut Salisburgensis postridie eundo in Curiam locum superiorem Cardinali Tridentino, Austriacorum statuum legato, concederet eumque ad dextram equitare pateretur; Salisburgensem quoque cum Archiepiscopo Moguntino reconciliavit, inter quosdam, nonnullae non quidem de Electoratu, sed de Primatis Magdeburgensis et Archiepiscopi Salisburgensis sessione ortae essent contentiones.

tage von Worms 1535, Regensburg 1541, Speier 1542 und Nürnberg 1542.

Der Kaiser unterstützte natürlich gern diesen Ausweg, den die Parteien trafen, da er es so mit keiner verdarb und sich die Unterstützung von keiner derselben entzog. Auf dem letztgenannten Reichstage bewilligte Erzbischof Ernst von Salzburg auf Begehren des Kaisers, dass der erzhertzogliche Botschafter — doch nur auf diesem Reichstage, den ersten Tag, den nächsten der Gesandte von Salzburg die erste Session haben sollte; so wollte man während des ganzen Reichstages abwechseln. Dasselbe Verfahren beobachtete man im Jahre 1543 und 1544¹⁾, allerdings mit der ausdrücklichen Bemerkung, dass es jedesmal nur für den einen Fall gelten solle²⁾. Magdeburg wurde dabei gar nicht berücksichtigt, da es ja nicht einmal durch Gesandte im Fürstentrate, Salzburg aber meist durch seinen Erzbischof vertreten war, mag man es übergangen haben. Erst 1545 ging Magdeburg wieder vor; vielleicht, weil es in dem genannten Vergleich nicht berücksichtigt war, enthielt sich sein Gesandter der Stimme³⁾. In diesem Jahre starb der Kardinal Albrecht, auf den als Erzbischöfe von Magdeburg bis 1629 ununterbrochen brandenburgische Prinzen folgten. Zunächst sein Vetter Johann Albrecht, der schon seit 1537 Koadjutor war und von den Magdeburgern wegen seiner streng katholischen Gesinnung nicht sehr geliebt wurde⁴⁾. Unter ihm trafen sich die 3 Parteien wieder im Streit um den Vorsitz. Als sein Gesandter 1546 in Regensburg den Vorsitz im Namen seines Herrn in Anspruch nahm, wurde er von Oestreich zurückgewiesen; er protestierte und berichtete an den Kaiser: Dem Befehle desselben, über

¹⁾ Die Reichsabschiede von Nürnberg 1543 und Speier 1544 enthalten denselben Vorbehalt inbetreff der Session.

²⁾ Erzstift Magdeburg I XX, 100, Akten von 1545—46 bei Palm, a. ob. O.

³⁾ Moser, XXXV, 515.

⁴⁾ „Der lahme Bischof“ hiess er im Volke. Hoffmann's Geschichte der Stadt Magdeburg, neu bearbeitet von Hertel u. Hülse, I, 475, 523.

Sessionsstreitigkeiten schriftlich zu berichten¹⁾ habe man nicht eher nachkommen können. Sein Herr, der Erzbischof, besricke den ersten Reichstag und man habe an die Möglichkeit des Streites gar nicht gedacht. 9 Tage darauf, am 19. Juni, wandte sich der Gesandte wieder an den Kaiser, aber Dr. Viglio antwortete ihm: „man habe sich im Reichshofrat erinnert, dass Magdeburg ausser mit Oestreich auch mit Salzburg in Streit verwickelt sei; dieses sei angewiesen, seine Ansprüche zu begründen; Oestreich hätte seine Freiheiten von Friedrich I. vorgebracht; der Kaiser werde darnach eine Entscheidung treffen.“ Dieselbe erfolgte aber bis zum Schlusse des Reichstages nicht und auch der Abschied enthielt ausser der bekannten Vorbehaltsklausel nur die Vertröstung auf endlichen Entscheid; der magdeburgische Gesandte nahm an den Verhandlungen nicht teil und legte am Schlusse seinen Protest nebst dem Sachverhalt in der Mainzischen Kanzlei nieder. Auch auf dem Reichstage von 1548 erfolgte die kaiserliche Entscheidung nicht; der Kaiser tröstet die Parteien mit der Erklärung, dass er schon etliche Kommissarien zur Vergleichung verordnet hätte. Auch hier enthielt sich daher Magdeburg der Stimme²⁾. Im Abschiede von 1551 (Augsburg) findet sich nur die Bemerkung, dass solcher Entscheid aus „allerhand fürfallenden Verhinderungen“ unterblieben.

Wir bemerken, wie sehr sich unter Cardinal Albrecht die Sachlage zu Ungunsten von Magdeburg verändert hatte; es war so gut wie aus dem Vorsitz gedrängt und musste diesen Platz jetzt zu erobern suchen, den es vorher nur zu verteidigen hatte. Oestreich war 1530 „tertius gaudens“ gewesen, obwohl seine Ansprüche die unberechtigtsten waren; vielleicht war das der Grund, dass man 1546, als Magdeburg mit seinen Ansprüchen sich gegen Oestreich wendete, im

¹⁾ Der Reichsabschied von 1545 enthält die Bemerkung, dass in-
betreff der Sessionsstreitigkeiten sich ein jeder Kurfürst, Fürst, Prälat,
Graf und Stand mit seiner Klag und Beschwerden auf den nächst-
künftigen Reichstag gefasst machen solle.

²⁾ Moser, XXXV, 515.

Hofrate Salzburg vorschob und die Ansprüche dieser Partei erst hören wollte.

Nach der kurzen Regierungszeit Friedrichs, eines Bruders des Brandenburgischen Kurprinzen Johann Georg, im Jahre 1552, wurde Siegismund, sein jüngerer Bruder, der dritte Sohn Joachims II., auf den erzbischöflichen Stuhl gewählt¹⁾. Da er erst 14 Jahre alt war, führte bis 1554 Herzog Georg von Mansfeld die Regierung des Erzstifts. Nachdem 1557 Siegismund auch zum Bischof von Halberstadt gewählt worden war, erhielt er die päpstliche Bestätigung. Schon 1555 in Augsburg zeigte er, dass er nicht gewillt sei, Magdeburgs Sessionsansprüche aufzugeben; Albrecht Kracht und Johann Trautenbuehl waren seine Gesandten. Ihre Beschwerde wendet sich allein gegen Salzburg, obgleich Oestreich auch vertreten war und vor dem persönlich anwesenden Erzbischof von Salzburg unterzeichnete²⁾. Salzburg war also wieder vorgeschoben worden. Es wurde den Gesandten sofort der zwischen Kardinal Albrecht und dem Erzbischofe von Salzburg 1530 geschlossene und vom Kaiser bestätigte Vergleich in originali entgegengehalten, nach welchem die beiden Erzbischöfe oder ihre Gesandten von Tag zu Tag im Sitz abwechseln sollten. Nicht mit Unrecht entgegneten die Magdeburger: „Ihr Herr würde gewiss die Gültigkeit des Vertrages anerkennen, wenn er seine Person allein beträfe; aber derselbe gehe die Hoheit des Erzstifts Magdeburg an,

¹⁾ Es sei hier eine Bemerkung über die Religion dieser beiden Erzbischöfe gestattet: Es ist wohl natürlich, dass beide der Religion ihres Vaters zugethan waren, und es bestätigt dies einmal die Nachricht, dass man die Bestätigung der Wahl Friedrichs durch den Papst nur dem Umstande zuschreibt, dass Joachim II. sich erboten hatte, sich den Beschlüssen des Conzils von Trient zu unterwerfen, dann, dass die Magdeburger von ihm die Erwartungen hegten, die sein Bruder nachher erfüllte. Freilich offen bekannte sich erst Siegismund 1561 dazu. Rathmann III, 609. Hoffmann I, 568 ff.

²⁾ Neue Sammlung der Reichs-Abschiede Nach Moser hätte „Erzbischof Siegismund ebenmässig auf der obersten Stelle auf der geistlichen Fürsten Bank beharret, weilen es aber, wiewohl zur Ungebühr gefochten werden wollen.“

und davon könne er nichts vergeben. Wenn auch die Abrede zwischen den beiden Kardinälen damals getroffen worden sei, so binde sie doch nicht alle Nachfolger, zumal wo es sich um Rechte des Erzstifts handele. Dann kommt man auf den Titel Primas, der von Kardinal Albrecht als Erzbischof von Mainz mit grösserem Recht und daher häufiger als je zuvor gebraucht worden war.

Es scheint dem Verfasser dieser Erwiderung nicht anders möglich, als dass der primas Germaniae vor allen Erzbischöfen sitzen müsse, das bezeuge auch der Brauch. Ausserdem hätte der damalige Erzbischof gar nicht die Macht gehabt, ohne Zustimmung des Kapitels und ohne dringende Not darin zu paciscieren oder etwas nachzulassen; *Cum praelatus statum et condicionem ecclesiae meliorem quidem facere possit, deteriorem vero non.*¹⁾

Der wiedereröffnete Streit behielt dasselbe Aussehen: Der Kaiser half sich mit der *clausula salutaris* sowohl 1555 als 1557 in Nürnberg, wo sie noch kürzer lautet. Ferdinand I. verfolgte dieselbe Politik wie sein Bruder Karl V. Zwar wird 1559 in Augsburg wieder ein Versuch der Abhilfe gemacht: „Der Kaiser, um die Entscheidung von Sessionsstreitigkeiten angegangen, habe sich der Bemühungen seines Vorgängers und Bruders erinnert, wie sie aus den Abschieden von 1548 und 1551 hervorgingen²⁾; er sei darauf bedacht, Kommissarien allein zu gütlicher Einigung zu verordnen. Sollte die nicht erreicht werden, so würde der Kaiser mit Zuziehung einiger unparteiischer Kurfürsten und Stände auf dem nächsten Reichstage nach Vernehmung beider Parteien einen Entscheid thun“³⁾.

¹⁾ Moser XXXV, 517.

Der Bemerkung, dass es mit dem Vertrage nicht seine Richtigkeit gehabt haben müsse, da noch 1542 Magdeburg vor Salzburg gesessen habe, was letzteres wohl nicht zugegeben haben würde, stimmt nicht überein mit dem, was die Magdeburger Gesandten 1566 sagen, dass Magdeburg seit mehr als 30 Jahren gar keine Session gehabt habe.

²⁾ Wie wir sahen, waren sie nicht bedeutend.

³⁾ R.-A.

Auf dem Reichstage von 1564 erfolgte dieser nicht; 1566 zu Augsburg beschäftigte man sich ernstlicher mit dieser Angelegenheit, da sie schon eine grössere Bedeutung erlangt hatte.

Schon unter Albrecht war im Erzstifte die neue Lehre geduldet worden¹⁾; Erzbischof Siegismund, der ihr von Hause aus zugethan war und vielleicht auch deshalb gerade gewählt worden war, beschloss im Einverständniss mit den Ständen die Reformation im Erzstifte einzuführen.

1561 erklärte Siegismund seinen und des Kapitels Uebertritt, nachdem die Landstände ihm schon vorangegangen waren; und eine 1562 abgehaltene Kirchenvisitation beweist, dass er es mit der Einführung der Reformation ernst nahm. 1566 auf dem Reichstage zu Augsburg machte er seinen Uebertritt dem Kaiser und den Ständen bekannt; er erhielt auch die Regalien vom Kaiser, aber in dem Sessionsstreite richtete er nichts aus²⁾.

Seine Gesandten Moritz von Arnim, Dr. Johannes Trautenbuehl und Romanus Schmidt suchten bei Kaiser Maximilian II. in einer Audienz die Entscheidung der Angelegenheit zu erlangen, aber der Kaiser wies diese, als vor die Stände gehörig, ab. Dies ist nach dem Abschiede d. J. 1559, in dem sich der Kaiser — allerdings noch Ferdinand I. — zur Entscheidung erbiethet, eine Ausflucht. Die Stände selbst aber liessen sich in ihrer ersten Relation und Antwort vernehmen, die Entscheidung über Sessionsstreitigkeiten liege allein der Kaiserlichen Majestät ob³⁾. So sah sich Maximilian gezwungen, im Abschiede das Erbieten bekannt zu machen, dass er die Streitenden vereinigen oder nach Billigkeit entscheiden wolle; man kannte diese Versprechungen.

Vom Kaiser war also nichts zu erlangen, aber auch] in

¹⁾ Ueber diese interessante Frage vergleiche: Fr. Wilh. Hoffmann's Geschichte der Stadt Magdeburg, neu bearbeitet von Hertel u. Hülse, I, 472, Anm. 2.

²⁾ Denkschrift über die magdeburgischen Sessionsansprüche an die evangelischen Stände, 11. Mai 1594. Ranke, Deutsche Gesch. VII, 267.

³⁾ Linmaeus bei Moser IV, 319.

den Unterhandlungen mit den beiden anderen Parteien richteten die Gesandten nichts aus; sie berichteten an den Erzbischof: „Oestreich hätte von seinem Vorsitz nicht weichen wollen, deshalb hätten sie sich mit Salzburg zu einigen gesucht; man wäre überein gekommen, es bis auf weiteres nach dem Vertrage von 1530 zu halten, und so hätten sie mitgestimmt. Ihre Ansicht sei, dass Magdeburg keine Aussicht habe, über diesen Vertrag hinaus etwas zu erlangen; käme die Sache ans Reich, so sei zu befürchten, dass bei den vielen Präjudizien, vornehmlich, weil Magdeburg über 30 Jahre überhaupt keine Session im Reiche gehalten, vielleicht gar noch auf einen geringeren Platz erkannt würde. Dem Reiche sei es durchaus nötig, dass nicht Oestreich allein den Vorsitz und die Relation im Fürstenrate habe, und somit sei dessen Umwechseln mit Salzburg, da es nun einmal mit Magdeburg nicht sein könne, unter allen Umständen das Beste. Man hielte es mit der Session so, dass Oestreich mit Salzburg abwechselte und Salzburg wiederum mit Magdeburg, sie hätten daher abwechselnd den 2. und 3. Platz; zum ersten dagegen und somit zur Relation würden sie nicht zugelassen, die bliebe ausschliesslich jenen beiden. Gesandte dürften beiderseits mit einem der beiden Erzbischöfe in Person nicht abwechseln, die Herren nähmen immer den vorderen Platz ein; dagegen hätten sie selbst unangefochten den Vorsitz vor Eichstaedt und Passau und anderen Bischöfen in Person okkupiert und würden darin gelitten; sie lebten der Hoffnung, dass S. Fürstliche Gnaden mit diesem Ergebnis zufrieden sein würde“¹⁾).

In der That findet sich die Nachricht²⁾, dass „Erzbischof Siegismund 1566 und 1567³⁾ letztlichen gewilligt, wenn ja bei Ihrer kaiserlichen Majestät nicht zu erhalten sein sollte, dass seine Gesandten die vorderste Session und Stimme auf

¹⁾ Nach Palm: Erzstift Magdeburg I, XX.

²⁾ Bei Moser XXXV, 515 u. f.

³⁾ 1567 regierte schon Joachim Friedrich; darin irrt Moser also wieder, doch ist wohl anzunehmen, dass die Nachricht von einem Nachgeben Siegismund's richtig sei.

der geistlichen Bank hätten, so liessen Ihre Fürstliche Gnaden geschehen, dass Oestreich auf dem Reichstage die vorderste und oberste Stimme haben und behalten möchte, doch gleichwohl mit dem Bescheid, dass der Erzbischof von Magdeburg immediate nach Oestreich sitzen und votieren möchte“.

Man sieht ein, dass Salzburg nie darauf eingegangen sein würde, da es die teilweise Berechtigung auf den ersten Platz sowohl von Oestreich wie von Magdeburg verbürgt erhalten hatte.

Da in diesem Jahre (1566) Siegismund starb, unter seinem Nachfolger aber der Streit ein anderes Aussehen bekommt, wird es hierher gehören, einen Blick auf den Gang des Streites zurückzuwerfen. Magdeburg hatte unter Albrecht das Direktorium faktisch Salzburg überlassen, welches aber durch den Vertrag von 1542 mit Oestreich den Vorsitz zu teilen gezwungen worden war; dem Range nach stand letzteres aber doch wohl noch höher, da es in den Abschiedsunterschriften stets voransteht, auch wenn es in den Versammlungen nur durch Gesandte vertreten war¹⁾ und wie aus späteren Reichstagsprotokollen hervorgeht, im Vorsitz abwechselte.

Als Magdeburg 1546 mit seinen Ansprüchen, die es ja trotz seines Fehlens im Fürstenrate der Reichsversammlungen

¹⁾ Nach der Neuen Sammlung der Reichsabschiede (von Koch und Senkenberg) sassen Oestreich durch Botschaft vertreten auf dem Reichstage von

1541 (Regensburg)	vor	Erzb. Ernst von Salzburg	in Person,
1542 (Speier)	=	Salzburgs Botschaft,	
1542 (Nürnberg)	=	=	=
1543	=	=	=
1544 (Speier)	=	=	=
1545 (Worms)	=	=	=
1546 (Regensburg)	=	=	=
1548 (Augsburg)	=	=	Bischof persönlich,
1551	=	=	Salzburgs Botschaft,
1555	=	=	Bischof Michael persönlich,
1557 (Regensbnrg)	=	=	=
1559 (Augsburg)	=	=	=
1564 (Worms)	=	=	=
1566 (Augsburg)	=	Bischof Hans Jacob	persönlich.

nicht aufgegeben hatte, hervortrat, fand es die Gegner im festen Besitz, aus dem es sie nicht mehr verdrängen konnte. 1515 und 1566 machte es dahingehende Versuche; das Resultat aber war, dass es die Ueberzeugung erhielt, nur auf den 2. oder 3. Platz gelangen zu können. Hierzu hatte nicht wenig wiederum das Fehlen auf den meisten Reichsversammlungen der Jahre 1545—1566 beigetragen. Hätte es sich mit dem 2. oder 3. Platz begnügt und auf diesem den Reichsversammlungen regelmässig beigewohnt, so hätte es jedenfalls Sitz und Stimme auf den Reichstagen behalten; so¹⁾ war Siegismund der letzte Erzbischof von Magdeburg, der die Session ausübte, auch vom Kaiser bestätigt war, bis auf August von Sachsen, den letzten Administrator des Erzstifts.

II.

Die deutschen Bistümer waren mit der Zeit Wirkungskreise geworden, mit denen die jüngeren Glieder der fürstlichen und adligen Häuser entschädigt wurden; ja so weit ging man darin, dass manches Bistum schon beinahe im fortwährenden Besitze einer Familie gefunden wurde, wie Magdeburg seit Albrecht in dem der Brandenburgischen, während Münster und Halberstadt in dieser Zeit meist Braunschweigische Fürsten zu Regenten hatten.

Man ging eben von dem Grundsatz aus, den die Evangelischen in ihrer Beschwerde von 1594 aussprachen: „dass vor vielen Zeiten Stifte und Erzstifte vornehmlich zur Ehre Gottes und dann zur Erhaltung und Aufführung Fürstlicher, Gräflicher und Adliger Häuser fundiert und geordnet und von vielen Kaisern und Königen, Fürsten, Grafen und Herren reichlich begabt, auch wie Fürsten, Grafen und die vom Adel bisher auf den Stiftern und Erzstiftern — stattlich und wohl unterhalten worden seien²⁾.“ Dieser Umstand, dass bestimmte Familien in einzelnen Stiften gewissermassen heimisch waren,

¹⁾ Wenn man die Versuche von 1555 und 1566 rechnen will, sonst war schon Kardinal Albrecht der letzte.

²⁾ Senckenberg, Sammlung ungedruckter Aktenstücke, B. 1 und 2, Seite 308.

trug viel dazu bei, dass auch in diesem Jahrhundert die Prälaten wie weltliche Fürsten regierten. Und wirklich war es für das Kapitel, zumal der bedeutenderen Bistümer, in deren Besitz und Herrschaft Städte und Güter vereinigt waren, wünschenswerter, ein in weltlichen Geschäften erfahrenes Oberhaupt¹⁾ zu erhalten, als eines, das durch Frömmigkeit und Gelehrsamkeit glänzte: sie wählten daher Fürsten aus mächtigen Häusern, die das Stift und seine Rechte wohl verteidigen konnten. Diese nahmen, wenn sie von Hause aus der neuen Lehre zugethan waren, keinen Anstand, in ihren Stiftern die Reformation einzuführen; die Kapitel andererseits, welche überwiegend evangelisch waren, wählten zu Oberhäuptern solche Fürsten, von denen sie gleiche Gesinnung inbetreff der Religion voraussetzten.

Das erstere nun, der Uebertritt geistlicher Fürsten, war durch den geistlichen Vorbehalt verboten worden: seit 1555 durfte bei Verlust der geistlichen Güter kein Bischof oder Erzbischof sich zur neuen Lehre bekennen. Und wenn auch dieser Paragraph des Religionsfriedens nur unter dem Protest der Evangelischen angenommen worden war, wie das Gegenstück, die Ferdinandische Deklaration, dass keine geistliche oder weltliche Obrigkeit ihre Unterthanen zu ihrer Religion zwingen solle, unter dem Protest der Katholischen, so hatte doch Erzbischof Siegismund, als er seinen Uebertritt erklärte und die Reformation im Erzstifte Magdeburg einführte, den Religionsfrieden gebrochen. Anders Joachim Friedrich, der nach Siegismunds Tode (17. September 1566) zum Administrator (wie die evangelischen Verwalter geistlicher Aemter genannt wurden) postuliert worden war. Er war als Sohn Johann Georgs von Brandenburg eifriger Protestant, und man wusste, dass er als Nachfolger des späteren Kurfürsten (Johann Georg war noch Kurprinz), auf dem die Fortpflanzung des Hauses beruhte, sich verheiraten würde. Dies that er auch mit Einwilligung des Domkapitels, indem er sich 1570

¹⁾ Chytraeus, Saxonia I, 55 und 56. Episcopi vero iam aliquot saeculis regio more dominati . . .

mit Katharine, der zweiten Tochter seines Grossvaters Bruders, Johannis von Küstrin, vermählte¹⁾. Er war als Protestant von einem protestantischen Kapitel gewählt worden: diesen Fall glaubten die Evangelischen nicht in der Vorbehaltsklausel begriffen²⁾. —

Gerade in dieser Zeit aber machte die Gegenreformation in Deutschland Fortschritte; die Katholischen, die sich nicht an die Worte des Vorbehalts hielten, griffen auch diese Deutung an, ohne welche derselbe wohl nie angenommen worden wäre. „Sollte das geistliche Fürstentum nicht auch „von einem Protestanten bekleidet werden können, so wäre „mit diesem Bekenntnisse gleichsam eine Pön verknüpft gewesen; die evangelischen Fürsten in Norddeutschland würden „von den benachbarten Hochstiftern ausgeschlossen, und einzig „den ferngesessenen Dynastien der Zutritt zu denselben eröffnet worden sein. Die Evangelischen sagten, sie würden „dann nicht mehr als vollberechtigte Glieder des Reichs, ihr „Bekenntnis dem andern nicht mehr ebenbürtig erscheinen“, was doch im Religionsfrieden ausgedrückt worden war. Die Konsequenz der Ansicht der Katholischen war nun auch, dass sie den evangelischen Bischöfen die Möglichkeit bestritten, an den Reichsgeschäften teilzunehmen. Dadurch griffen sie dieselben an, dass sie ihnen Sitz und Stimme auf den Reichstagen versagten. Bei Magdeburg trat es zuerst zu Tage.

Joachim Friedrich, der gerade unter Kaiser Maximilian gegen die Türken focht, empfing auf die Nachricht von seiner Wahl dessen Glückwünsche³⁾. Aber die Vermählung des Administrators erregte grosses Aufsehen, da er einer der ersten war, die trotzdem ihr Bistum behielten. Maximilian II., so tolerant er war, musste darauf Rücksicht nehmen; der Papst suchte ihn zur Entsetzung des Administrators zu be-

¹⁾ Rathmann IV, 69.

²⁾ Siehe hierüber Ranke, Deutsche Geschichte, VII, S. 111 u. f., oder Bedenken über den Pass des geistlichen Vorbehalts von Dr. Hamelius. Lünig, Staatsconsilia I, 476 u. f.

³⁾ Denkschrift der magdeb. Räte von 1594 bei Ranke VII, Anhang.

wegen¹⁾. Dies that der Kaiser zwar nicht, „weil er wusste, dass zu Rom leicht etwas zu beschliessen war, was im Reiche schwer auszuführen,“ aber er zögerte doch mit der Anerkennung als Erzbischof und Landesherr²⁾ und die Ausschreiben der Reichstage und andere Nachrichten schickte er nicht an den Administrator, sondern an das Kapitel, mit der Bemerkung, es an gebührenden Ort gelangen zu lassen, wie er selbst es an den Administrator schrieb, als ihm dieser die Nachricht von der Fortführung der Reformation im Erzstifte zuschickte³⁾. Diese Bemerkung, es an gebührenden Ort gelangen zu lassen, konnte dem Administrator persönlich genügen, sodass er auf die öffentliche Erteilung der Regalien verzichtete, wenn man mit mir annehmen will, dass ein privater Vergleich hierüber zwischen Maximilian und dem Administrator stattgefunden hatte. Vielleicht deutet die Erwähnung eines Pressburger Vergleichs durch Dr. Hamel darauf hin⁴⁾.

— — — — —

In der Wahlkapitulation von 1567 war dem Administrator zur Pflicht gemacht⁵⁾, die Reformation weiter fortzuführen. Dies that er bald nach seiner Ankunft im Erzstifte: 1567 öffnete sich die seit 20 Jahren verschlossen gewesene Dom-

¹⁾ Rathmann IV, 70. cf. Thuanus II, 47, S. 633, Schardius IV, 135, Chytraeu Saxon. XXII, 661, Häberlin VIII, 145—147.

²⁾ — Wie man aus dem Tagebuche des Grafen von Wittgenstein ansehen kann. Häberlin a. o. O. — Das Diarium Wittgensteini bei Senckenberg, Sammlung von ungedruckten Aktenstücken, II, S. 7. Caesar hunc principem propter matrimonium contractum non agnoscit eoque non ipsi sed Capitulo scribit.

³⁾ Denkschrift von 1594. Ihre Kais. Maj. erklärte approbando et gratulando, hettens gerne vernommen, allein aus allerhand ursachen solle noch zur Zeit ans Kapitel, doch also geschrieben werden, an's gehörige ort gelangen zu lassen, wie dann der Zeit und hernaeh oftmals die vertröstung geschehen, auf mittel und wege bedacht zu sein, wie diesen Dingen gebührende mass zu geben.

⁴⁾ In der weiter unten angeführten Stelle aus Lünig, Staats-Consilia I, 476.

⁵⁾ Moser XI, 136.

kirche dem protestantischen Gottesdienste¹⁾; auch in allen anderen Stiften und Klöstern des Erzbistums wurde — doch ohne Zwang — die Reformation eingeführt²⁾. —

Zwei andere wichtige Artikel der Kapitulation waren: 1) dass der Administrator auf das Stift zu verzichten versprach, sobald ihm das Kurfürstentum zufallen würde, 2) dass er sich anheischig machte, mit dem Domkapitel Sitz und Stimme des Primats und Erzstifts Magdeburg auf den Reichstagen geltend zu machen, „dass Session und Stand im Reiche nicht verrücket, sondern in Ordnung bleiben möge³⁾“. — Trotzdem hat Joachim Friedrich die Reichstage von Regensburg 1567, Frankfurt 1569, Speier 1570, den Deputationstag von Frankfurt 1571⁴⁾, den Wahltag zu Regensburg 1575 und Reichstag von Regensburg 1576 weder selbst besucht, noch durch Gesandte beschickt, während der Erzbischof von Salzburg 1567, 1570 und 1571 Gesandte auf die Versammlungen schickte, 1571 und 1576 persönlich zugegen war, Oestreich auf allen diesen Versammlungen vertreten war und den Vorsitz führte. Zu keiner Zeit war das Fehlen für Magdeburg schädlicher; wäre es auf diesen Versammlungen unter Maximilian — wenn auch auf dem 2. oder 3. Platze — erschienen, so hätte es jedenfalls den Sitz behalten, Rudolf II. hätte es im Besitze gefunden, als er seinen ersten Reichstag abhielt. Mancherlei kann dieses Verhalten Joachim Friedrichs erklären. Zunächst hatte er in dieser ersten Zeit seiner Regierung viel mit der Ordnung der Angelegenheiten des Erzstifts zu thun⁵⁾, die durch das Tripartit ziemlich verwickelt waren, dann beschäftigten ihn die Streitigkeiten mit der Stadt Magdeburg, die ihm die Huldigung versagte⁶⁾, die Fortführung der Reformation, die Feststellung der Concordien-

¹⁾ Rathmann a. o. O.

²⁾ Denkschrift.

³⁾ Bei Ranke VII, 114, citiert aus Dreihaupt, Saalkreis I, 299.

⁴⁾ Neue Sammlung der R.-Abschiede.

⁵⁾ cfr. Rathmann IV, 70—86, Hoffmann, neu bearb. II, 44 u. f.

⁶⁾ Sie fand erst 1579 statt und zwar war es die erste seit der Kardinal Albrechts.

formel. Man kann auch die Nichtbeschickung der Reichstage als Folge von Maximilians Verhalten ansehen. Da der Kaiser mit der offenen Anerkennung des Administrators zögerte¹⁾, war auch dessen Eigenschaft als Reichsstand angezweifelt, und das musste zur Besprechung kommen, wenn der Sessionsstreit wieder erregt wurde, wenn Magdeburg sich nicht mit den Gegnern einigen wollte, sondern auf dem ersten Platz bestand. Nach Joachim Friedrichs Verhalten auf dem Reichstage von 1582 scheint er nicht geneigt gewesen zu sein, nachzugeben. Wollte er nun dem Kaiser die Verwirrungen ersparen, die durch den heraufbeschworenen Streit bei der Bedeutung, die die Frage der protestantischen Hochstifte schon erlangt hatte (schon befanden sich mehrere norddeutsche Bistümer in der gleichen Lage), entstehen mussten? (Es war die Zeit, in der die Evangelischen durch ihre Unentschlossenheit und den Streit ihrer Mächtigsten, Kursachsen und Kurpfalz, der Gegenreformation selbst Vor- schub leisteten, sodass sie ihre Forderungen, die namentlich die Freistellung der Bistümer und die Bestätigung der declaratio Ferdinanda betrafen, 1567 und 1570 nicht mehr vorzubringen wagten, — dass sich Maximilian selbst von ihnen abwandte, jedenfalls auf die katholische Partei mehr Rücksicht nahm.)²⁾ Oder hatte sich Maximilian das gleich ver-

¹⁾ Dass er ihn in der That anerkannt habe, versichert Dr. Henning Hamel in seinem Bedenken von 1596, bei Lünig, Staatsconsilia I, 476. „... sondern haben sich auch hernach in der Pressburger Vergleichung dahin verbunden, dass S Fürstl. Gnaden bei solcher Administration allergnädigst conservieren und verbleiben lassen wollten, indem dass I. Kais. Majestät bewilliget, dass ob sie wohl S. Fürstl. Gnaden den Titel Administrator öffentlich zu geben noch zur Zeit verhindert und abgehalten wurden, so wollten sie doch S. Fürstl. Gnaden nichts weniger für einen Administrator allergnädigst erachten, als wenn sie S Fürstl. Gnaden mit Zuschreibung und Vergleichung der Regalien dazu öffentlich deklarieret und erkläret hätten, und eben derowegen wollten S. Kais. Majestät in allen Schreiben, die sie in Sachen, die das Erzstift Magdeburg betreffen, an das Domkapitel daselbst abgehen lassen würden, stets diese clausulam mit inserieren, dass sie solches an Ihre Fürstl. Gnaden als den gehörenden Ort gelangen lassen sollten.

²⁾ Ueber Maximilians veränderte Stellung zu den Protestanten — vergl. Ranke, Deutsche Geschichte VII, 70 u. f.

sprechen lassen? Wenn man, wie oben gezeigt, das Bestehen eines persönlichen Vertrages mit dem Administrator annehmen will, würde das am besten Maximilians Verhalten wie das Joachim Friedrichs erklären. Es hindert diese Annahme nicht der § 160 des Reichs-Abschiedes von 1570¹⁾, in dem sich der Kaiser erbietet, die Untersuchung und Entscheidung von Sessionsstreitigkeiten vorzunehmen; denn einmal braucht sich das Erbieten ja nicht auf den vorliegenden Fall zu beziehen, da auch andere Stände in Sessionsstreitigkeiten verwickelt waren, dann konnte ja auch Maximilian durch das Fehlen der Reichsstände, wodurch „fürderlich Expedition gemeiner Geschäfte nicht wenig verhindert werden“, bewogen worden sein, seinen Entschluss, die Streitigkeiten Magdeburgs zu berühren, zu ändern und einen gütlichen Vergleich vorzunehmen. Für das erstere spricht auch, dass sich Joachim Friedrich auf die gemachten Vorschläge nicht einliess, obwohl

¹⁾ Als dann eine lange Zeit her zwischen etlichen Ständen keine geringe Streitigkeiten sich enthalten, so eines teils in Güte verglichen, teils auf unsere Austräg gestellt, die anderen aber noch bei ihrer Ungerechtigkeit schweben, dadurch die Stimmen in den Räten abgehen und fürderlich Expedition gemeiner Geschäfte nicht wenig verhindert werden, wollen, ordnen und statuieren Wir auf rätlich Ermessen und Gutachten der abwesenden Kurfürsten, Fürsten und gemeiner Stände, dass die der Session wegen streitigen Stände, so sich auf solche Austräge mit einander verglichen, ihrer Vergleichen nach ferners doch zugleich in possessorio et in petitorio bis zum endlichen Beschluss verfahren und Unsere Erkenntnis darüber erwarten sollen. Denen aber, die noch zur Zeit in keinem Austrag verfasst, wollen Wir hiermit Zeit 6 Monat benannt haben, darin ein jeder Stand so zu den andern der Session halber zu klagen, seine Klag in possessorio et in petitorio an Unseren Hof dupliert eingeben, darauf sein Gegenteil (der sei ein oder mehr) auch in Zeit von 6 Monaten antworten und darneben seinen Gegenbericht an Unseren Königlichen Hof gleichfalls dupliert fürbringen, darauf denn ein jeder mit noch 2 Rechtssätzen oder Produkten gehört, damit zu Unserer endlichen Erkenntnis gestellt werden soll, und was also darauf von Uns mit Recht erkannt, dabei soll es endlich bleiben Aber inmittelst soll ein Jeder bei seiner Possession vel quasi wie die hergebracht gelassen und durch jetzige Reichstags-Session etc. niemand an seinen hergebrachten Gebrauch nachteilig oder praejudizierlich sein. — Neue Sammlung der Reichs-Abschiede, auch bei Moser XXXV, 515 u. f.

er gerade in dieser Zeit wegen der Streitigkeiten mit der Stadt in häufigem gesandtschaftlichen Verkehr mit dem Kaiser stand.

Auch 1576 erbot sich Maximilian zum Entscheide von Sessionsstreitigkeiten; er wollte aus allen 3 Reichsräten Personen verordnen, die neben den kaiserlichen Kommissarien referieren sollten, d. h. die Entscheidung den Ständen anheimgeben, wodurch er jede Verantwortung gegen die Partei, zu deren Nachteil entschieden wurde, losgeworden wäre. Die Stände aber stellten es dem Kaiser anheim: die Entscheidung gebühre dem Kaiser¹⁾.

Dieser Reichstag war das letzte Werk Maximilians II., er starb während desselben. Die Stellung seines Nachfolgers Rudolf II. zu der magdeburgischen Angelegenheit war von Anfang an höchst zweideutig. Es ist nicht bekannt, dass sich Joachim Friedrich von ihm die Regalien zu erlangen bemüht habe. Aber es war bis jetzt an ihn vom kaiserlichen Kammergericht immer noch als den Administrator geschrieben worden, von jetzt ab wurde er nur Inhaber tituliert, mit der Entschuldigung, als er sich beim Kammerrichter darüber beschwerte, dass dem Kammergericht ein neues Titularbuch aus der kaiserlichen Hofratskanzlei überschicket worden wäre, nach dem sie sich richten sollten²⁾. Und doch berichten die magdeburgischen Gesandten den versammelten evangelischen Ständen auf dem Reichstage von 1594, dass die Hofkanzlei selbst und der Kaiser den Titel Administrator für Joachim Friedrich gebraucht habe³⁾. Wenn nicht auf seine Veranlassung, doch gewiss mit seiner Zustimmung geschah es, dass auf dem ersten Reichstage seiner Regierung Magdeburg Sitz und Stimme verlor.

¹⁾ Häberlin X, 202—204.

²⁾ Denkschrift von 1594. Auch Hamelius in seinem Bedenken sagt: wie denn Ihre Fürstl. Gnaden die ganze Zeit Kaiser Maximilians auch vom Kammergericht der Titel Administrator gegeben; worin doch liegt, dass es zu Rudolf's Zeiten nicht mehr geschah.

³⁾ Häberlin XX, Vorrede S. 16. Protokolle aus Onolzbachischen Archiven.

Durch die 1579 nach Schliessung des Permutationsvertrages erfolgte Huldigung der Stadt Magdeburg¹⁾ gewann der Administrator mehr Zeit, sich um die Reichsangelegenheiten zu kümmern, wir sehen ihn bald unter den eifrigsten der protestantischen Fürsten. 1580 drängte ihn das Domkapitel von neuem zur Beschickung der Reichstage, unwillig darüber dass es, ohne bei der Abstimmung auf Reichstagen vertreten zu sein, zu den daselbst beschlossenen Lasten herangezogen wurde. Der Vergleich vom 8. Juli d. J. besagt²⁾, dass der Administrator mit dem Domkapitel und den Landräten³⁾ sich vergleichen solle, wie es mit Beschickung der Reichstage zu halten sein möchte, wenn es zur Ausschreibung eines solchen käme, damit die Session und Stimme des Erzstifts Magdeburg im Reiche erhalten würde. Dieser Reichstag wurde zu Neujahr 1582 nach Augsburg berufen. Von Magdeburg war nicht der Administrator direkt sondern das Domkapitel geladen worden, mit der Bemerkung, es an gebührenden Ort gelangen zu lassen, wie von Maximilian stets geschrieben worden war. Aber jetzt war Joachim Friedrich entschlossen, sein Recht zu suchen; er besuchte den Reichstag teils dieser Angelegenheit wegen, teils als Gesandter seines Vaters, des Kurfürsten. Als solcher wurde er sowohl bei dem Einzuge des Kaisers angesehen, bei dem er zwischen dem Erzherzoge Karl von Oestreich (rechts) und dem Herzog Wilhelm von Baiern (links) ritt, als auch in der Eröffnungsversammlung, in welcher er dem Kaiser gegenüber zwischen dem trierischen und österreichischen Gesandten sass. Auch den Abschied unterzeichnete er als erster bevollmächtigter Gesandter seines Vaters⁴⁾. Da er selbst aber die Session im Kurfürstenrate nahm, hatte

¹⁾ Der Permutationsvertrag hob das Tripartit, die Herrschaftsansprüche von Brandenburg, Sachsen und dem Administrator auf und übertrug sie nur auf letzteren.

²⁾ Moser XI, 136.

³⁾ Landständen durch ihre Vertreter.

⁴⁾ Häberlin XII, Vorrede.

er mit seiner Vertretung im Fürstenrate den magdeburgischen Domherrn Bothmar und Dr. Henning Hamel¹⁾ beauftragt.

Joachim Friedrich durfte um so mehr hoffen, seine Ansprüche auf die Session durchzusetzen, — dass sie angefochten werden würden, war bekannt — als sein Vater die übrigen brandenburgischen Gesandten instruiert hatte, seine Bitten, die er darum dem Kaiser vortrug, zu unterstützen, den Kaiser an die ihm vom Hause Brandenburg geleisteten Dienste zu erinnern und ihm die Folgen einer abschlägigen Antwort vor Augen zu führen²⁾. Wirklich wurde dem Bothmar und Dr. Hamel bei der Proposition vom Reichserbmarschall von Pappenheim der erste Sitz vor den salzburgischen Gesandten angewiesen. Diese waren schon vorher mit Joachim Friedrich einig geworden, es nach dem Vertrage von 1530 zu halten und im Vorsitz abzuwechseln³⁾. In der ersten Sitzung des Fürstenrates aber am 6. Juli protestierten sie gegen Magdeburgs Vorsitz, „für dieses mal und vor 3 Tagen.“

Hatte Joachim Friedrich die Absicht gehabt, auf den Vorsitz zu bestehen? Der später erhobene Gegenprotest gegen den Vorsitz Salzburgs scheint das zu bestätigen. Da sie in 2 aufeinanderfolgenden Sitzungen (wenn die Proposition als Sitzung zu rechnen ist) den Vorsitz einnahmen, hatten die Magdeburger jedenfalls ihr Versprechen, im Vorsitz abzuwechseln, nicht gehalten. Auch wenn die Proposition nicht zu rechnen ist, hatten sie sich nicht an den Vertrag von 1530 gehalten, da nach diesem Salzburg beim Abwechseln zuerst den Vorsitz führen sollte.

Doch der Protest des Bischofs Georg von Seckau, den dieser im Namen Johann Jacobs von Salzburg erhob, bekam deshalb eine so hohe Bedeutung, weil er sich nicht nur gegen den Vorsitz Magdeburgs richtete, sondern gegen dessen Session

¹⁾ Denkschrift von 1594, hier Hammel geschrieben: es ist derselbe, von dem das obenerwähnte Bedenken über den Vorbehalt von 1596 herrührt.

²⁾ Instruktion für die Gesandten des Reichstags von 1582 im Geheimen Staatsarchiv. Postscriptum des Administrators Sachen betreffend.

³⁾ Denkschrift von 1594.

im Reichstage überhaupt. „Denn er wüsste nicht,“ sagte er, „dass das Erzstift Magdeburg mit einem ordentlichen Oberhaupte versehen, weniger, dass dasselbe von Seiner päpstlichen Heiligkeit konfirmiert sei oder auch vom Kaiser die Regalien erhalten hätte. Deswegen wolle es ihm und anderen bedenklich fallen, im Beisein desjenigen, der sich angezeigter massen einzudrängen unterstanden, der fernerer Beratschlagung beizuwohnen.“ Der Magdeburgische Gesandte verlangte hierauf die Verlesung seines Protestes gegen den Vorsitz Salzburgs. „Derselbe gebühre seinem Herrn, dem Administrator, als *primati et summo pontifici per Germaniam*.“ (Wie musste dieser Titel, von einem Evangelischen gebraucht, auf die anwesenden katholischen Bischöfe wirken!) „Sein Herr sei ordentlich gewählt, die Regalien seien ihm vom Kaiser nicht verweigert worden, sondern er sei des öfteren darauf vertröstet worden.“

Dieser Gegenprotest ist bezeichnend dafür, dass Magdeburg die Sache immer noch als Streit um den Vorsitz auffasst.

Salzburgs Gesandter wiederholte dann noch einmal seine Einwände und verliess die Versammlung. Nach seinem Weggange übernahm Oestreich das Direktorium und holte zunächst die Meinungen der Fürsten und Gesandten über diesen Fall ein. Dann stellte es zur Beratung, ob man die Angelegenheit vor den Kaiser bringen wolle. Es versprach, selbst eine Einigung versuchen zu wollen, damit der Fortgang der Beratungen nicht dadurch gehindert würde. Salzburg aber erklärte, dass der Fall zur Entscheidung des Kaisers gebracht werden müsste, eher würde es an den Beratungen nicht teilnehmen. Anfangs wurden dieselben auch noch fortgesetzt, dann aber mehrten sich die Streitigkeiten durch die Teilnahme der geistlichen und weltlichen Stände und die Beratungen mussten vom 13.—18. Juli eingestellt werden¹⁾.

Von wem war der Anlass gegeben, dass Salzburg den Sitz Magdeburgs an und für sich bestritt, um seine Sache zu verteidigen? Die Salzburgischen Gesandten entschuldigten

¹⁾ Häberlin XII.

sich nämlich bei Joachim Friedrich, dass solcher Streit nicht von ihnen, sondern vom Hofe herflösse. Als aber Joachim Friedrich mit Zuziehung des brandenburgischen Kanzlers Dr. Distelmeyer in einer Audienz beim Kaiser sich darüber beschwerte, „hätte dieser,“ so heisst es in der Denkschrift von 1594, „seine geheimen Räte angesehen, und diese hätten gestutzt, Ihre Majestät sich aber dann in *continenti* erklärt, sie wüssten davon nichts, wollten aber den Sachen nachdenken und auf ein Dekret bedacht sein.“ Dass es vom Hofe ausging, dafür sprechen auch die Nachrichten über das Treiben des päpstlichen Gesandten, des Kardinals Madruzzi, der vom Papst Gregor XIII. zu diesem Reichstag auf die Bitten der Katholischen, einen Mann zu schicken, der im Stande wäre, die Katholischen zu vereinigen, entsandt worden war. Wie aus den Berichten der Halberstädtischen Gesandten an Heinrich Julius von Braunschweig¹⁾ hervorgeht, hielt man diesen geschickten und in den Reichsgeschäften wegen seiner Familienverhältnisse erfahrenen Jesuiten für den Urheber des Misstrauens zwischen den versammelten evangelischen und katholischen Ständen und vornehmlich für den Störenfried in der Magdeburgischen Angelegenheit²⁾. So

¹⁾ Er war in demselben Jahre in Halberstadt gewählt worden wie Joachim Friedrich vom Magdeburger Kapitel u. z. hatte sich Halberstadt diesmal deswegen in der Wahl von Magdeburg getrennt, weil sein Kapitel zum grössten Teile noch der alten Lehre anhing. Doch entging es der Reformation, welche 1591 eingeführt wurde, nicht; Heinrich Julius war schon 1568 beim Antritt seiner Regierung in Braunschweig übergetreten und doch im Besitze des Stiftes geblieben. Dieser Umstand machte sein Schicksal dem des Joachim Friedrich sehr ähnlich.

²⁾ Bericht des kurtrierischen Offizials Winand Bechtold über den Reichstag bei Janssen, Geschichte des deutschen Volkes V, S. 12. — am 6. Juli — „kam eine Sache zur Verhandlung, welche, wenn sie von den Protestierenden wäre durchgedrückt worden, den geistlichen Vorbehalt vor Kaiser und Reich völlig durchlöchert und die Freistellung angerichtet hätte.“ — „Aber Gott gab Gnade, dass die Katholischen durch den Legaten Sr. Heiligkeit erkräftigt, fest bei einander stunden und das fein praktizierte Werk fallen machten.“ Und ebenda S. 13 aus dem Bericht eines protestantischen Gesandten: „Als die Pfaffen nicht merkten, dass durch die Session des Administrators die Freistellung auf die Bahn gebracht, hat es der Legat des Papstes geahnet.“

berichtet Lewin von Borstell an Herrn von Schwichelt, Kammer-
rat des Herzogs Heinrich Julius: „Es hätte gestern am Sonn-
tage in der Versammlung der Augsburger Konfessionsver-
wandten Jemand, der davon einen gewissen Grund habe,
erzählt, dass der päpstliche Gesandte, der Tridentinus, (Ma-
druzzi) in privato colloquio erzählt habe, dass Er, neben
den anderen Pfaffen bei dem Kaiser anhalte, dass kein Fürst,
Herr oder von Adel sollte zu einem Bistum, Dignität, Präe-
minenz gestattet werden, er hätte denn zuvor die Konfirma-
tion vom Papste; und diejenigen, so Stifter inne und die
Konfirmation nicht hätten, davon abzustehen, zu ermahnen.
Es sollte sich auch der Papst nebst den anderen Pfaffen
erbieten, es solle der Kaiser nur darauf halten, wenn sich
einer aufsetzen würde, so sollte man nur draufschlagen, sie
wollten Geld und Leute genug verschaffen¹⁾.“ Hatte nun
der Kaiser diesen Reden Gehör gegeben und hatte er ver-
anlasst, dass gegen Salzburgs Sitz überhaupt protestiert wurde?
Machte er nachher die Einigungsversuche nur, um es nicht
zum Aeussersten kommen zu lassen? Oder hatten Madruzzi
und andere Katholische z. B. Oestreich, das dadurch den
Gegner im Streit um den Vorsitz los wurde, durch die Um-
gebung des Kaisers den Salzburgerischen einen derartigen Rat
zukommen lassen, zumal da an keinem Hofe die Räte soviel
Einfluss hatten, als an dem Rudolfs II.? Ob es nun mit
oder ohne Wissen des Kaisers geschah — jedenfalls ist er-
wiesen, dass der Gedanke, gegen Magdeburgs Session zu
protestieren, nicht von Salzburg ausging, sondern ihm vom
Hofe aus gegeben wurde. Wie hätten auch die Salzburgeri-
schen Gesandten eine solche Entschuldigung vorbringen können,
durch die sie den Kaiser oder seine Räte kompromittierten,
wenn nichts Wahres daran gewesen wäre, wenn sie nicht die
Berechtigung dazu gehabt hätten! —

Zweierlei musste vor allem Joachim Friedrich durch
diese Verhandlungen klar geworden sein: dass es sich nicht
mehr um einen Streit mit Salzburg um den Vorsitz handele

¹⁾ Häberlin XIV, 345.

und dass er nicht dieses allein als Gegner hätte; aber er war fest entschlossen, sein Recht zu wahren, er beriet sich darüber mit den Evangelischen¹⁾, man merkte, dass auch die Katholischen sich unter Madrucci's Führung zusammenschlossen; „es fiel auf, wie oft sie hin- und hergingen. — Die brandenburgischen und magdeburgischen Gesandten erfuhren, wenn Bothmar bei der nächsten Zusammenkunft seinen Sitz im Fürstenrat einnehme, so würden die Katholischen sämtlich aufstehen und ihn auf der geistlichen Bank allein lassen.“²⁾

In den ersten Beratungen hatte Oestreich als Direktor beraten lassen, ob man die Entscheidung über die Sache dem Kaiser vorlege, was Salzburg durchaus verlangte. Damit die Beratungen nicht gehindert würden, erbot es sich selbst zu einem Ausgleichsversuch; oder war von ihm der Streit ausgegangen? — Man wies die Entscheidung an Rudolf, dieser verwies sie an die Stände, diese legten sie wieder in die Hände des Kaisers zurück, wie sie schon 1576 gethan³⁾.

Jetzt suchte er zu vermitteln: Es sollten Ihre Fürstliche Gnaden den ganzen Reichstag in Ihrer Session bleiben und continuieren, aber sich hiernach und inmittels bis zu einem anderen Reichstage beim Papste habilitieren⁴⁾. Die Kurfürsten von Mainz und Sachsen machten den Vorschlag: Magdeburg solle an diesem Reichstage unter Salzburg Session haben, sich sonst aber derselben enthalten; oder die Gesandten des Domkapitels sollten sich als solche qualifizieren, „nicht als Gesandte des Administrators“, und, da dieses ja geladen sei, die Session behalten⁵⁾. Auf die Haltung des

¹⁾ Das Bedenken über den Religionsfrieden, welches ihm hier von Herzog Ludwig von Württemberg zugestellt wurde, Lünig, Staatsconsilia I, 371, betrifft allerdings nicht speziell seinen Fall und ist ähnlichen Inhalts als das Bedenken einiger Kur- und Fürsten Augsburger Konfessionsverwandten Räte über unterschiedliche Punkte des Religionsfriedens vom Jahre 1555, bei Lünig, Staatsconsilia I, 186.

²⁾ Ranke VII, 118.

³⁾ Gemeiner Stände Bedenken in den Akten von 1582 des Geheimen Staatsarchivs.

⁴⁾ Denkschrift.

⁵⁾ Häberlin XII.

Kurfürsten von Sachsen¹⁾ kam viel an. Als Haupt der Evangelischen war er gezwungen, sich der Sache des Administrators anzunehmen, andererseits war er dem Kaiser verpflichtet²⁾, „er durfte es nicht zu einem Bruche im Reich kommen lassen. Als er deshalb den schon genannten Vorschlag machte, dass sich der Administrator bis zum nächsten Reichstage qualifizieren solle, verlangten die katholischen Stände, er solle einen Revers des Administrators darüber mit unterschreiben; dieser solle mit den Siegeln des Kurfürsten und Joachim Friedrichs versehen, ihnen übergeben werden, „damit sie für alle Zukunft gesichert seien.“ Das hiess dem Administrator, solange er evangelisch blieb, die Session rauben; da auch seine Gemahlin krank geworden, ging dieser vom Reichstage, ohne von den Fürsten Abschied genommen zu haben, mit der Erklärung an den Kaiser: er wolle sich seiner Rechte nicht begeben aber auch den Beratungen nicht hinderlich sein, sondern was geschlossen als ein Stand mit leisten helfen³⁾.

Somit war die wichtige Angelegenheit der protestantischen Hochstifter zur Sprache gebracht, aber nicht entschieden. In gleicher Lage wie Magdeburg befanden sich Bremen, Lübeck und Verden, Osnabrück und Paderborn, Minden, Halberstadt. Für alle diese war es, wie Ranke sagt, sowohl eine Ehre als ein Bedürfnis, an den Reichsversammlungen teilzunehmen. Durch die Teilnahme an denselben zeigten sie sich als Reichsstände; jetzt wurde ihnen das Recht bestritten, mit zu beschliessen über die Lasten, die sie tragen sollten. —

Für die Protestanten im allgemeinen war es eine Frage von der grössten Bedeutung: Einmal war das Reich nicht vollständig im Reichstage vertreten, wenn die Stimmen der

¹⁾ August, von 1553—1586.

²⁾ Wie Ranke VII, 119, zeigt.

³⁾ Denkschrift. — Nach Janssen V, 13, hätte der Kurfürst von Sachsen den Administrator zur Abreise bewogen und als Grund dafür angegeben, „es hätten sich die Städte allbereits den Ständen widersetzt, stehe nun ein Fürst zu ihnen, so würde es eine grosse Zerrüttung geben.“

norddeutschen Stifter abgingen, und im Fürstenrate war die Gleichheit der beiden Bekenntnisse vernichtet. Wenn die Bank der Geistlichen ganz katholisch war, so hatte dieses Bekenntnis durch die katholischen Stimmen unter den Weltlichen in dem ausschlaggebenden Reichskollegium die Majorität. Dann aber — die protestantischen Kapitel waren, wenn den Administratoren die Session bestritten wurde, nicht mehr in den Reichsversammlungen vertreten, es gab dann einen Teil der Reichsstände, der zwar Pflichten zu tragen hatte, aber nicht die Rechte eines Reichsstandes genoss. Es lag durchaus nichts Wünschenswertes in einer derartigen Reichsmitgliedschaft. Dies schadete nicht nur den Kapiteln, sondern auch den Familien, welche ihre Söhne in ihnen unterzubringen und zu versorgen pflegten. Die Territorien der protestantischen Fürstenhäuser, deren Söhne sich unter anderen Umständen dem geistlichen Stande ergeben hätten, wären zersplittert worden. Den Protestanten drohte dadurch eine Unterdrückung ihres Bekenntnisses. — War aber denn wirklich durch Salzburgs Protest die Reichsstandschaft der protestantischen Stifter angefochten worden? Zwei Thatsachen waren es, die Joachim Friedrich als seiner Session hinderlich vorgeworfen wurden: dass er vom Papste nicht konfirmiert war und vom Kaiser nicht die Regalien empfangen hatte. Wir werden sehen, wie beides später protestantischerseits als Hinderungsgrund bestritten wurde und wie beides nur Vorwände waren, die einzig auf den in den Augen der Katholischen hinderlichen Grund: das protestantische Bekenntnis, hinausliefen.

Rudolf II. machte nämlich die Erteilung der Regalien abhängig von der Konfirmation der Bischöfe durch den Papst; das war so gut als sie versagen. Denn wenn es auch früher vorgekommen war, dass ein protestantischer Bischof durch den Papst konfirmiert worden war¹⁾, so war das doch jetzt nach Anerkennung der tridentinischen Beschlüsse, in der

¹⁾ Z. B. Eberhardt von Lübeck und Verden. Schlegel, Kirchengeschichte von Norddeutschland II, 422.

Zeit der siegreichen katholischen Reaktion, nicht mehr zu erwarten.

Ranke ¹⁾ weist darauf hin, wie vorteilhaft es für Deutschland gewesen wäre, wenn der Kaiser, anstatt die Regalienerteilung vom Papste abhängig zu machen, sich und das Reich vom Einflusse Roms befreit hätte; er meint, katholische und protestantische Fürsten hätten vereint ihn dazu drängen sollen. Aber das letztere „lag nicht im Genius der Epoche“, andererseits hatte er den Papst und die katholische Partei nötig. Dass die Konfirmation der protestantischen Bischöfe durch den Papst geschehen müsse, wurde schon in jener Zeit bestritten²⁾; sie könne weder „ex veteribus concordatis Germaniae“ bestehen, da damals von Protestanten noch nicht die Rede war, „noch ex novis concordatis, da solche nova compactata insciis statibus inita zu deren praeiudicio nicht statt haben könnten³⁾, sonderlich aber, da nach Reichsconstitution des Papstes Jurisdiction bei diesem Religionsfrieden im heiligen Reich deutscher Nation suspendieret und aufgehoben. Daraus folget, dass solche oder dergleichen privata pacta contra publicam constitutionem den Ständen in nichts abbrüchig sein, vielweniger kann man sich zu Rom vom Papst binden oder Ziel vorschreiben, auf- und absetzen lassen⁴⁾.“

Ist die Notwendigkeit der Consecration nicht durch Gesetze zu beweisen, so doch vielleicht durch das Herkommen! Und danach hatte allerdings der Papst dieselbe von alters her gehabt; aber es ist durchaus nicht gesagt, dass die Kaiser die Erteilung der Regalien davon abhängig machten, im Gegenteil hatten alle Kaiser die Erteilung der weltlichen

¹⁾ Deutsche Geschichte VII, 118.

²⁾ Vergl. die Denkschrift von 1594 und das Bedenken des Dr. Hamelius von 1596.

³⁾ Man glaubte also an eine Privatabmachung des Kaisers und des Papstes, nach der ersterer diesem versprochen hatte, keinem Bischof „ohne vorhergehende qualification und habilitaet in ordinibus et eius modi requisitis et ritibus pontificiis“ (Denkschrift) die Regalien zu erteilen.

⁴⁾ Denkschrift.

Landeshoheit nicht nur gehabt, sondern auch die Macht, Bischöfe ein- und abzusetzen¹⁾.

Session und Regalien sind ein „weltliches Werk, rühren vom Reich und gehören zu dessen Hoheit“ und weil das Reich deutscher Nation mit dem Papste nichts zu schaffen hat, sondern, wie sich aus der Geschichte ergibt, stets durch ihn nur Schaden erlitten hat, folgt, dass man keinem Stande etwas versagen dürfe, was ihm von Rechts wegen gebühre²⁾. Dem Kaiser würde es zur höchsten Verkleinerung gereichen, wenn er Rom wieder Einfluss auf die Reichsangelegenheiten gestatten, die Errungenschaften des Religionsfriedens wieder aufgeben wolle³⁾. „Was würde geschehen,“ bemerkt Hamelius,

1) Hamelius in seinem Bedenken von 1596, er fährt fort: Im Gegenteil hat nie ein Papst oder Bischof in Rom consecriert werden können, der nicht vorher vom Kaiser die Bestätigung erhalten.

2) Denkschrift.

3) Dabei ist auch dieses zu bedenken, dass der Religionsfriede zwischen der Kais. Majestät und der beiderseits verwandten Ständen aufgerichtet, ergo kann auch zuvörderst I. Kais. Maj. und des h. Reichs Hoheit und Autorität zuwider, sowohl auch den Ständen, insonderheit zu einzigen Verfang der Papst im Hl. Reich Teutscher Nation, weder ordnen, gebieten oder verbieten. Und da es schon beschehe, hiesse es doch extra territorium ius dicenti impune non paretur.

Diesen Gedanken drückt die Denkschrift so aus: Und was würde endlich anders folgen, denn dass der Papst nach alten Exempeln (auf doch staatliches Widerfechten vieler tapferer deutscher Kaiser) des Obergebots auch wider Kais. Majestät endlich selbst und alle geistliche zu merklicher Schwächung deroelben gutsteils fürstlichen Stände, sich unterstehen, Ziel und Mass geben würde, sonderlich, da ex privatis pactis die freien Reichsstände verknüpfen und gleich dem papistisch altem Joch und Bann wiederum subjugiren lassen sollten, derogestalt wurde kein Standt mit der Zeit auf allerlei Fälle so dem Papst und seiner liga nicht gefällig, in alter Deutscher Libertät stehen bleiben oder gelassen werden, daran doch jetziger und künftig Lebender hohen und niedrigen Standes Gewissen, Ehren und allgemeiner Freiheit halb den Successoren zu continuieren, wie es auf die jetzt Lebenden gebracht worden, merklich und viel gelegen, und was ist den Päpstischen und Catholischen, ja der Kais. Maj. und ganzem Reich daran gelegen, wann solche Stift in gutem esse, christlicher Ordnung, und allem demjenigen erhalten werden, so Ihrer Majestät oder dem Reich gebührt.

„wenn die Kaiser die Besetzung der Stifte von Rom, dieses wieder die Consecration von Erden, die die Inhaber an den Papst banden, abhängig gemacht hätte. Da Deutschland zur Hälfte geistlich, wäre das halbe Reich in Knechtschaft gegen Rom versetzt worden.

Die Einrichtung der kaiserlichen Indulte strafte die Forderung der päpstlichen Konfirmation sogar Lügen. Unter dem Vorwande nämlich, dass man das Geld, das für die römischen Gebühren gefordert wurde, nicht zur Hand habe u. dergl. konnte man vom Kaiser eine vorläufige Verleihung der Regalien auf ein paar Jahre verlangen. Man nannte diesen alten Gebrauch Indult. Erlangte man dann die päpstliche Bestätigung auch nicht, so blieb man doch im Besitze seiner Praelatur, man liess sich eventuell den Indult erneuern. Wir werden später einen derartigen Fall kennen lernen¹⁾. —

Die Nichterteilung der Regalien war das andere, was als der Session der Administratoren hinderlich hingestellt wurde. Man bestreitet auch dieses. Legt man sich die Frage vor: war die Ertheilung der Regalien zur Bethätigung der Reichsmitgliedschaft nötig? und beantwortet sie mit „nein“, wird man auch die Notwendigkeit der Regalienerteilung zur Session im Reichstage, die doch nichts anderes ist, als die Bethätigung der Reichszugehörigkeit, verneinen müssen. — In der That war es häufig, dass ein Reichsstand die Regalien nicht erhalten hatte, der trotzdem als Reichsstand angesehen werden muss. Joachim Friedrich selbst ist hierfür das beste Beispiel. Obwohl er die Regalien nicht erhalten hatte, ist er doch „active et passive“ als Reichsstand angesehen worden, Einmal, indem man ihn im Besitze liess²⁾, dann indem man

¹⁾ cfr. S. 44.

²⁾ Habe Seine Fürstl. Gnaden durch die Pressburgische Vergleichung und unterschiedliche erlangte decreta und Handschreiben nicht allein Kaiser Maximiliani, sondern auch der jetzigen Kais. Maj. aliquot reiteratas tacitas approbationes et testificationes erhalten, darinnen beide sich allergnädigst erklärt, dass sie I. Fürstl. Gnaden die Administration des Erzstifts für sich gerne gönnten. Hamelius.

ihn die aus dem Besitze erwachsenen Pflichten thun liess¹⁾, endlich, indem man ihm die ihm zukommenden Titel gab.

Die Regalienerteilung, meint Hamelius, gäbe an und für sich keine Rechte, sie sei nur ein äusseres Zeichen (*publica testificatio*), dass die Person, der dieselben erteilt worden, die richtige sei, und dass sie auf die richtige Weise die weltliche Herrschaft erlangt habe²⁾.

Einem Einwurf will ich hier noch begegnen, den die Katholischen auf die von den evangelischen Administratoren so oft erhobene Beschwerde machten, dass sie, ohne die Rechte eines geistlichen Reichsstandes zu haben, die Lasten eines solchen tragen müssten. Sie entgegneten nämlich, dass die Betreffenden ja im Besitze der Stifte seien, also deswegen auch die Verpflichtungen derselben übernehmen müssten³⁾. Aber der Besitz ist doch das Ursprüngliche, die Voraussetzung, aus der erst Pflichten wie Rechte gefolgert werden. Beides sind Bethätigungen der Reichsmitgliedschaft und diese ist erst vom Besitze abhängig. —

Es bleibt also noch das zu widerlegen, was thatsächlich in den Augen der Katholischen der Session der Administratoren hinderlich war, auf das die beiden vorgegebenen Gründe hinausliefen: die Religion. — Aber was hatte denn das Be-

¹⁾ . . . und I. Fürstl. Gnaden gleichwohl dieses für sich haben, dass sie für einen Stand des Reiches in allen anderen Sachen active et passive wie obgesetzt unter gemeinen Contributionen, item in Aufschreiben und Direktion des Niedersächsischen Kreises erkannt, durch die Kais. Majestät selbst ja bisweilen ersucht und I. Fürstl. Gnaden Dienst und Beförderung gebraucht, I. Fürstl. Gnaden auch etwa in vorfallenden Prozessen und Rechtssachen nach Reichsordnung requiriert und Commissiones von Hofe aufgetragen, wie alles in specie darzuthun — folgen Beispiele. Denkschrift.

²⁾ Proinde ut Pontificia coronatio et renunciato noviter electi Imperatoris non tribuit imperium, sed est publica saltem testificatio, quae ostendit hanc personam iustam esse et potitam Imperio iuste. Hamelius. Auch nach Lünig, Reichsarchiv II, 41, ist die Lehenserteilung nicht unbedingt notwendig.

³⁾ In der Erwiderung auf die Beschwerdeschrift der Evangelischen von 1594. Häberlin XVIII, 473 u. f.

kenntnis mit dem Sitze auf Reichstagen zu thun? Wenn der protestantische Administrator sich in anderen Dingen als Reichsstand bethätigen konnte und musste, warum nicht in der Session? Ferner hatten nach der Denkschrift von 1594 andere protestantische Stiftsinhaber thatsächlich Session, warum also nicht Joachim Friedrich? ¹⁾ Durch den Religionsfrieden waren beide Bekenntnisse einander gleichgestellt, es waren die Protestanten zu geistlichen Aemtern sehr wohl qualifiziert, aber man meinte katholischerseits, dass durch die Vorbehaltsklausel der Besitz der Administratoren unrechtmässig sei. — Doch wir kommen später darauf zurück, es genügt hier gezeigt zu haben, dass alle Gründe, die gegen die Session der Administratoren geltend gemacht wurden, hinfällig sind; alles übrige kommt dann auf die Frage hinaus, ob der Besitz der Administratoren trotz der Religion ein rechtmässiger sei. Solange die Administratoren im Besitze waren und die Pflichten gegen das Reich erfüllten, hatten sie auch Session zu fordern.

Nach dieser Betrachtung über die Tragweite des Salzburger Protestes und über seine Berechtigung fahren wir in der Erzählung der Ereignisse fort.

Was die übrigen Verhandlungen des Reichstages von 1582 betrifft, so repräsentieren die Personen, die im Sessionsstreit eine Rolle spielen, zugleich die Parteien dieses Reichstages und der folgenden. Wie Salzburg die katholische Majorität vertritt, welche in Gewissheit des kommenden Sieges zum Angriff vorgeht und vor Gewaltmassregeln nicht zurückscheut, (wie dies die Reden des Madruzzi und Bischofs von Würzburg zeigen), so repräsentiert Magdeburg die angegriffene protestantische Partei — nicht die ganze: Sachsen ist vom Kaiser abhängig; wie es in unserem Streit eine vermittelnde Stellung einnimmt, so hält es hiernach lange Zeit

¹⁾ . . . warum sind andere, als Bischof Heinrich im Erzstifte Bremen und auch zu Osnabrück und Paderborn und Bischof Eberhardt von Halla zu Lübeck und Verden, item Herzog Christof zu Meckelnburg im Stift Ratzeburg zugelassen — Denkschrift.

zum Schaden des Protestantismus an einer vermittelnden Stellung fest, die das kaiserliche Interesse mehr im Auge hat, als das der Religionsgenossen. Rudolf II. giebt sich zwar den Schein, als ob er über den Parteien stände, ist aber thatsächlich auf Seiten der Majorität oder von ihr abhängig. Und wie Magdeburg in seiner Angelegenheit keinen Erfolg hatte, so setzten auch die Evangelischen auf diesem Reichstage keine ihrer Forderungen durch. —

Es war gleich bei der Proposition aufgefallen, dass darin nichts von den Religionsbeschwerden der Evangelischen vorkam¹⁾. Man hatte gemeint, die Bewilligung der Türkenhülfe von der Erfüllung der Forderungen abhängig zu machen; der leidige Zwiespalt zwischen Lutheranern und Calvinisten, Sachsen und Kurpfalz war auch hier hinderlich. August von Sachsen wollte solches der Kaiserlichen Majestät, die von den katholischen Ständen gedrängt würde, nicht zumuten.

Der Schicksalsgenosse Joachim Friedrichs in dieser Angelegenheit, Heinrich Julius von Halberstadt, hatte ebenfalls hier den ersten Misserfolg zu verzeichnen. Seine Gesandten warteten nur auf den Ausgang des Magdeburgischen Streites, um für ihren Herrn einen Indult für Minden und die Erneuerung des Halberstädtischen vom Kaiser zu erbitten. Trotzdem derselbe für sie eine ungünstige Vorbedeutung sein musste, thaten sie es; sie konnten aber bis zum Schluss des Reichstages die Session für Minden nicht erlangen, und der Indult wurde ihnen abgeschlagen, obwohl sie durch Bestechung den Räten die Sache ans Herz legten²⁾. Uebrigens hatte Heinrich Julius, dem, wie er selbst schreibt, nicht so viel an dem Indulte lag, und der nur darin dem Drängen seines Vaters folgte³⁾, gestützt auf das Einverständnis mit dem

¹⁾ Häberlin XII Vorrede 15.

²⁾ Häberlin XIV S. 345 u. f. Briefe der braunschweigischen Gesandten.

³⁾ Es sei auch gar nicht sein Wille und seine Meinung, dass sie (die Gesandten) so heftig anhalten sollten. Hätte es ihm nicht sein Vater

Kapitel, von dem Stift Minden am 7. Juli d. J. Besitz ergriffen. Sein Schicksal wurde dem Joachim Friedrichs noch ähnlicher, als er 1584 am 5. Mai sich mit Dorothea von Sachsen verlobte. 1585 dankte er in Minden ab, blieb aber auch nach seiner Verheirathung im Besitze von Halberstadt; seit 1592 ist er auch Abt von Walkenriedt¹⁾. —

Der Erfolg der Katholischen in der Magdeburgischen Angelegenheit trug schon auf diesem Reichstage Früchte. Als die Aachensche Angelegenheit²⁾ beraten wurde, waren die Meinungen im Fürstenrat selbstverständlich geteilt. Salzburg aber, das nach Magdeburgs Ausscheiden mit Oestreich abwechselnd das Direktorium führte³⁾, trug im Kurfürstenrate, welcher die Gutachten beider Kollegien an den Kaiser als bindende Reichstagsbeschlüsse zu berichten hatte, die Meinung der Katholischen als die der Majorität vor⁴⁾. Der Abgeordnete von Pfalz-Zweibrücken verlangte, dass auch das Gutachten der Evangelischen dem Kaiser mitgeteilt werde. Die Katholischen versagten es, als — nicht dem Herkommen gemäss. Von den Kurfürsten wurden Pfalz und Branden-

geraten, so hätte er wohl anders zu diesen Sachen thun können. Er stehe Gottlob mit seinen beiden Kapiteln so, dass er keines Indultes mehr so sehr achte.

¹⁾ Häberlin XXI 145.

²⁾ Aachen war namentlich durch Flüchtlinge aus den Niederlanden eine evangelische Reichsstadt geworden, als sich die katholische Minorität an den Kaiser wandte, schickte dieser einen Kommissar, welcher den neuen protestantischen Rat (seit 1574) absetzen wollte, es entstand ein Aufruhr, in dem die Protestanten Sieger blieben.

³⁾ Häberlin XIII Vorrede z. B. hatte

am 9. Juli Salzburg, am 28. Oestreich,

„ 3. August „ „ 7. Salzburg

den Vorsitz.

⁴⁾ Wenn der Reichsabschied verfasst werden sollte, so hörten Abgeordnete der 3 Kollegien den Entwurf von Mainz an und berieten dann die einzelnen Punkte. Jeder Kurfürst stellte einen Abgeordneten, der Fürstenrat 5 (3 geistliche und 2 weltliche) und die Städte 2. Lünig R. Archiv II 21. Man kann annehmen, dass, wenn Magdeburg deputiert worden wäre, die Evangelischen unter den Abgeordneten des Fürstenrats die Majorität hatten.

burg, da sich Sachsen dieser Meinung anschloss, überstimmt. Das Endergebnis war, dass dem Kaiser, da das Kollegium der Reichsstädte so der Unterstützung der beiden anderen beraubt war, freie Hand in der Angelegenheit gelassen wurde, während sich die Städte gerade über die Massregeln des Kaisers beschweren wollten¹⁾.

Johann Georg that in der Sache seines Kurprinzen, trotz der Instruktion, die er seinen Gesandten nach Augsburg mitgegeben hatte, nichts. „Er vertraute dem Kaiser“²⁾ und folgte der Politik Sachsens, namentlich in Religionsangelegenheiten. Der Streit zwischen Lutheranern und Calvinisten, welche letzteren noch eher Thatkraft zeigten, trug auch dazu bei, dass die Evangelischen sich nicht in höherem Grade diese Angelegenheit und die gleichzeitige des Uebertritts des Kurfürsten Gebhard Truchsess von Köln angelegen sein liessen; viel lag auch im Charakter der Zeit³⁾.

Die nächste Folge des Sessionsstreites für die Reichsangelegenheiten war die Einstellung der Kammergerichtsvisitationen, sie geschah, als im Jahre 1588 die Reihe des visitierenden geistlichen Fürsten an Joachim Friedrich war. Beim Kurfürsten von Mainz, der im Begriff war, die Stände

¹⁾ Vergl. Ranke VII, 121—125.

²⁾ Droysen. Geschichte der preussischen Politik II, S. 366.

³⁾ Pfalzgraf Johann Casimir an den Landgrafen 1578. Groen von Prinsterer in d. Oranischen Archiven. Der Duc d'Alba hat den Kur- und Fürsten deutscher Nation Gelegenheit zu seiner Zeit wohl gewusst, da er sich verlauten lassen, die deutschen Fürsten wären grosse Herren, die in ihren Schildern und Wappen führten viel grosse Tier, als Löwen, Greiffen, Adler u. a. hätten auch grosse Zehen und Klauen, bissen aber und kratzten nicht. — Den Spaniern, Franzosen u. a. ist leider wohlbekannt, dass unserer, der Deutschen, Handlungen mehr auf dem Schreiben, Papier, vergeblichen Zusammenkünften und Tagleistungen, denn wirklicher Vorrichtung bestehen — oder wie es Joachim Friedrich selbst sagt: Daher wächst unsern Nachbarn von der päpstlichen Religion der Mut; sie sagen, sie wüssten wohl, dass man sich vor den deutschen Evangelischen nicht hoch zu fürchten habe, die nicht mehr thäten, als was sie mit Briefen verrichten könnten. An Christian von Sachsen v. J. 1586. Staats-Consilia I, 397.

welche die Ordnung getroffen hätte, zur Visitation zu berufen, traf ein Schreiben des Kaisers ein, dass wegen der Unruhen am Rheinstrom und den benachbarten Orten und anderen Ursachen die diesjährige Visitation des Kammergerichts suspendiert werden müsste. Zugleich erinnert er die Kammerrichter und Assessoren, dass sie nichts destoweniger in ihren Aemtern mit Fleiss fortfahren und sich eine gleichmässige Beförderung der Justiz angelegen sein lassen möchten¹⁾.

Diese Einstellung der Visitationen war für die Konfessionsverwandten um so empfindlicher, als sie sich schon öfter über parteiische Urteile des Kammergerichts, in dem die Katholischen jetzt auch die Mehrheit erlangt hatten, beschwert hatten. Dann hatte der Gerichtshof, der nach dem Religionsfrieden für beide Parteien unparteiisch Recht zu sprechen verpflichtet war, in Religionsangelegenheiten nicht zu entscheiden; gegen Ende des Jahrhunderts geschah es doch. —

Obwohl es der Kaiser nicht sagte, so wusste es doch jedermann, dass die Hinderung der Visitationen nur wegen der Religion des Administrators stattgefunden habe. „Die Katholischen und mit ihnen der Kaiser hielten ihn nach ihren Ansichten über den geistlichen Vorbehalt nicht für den rechtmässigen Besitzer eines geistlichen Gebietes und verweigerten ihm nicht nur das Recht, auf Reichstagen zu sitzen, sondern zogen es auch in Zweifel, ob er bei besonderen Reichszusammenkünften anwesend sein dürfe, oder zu Reichshandlungen, wie diese Visitationen, tauglich sei“²⁾. — In der That bezog sich die Vorbehaltsklausel nicht auf Joachim Friedrich, sondern auf Erzbischöfe, Bischöfe oder Prälaten (die protestantischen Inhaber von Stiften hiessen Administratoren), die zuvor der alten Religion zugethan gewesen und erst, wenn sie ein Bistum hatten, übertraten, wie es beim Erzbischof Gebhard Truchsess der Fall gewesen³⁾. Der Vor-

¹⁾ Häberlin XV, 31.

²⁾ Häberlin a. o. O.

³⁾ Hamelius: Ideoque comprehendit tantum illos archiepiscopos, episcopos et praelates, quibus verba possunt adaptari.

behalt bezieht sich auf einen, der übertritt; — Joachim Friedrich hatte, seit er im Regiment war, die Religion nicht verändert¹⁾. Das reservatum sagt auch noch, dass in einem solchen Falle, wo ein Erzbischof etc. übertrete, das Kapitel einen Katholischen neu wählen könne. Dies zeigt, dass man nur an ein katholisches Kapitel gedacht hat. Es folgt, dass die Kapitel einen evangelischen Herrn, der katholisch gewesen, nicht länger dulden sollen, aber nicht, dass sie stets einen katholischen Herrn haben sollen. Daher ist Joachim Friedrich's Fall, da er von einem evangelischen Kapitel gewählt worden, „extra casum“, nicht hierher gehörig. Wollte man den Vorbehalt auch auf die evangelischen Kapitel anwenden, so wäre das höchst unbillig; da sie dadurch gezwungen würden, bei der alten Religion zu bleiben; ihnen ist als Ständen des Reichs gerade durch den Religionsfrieden erlaubt, überzutreten; wählen sie einen Evangelischen, so findet keine „mutatio religionis“ statt, sondern sie wählen einen Herrn propter politicam administrationem²⁾.

Dass die Religion der Reichsstandschaft an und für sich nicht hinderlich sein kann, ist selbstverständlich, ebensowenig als die Ehe.

1590 beschwerten sich die Evangelischen, dass um der Religion des Administrators wegen nicht nur dieser ausgeschlossen werde³⁾, sondern die ganze Visitation eingestellt sei, in der man sonst immer noch etwas Verbesserung vornehmen konnte. Auch jetzt ging der Kaiser nicht offen vor. Die Stände hatten sich zugleich über die Bedingung der Konfirmation durch den Papst für die Belehnung der geistlichen

¹⁾ Denkschrift: Ita rectius tenor intelligeretur de eo, qui antea fuit Catholicus, quam de alio quodam Evangelico, qui nunquam mutavit religionem.

²⁾ Hamelius.

³⁾ Obwohl er ordentlicher- und gebührendermassen zum Erzstift berufen und solange in seiner Possession gewesen sei, auch wohl in anderen Fällen, wenn man Se. Fürstliche Gnaden bedarf, dieselben wohl ersucht worden. Senckenberg: Sammlung ungedruckter Akten III, 145.

Reichsstände beschwert ¹⁾. Der Kaiser erwiderte: „Er sähe bei der Erteilung der Regalien auf das Herkommen und hätte dieses sogar temperirt; was die Visitationen beträfe, so wüssten die Fürsten, was diesfalls die Ordnung disponiert und wie es mit der Beschickung der Visitatoren vor und nach dem Religionsfrieden herkommen. Sie sei eingestellt worden, weil sich Missverständnisse gezeigt!“ — Seit 1588 ist es dann zu einer ordentlichen Kammergerichtsvisitation nicht mehr gekommen; nur ausserordentliche sind dann und wann vorgenommen worden. Die Evangelischen aber hatten infolge der Entscheidungen dieses Reichsgerichtes in den 4 Klostersachen ihren Beschwerden neue hinzuzufügen.

Wie friedliebend Johann Georg auch war, so brachte ihm doch das Bestreben, seine Söhne (es waren 7) und Enkel zu versorgen, gegen seinen Willen mannigfache Verwickelungen. Der Administrator und Kurprinz hatte 5 Söhne; den ältesten Johann Siegismund, hatte er zu dem kinderlosen Vetter, Georg Friedrich von Ansbach und Jägerndorf, der auch vormundschaftlicher Regent von Preussen war, gegeben; Ende der 80 er Jahre beschäftigten den Vater und Grossvater die Vermählung dieses Enkels mit Anna, der ältesten Tochter Albrecht Friedrichs von Preussen und der Marie Eleonore, Erbtochter von Jülich. 1592 wurde mit Erlaubnis des Vaters und Grossvaters ein anderer Sohn Joachim Friedrichs, Johann Georg, der spätere Markgraf von Jägerndorf, zum Bischof von Strassburg gewählt. Ihm hatte die katholische Minorität des Kapitels den Kardinal von Lothringen entgegengestellt; dieser wurde von der Ligue unterstützt, jener von den benachbarten protestantischen Fürsten Deutschlands; ein 12jähriger Krieg entbrannte deswegen am oberen Rhein zwischen beiden Parteien. Von Brandenburg erhielt der Enkel ebensowenig Unterstützung als der Sohn; der Kurfürst hasste

¹⁾ Da doch die alten, hochlöblichen Kaiser die jedesmaligen geistlichen Stände, so die Konfirmation eher bei dem Papst als bei Ihrer Majestät gesucht, mit allem Ernste gestraft und also ihre Kaiserliche Reputation wider des Papstes angemassete Superiorität und Präeminenz löblich erhalten, Senckenberg III, 140.

die Calvinisten,¹⁾ er riet wie der Herzog von Württemberg, „sich der Sache zu entschlagen, weil bekannt sei, dass in dieselbe der calvinische Irrtum mit eingemengt sei;“ man müsse mit dem zufrieden sein, was Lothringen zugestehe, man müsse es nicht so genau nehmen, namentlich beim Kaiser dürfe man nicht so hart anhalten. Joachim Friedrich suchte nicht wie der Vater, sich dem Strome des Fortschritts entgegenzustemmen, er hielt sich eher zu den Calvinisten;²⁾ sein Kanzler Merckbach war ein Reformierter. Trotzdem richtete er sich sowohl in seiner als in der strassburgischen Angelegenheit durchaus nach dem Willen des Vaters.

— — — — —

Die Hauptschlacht gewissermassen in der magdeburgischen Angelegenheit fand auf dem Reichstage von 1594 statt. Derselbe war von Rudolf II. für den 7. April dieses Jahres ausgeschrieben worden. Den Evangelischen, die sich der ihnen drohenden Gefahr bewusst geworden waren, fiel sowohl der kurze Termin auf, als der Umstand, dass weder im Ausschreiben noch in der Proposition der Religionsbeschwerden Erwähnung gethan war. Dies war der Anlass zu den Zusammenkünften in Speier und Heilbronn, auf welcher letzteren der Grund zu der späteren Union gelegt wurde.³⁾ Sie war unter anderen von dem Administrator von Strassburg und

¹⁾ Er hatte seine Enkel Johann Siegismund und Johann Georg einen Revers ausstellen lassen, dass sie alle Zeit bei der reinen Lehre beharren wollten. Hier wie bei dem folgenden cfr. Droysen II, 2.

²⁾ Bezeichnend ist sein Brief an Christian I. von Sachsen: „ob man den ausserdeutschen Konfessionsverwandten (hier den Hugenotten) Hülfe bringen könne.“ Lünig, St.-C. I, 397. Der Brief ist anlässlich des schlechten Empfanges der Gesandtschaft deutscher Fürsten in Paris geschrieben, als man sich entschlossen hatte, den unterdrückten Hugenotten beizustehen. Ziemlich genau lässt er sich über die Notwendigkeit aus, die Calvinisten zu ihrer Religion zu zählen. Wenn sich nicht die einzelnen Parteien und Richtungen unterstützten, würden sie alle unterliegen: ungescheut nenne man schon den Religionsfrieden ein *toleramus ad tempus*, noch hielten die Katholischen an sich, sonst würde es bald heissen: *haeretico non est fides habenda*. Für Heinrich IV. ist Joachim Friedrich begeistert.

³⁾ Häberlin XVIII, 5.

einem magdeburgischen Rat besucht, ein Zeichen, dass beide Administratoren sich der gemeinsamen Sache der Evangelischen unter der Führung von Kurpfalz angeschlossen hatten.

Man beschloss hier, die Türkenhilfe, die von ihnen auf dem kommenden Reichstage gefordert werden würde, nicht eher zu bewilligen, als bis ihren Beschwerden abgeholfen würde;¹⁾ unter diesen aber sollte auch die magdeburgische Angelegenheit dem Kaiser vorgelegt werden. Das Bedenken eines kurpfälzischen Rates hebt als besonders wichtig hervor, dass man für Joachim Friedrich und seinen Sohn eintrete, Lothringen vertriebe und dafür wirke, dass die evangelischen Kapitularen zu Strassburg in diesem Stifte gelassen würden²⁾. Man konnte wohl hoffen, dass die Angelegenheit der Administratoren diesmal besseren Erfolg haben würde.

Schon vor der Proposition kam der Teil der Evangelischen, der sich um Pfalz scharte, zu Beratungen zusammen, „wie man einstimmig würde und den Religionsfrieden verbesserte und dadurch den römischen Praktiken steuerte.“³⁾ Am 7./17. Mai konnten Brandenburgs Gesandte⁴⁾ den Versammelten mitteilen, dass sich Sachsen erboten, die magdeburgische Angelegenheit zu unterstützen. Ihr Vorschlag ging dahin, dass dem Kaiser eine Schrift darüber eingereicht und bei Niedersetzung des Reichsrates den Ständen vorgelegt würde; man solle beraten, ob dieser Punkt vor den anderen traktiert werden solle.⁵⁾ Die magdeburgischen Gesandten, unter ihnen Dr. Merckbach, freuten sich über Sachsens Hilfe, sie setzten die Sachlage auseinander und bitten, dass man nicht eher zur Deliberation oder kaiserlichen Proposition schreite, bis ihnen die Session eingeräumt worden. Pfalz und die Bistumsadministratoren⁶⁾ schlossen sich dieser Absicht an,

¹⁾ Häberlin XVIII, 466 u. f.

²⁾ Häberlin XVIII, 19.

³⁾ Instruktion des Herzogs Heinrich Julius für seine Gesandten. A. o. O. 466.

⁴⁾ Graf von Stolberg und Adam von Schlieben.

⁵⁾ Häberlin XX, Vorrede XI u. f.

⁶⁾ Sie waren sämtlich nicht geladen worden, wohl ihre Kapitel; von Strassburg weder Administrator noch Kapitel. A. o. O.

Brandenburg mit dem Bemerken, es wolle mit Sachsen darüber handeln. Es kam einige Tage wirklich zu dem Beschluss, den Punkt der Session zu erledigen, da zunächst die Personen qualifiziert sein müssten. Alle Gesandten — es würde ihnen angesagt oder nicht — sollten bei der Proposition erscheinen und die gebührende Session einnehmen und, wenn ihnen ihr Recht streitig gemacht würde, dasselbe auseinandersetzen, auch es schriftlich verfassen und, wenn auch solches nicht helfen sollte, protestieren. Bei der Proposition solle es dabei bleiben, damit der Kaiser nicht gleich anfangs „offendieret werde“ und den Gedanken fassen möchte, dass man dieselbe gar nicht zu hören gemeint wäre. Wenn es aber zur Beratschlagung käme und dem Einspruch Jemandes gegen die betreffende Session der Rücktritt der Katholischen folge, sollten die Evangelischen mit abtreten¹⁾ und sich dann, wenn zur Deliberation angesagt würde, derselben enthalten. — Bereits begann Sachsen zu schwanken; nachmittags bat es, man möge mit dem Plane einen oder 3 Tage nach der Proposition warten. Am nächsten Tage²⁾ verlangte man inständigst, Sachsen und Würtemberg sollten sich erklären, ob sie sich zur gemeinsamen Sache der Evangelischen halten wollen oder nicht. Die Theologen, die Friedrich Wilhelm, der Administrator von Kursachsen mitgebracht hatte, mögen diesen wohl bestimmt haben, dass er sich von den von Kurpfalz geleiteten Versammlungen fernhielt, dieselben tadelte und die dort verfassten Beschwerden nicht mit unterschrieb.³⁾ Er schloss sich in der Politik ganz an Baiern und die katholische Majorität an⁴⁾. Auch Würtemberg schloss sich von der Ein-

¹⁾ Wie Brandenburg einige Tage vorher sagt: es wäre ihnen beschwerlich, dass die Evangelischen aquiesciren und bei demjenigen bleiben müssten, was die Papisten schliessen. Wollten sie nicht sitzen, wenn Magdeburg sitzt, so wollen wir nicht sitzen, wenn Magdeburg nicht sitzt.

²⁾ 11./21. Mai.

³⁾ P. Ph. Wolf, Kurfürst Maximilian I. B. I, 144

⁴⁾ Schreiben Maximilians an seinen Vater vom 25. Mai aus Regensburg: — Er (Friedrich Wilhelm) meldete an Cöln (Ernst von Cöln in

gabe der Beschwerden aus. An diesem 11./21. Mai nachmittags verlasen die magdeburgischen Gesandten den versammelten Evangelischen die Denkschrift über die magdeburgischen Sessionsansprüche, die für die vorliegende Arbeit die wichtigste Quelle gewesen ist.¹⁾ Sie ist wahrscheinlich von dem oftgenannten Merckbach verfasst und behandelt in klarer und sachlicher Weise die Ereignisse von 1566—1582, die zur Entwicklung des Streites führten, besonders die Vorgänge auf dem Reichstage zu Augsburg 1582. Dann werden alle Einwendungen, die gegen die Session des Administrators gemacht werden können, mit zwingenden Gründen, auch wohl mit einiger Schärfe widerlegt, ferner die Ansprüche rechtlich klargelegt und damit geschlossen, dass man nach alledem den Administrator ruhig in seinem Besitze, den er in seiner Religion schon 30 Jahre ruhig regiere, lassen müsste und dass die Evangelischen sich seiner Sache, die auch andere betreffe, annehmen sollten. Die Fürsten möchten nicht eher in den Beratungen fortfahren, ehe ihr Herr nicht die Session erlangt habe; geschähe dies nicht, so könne dieser auch nicht für eine Türkenhilfe aufkommen.

Aus einer Bemerkung am Anfange der Schrift erfahren wir auch, dass der Kaiser sich durch seinen Gesandten Christof von Schleinitz habe entschuldigen lassen, dass er nicht den Administrator zum Reichstage geladen habe, sondern das Kapitel mit der genannten Bemerkung;²⁾ leider ist nicht gesagt, wodurch er dies entschuldigt habe! Joachim Friedrich habe darauf dem Kaiser eine schriftliche Resolution unter mündlichem Vortrage seines Rates Johann von Löben zustellen lassen. Wahrscheinlich war sie gleichen oder ähnlichen Inhalts wie die vorliegende.

Der Kaiser selbst war am 7./17. Mai d. J. mit grossem

der Oheim Maximilians): er wolle es mit ihm halten, er habe deswegen auch den Kurpfälzischen und Kurbrandenburgischen Abgeordneten rund abgeschlagen, im Widerwärtigen Beifall zu thun.

¹⁾ Häberlin XX, Vorrede.

²⁾ Es an gebührenden Ort gelangen zu lassen.

Gefolge von Gesandten und Jesuiten¹⁾ in Regensburg angekommen; er geriet in Sorge, dass durch den obengenannten Beschluss der Evangelischen die Proposition gehindert werden könnte, wie sie ja thatsächlich bis zum 2. Juni verschoben wurde. Seine Verstimmung darüber war sehr gross.²⁾ Während ihm 1582 der Sessionsstreit Salzburgs nicht unerwünscht war, um den Reformierten entgegenzutreten, war ihm die magdeburgische Sache doch jetzt höchst peinlich, da er sah, dass man von Seiten der Evangelischen dieselbe als Hauptpunkt der Verhandlungen ansah, und von ihr auch das übrige und — woran ihm am meisten lag — die Türkenhilfe abhängig machte. Aber er konnte jetzt nicht mehr rückwärts, wenn er vielleicht auch zu einem Zugeständnisse zu bewegen gewesen wäre. Die Katholischen, welche wohl auch gesonderte Beratungen gehabt haben mögen, waren gegen jede Rücksicht auf die Administratoren. Als Salzburg³⁾ den Vorschlag machte: Magdeburg solle die Session auf der weltlichen Bank einnehmen, widersetzte sich diesem der neue Kurfürst Ernst von Cöln mit der bestimmtesten Drohung, eher unverrichteter Sache Regensburg zu verlassen, als in einen solchen Vergleich einwilligen zu wollen. Nicht nur würde, wie er sagte, die geistliche Bank um eine Stimme geschwächt, sondern der so hoch beschworene Religionsfriede gebrochen werden. Der vermeinte Erzbischof von Magdeburg könne und dürfe zur Session nicht zugelassen werden, indem er als protestantischer Fürst das bischöfliche Amt nicht verwalten könne und als Bischof vom Papste nicht anerkannt sei.⁴⁾ So musste sich Rudolf an Magdeburg selbst wenden.

¹⁾ Unter ihnen Madruzzi, Specianus, Contarini. P. Ph. Wolf, Kurfürst Maximilian I., I, 128.

²⁾ Ranke VII, 131, sagt: er hätte aus Aerger darüber die Pfingstfeiertage vorüber gehen lassen, ohne einen Gottesdienst zu besuchen.

³⁾ Erzbischof von Salzburg ist seit 1587 Wolfgang Dietrich von Raitenau, bekannt durch seine Verfolgungen der Protestanten in seinem Lande und durch seinen Kampf mit Maximilian von Baiern, von dem er 1611 zur Absetzung gebracht wurde.

⁴⁾ P. Ph. Wolf, Kurfürst Maximilian I., I, 144.

Zunächst hielten seine Räte Johann Wolf Freymont und Hans Christof von Höenstein den magdeburgischen Gesandten vor, wie sie durch ihre Absicht, auf der Session zu beharren, nicht nur den Gang der Verhandlungen stören, sondern auch dem Reiche an der ungarischen Grenze unwiederbringlichen Schaden zufügen würden. Ihre Majestät wollten bedacht sein, wie dieser Sessionssache „ihre gebührliche Mass förderlich zu geben.“¹⁾ Nicht viel wirksamer war, dass sich der Kaiser an Brandenburg und Sachsen, von denen er sonst alles erlangte, um Vermittelung wandte; er liess die brandenburgischen Gesandten zu sich befehlen und bat sie, das Vorhaben der Magdeburger zu hindern. Diese versicherten, das nicht zu vermögen, im Gegenteil den Befehl zu haben, jenen in ihrem Vorhaben ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Als sie das Zimmer verliessen, drangen die kaiserlichen Räte Rumpff und Trautson in sie: die Magdeburger möchten sich doch wenigstens der Session bei der Proposition enthalten und zur Erhaltung des Rechts ihres Herrn eine Protestation „in meliori forma“ verfertigen und in der Kanzlei niederlegen lassen. — Sie versprachen den Magdeburgern diesen Rat zu geben, auf die anderen Administratoren hätten sie keinen Einfluss.²⁾ Auch Friedrich Wilhelm von Sachsen bemühte sich im Interesse des Kaisers um sie, aber sie liessen sich nicht auf lange Disputationen ein³⁾ und antworteten, dass sie ohne Vorwissen der übrigen evangelischen Stände, mit denen die Angelegenheit schon beraten sei, sich in nichts einlassen könnten. Vollkommen das Vertrauen des Kaisers zu Brandenburg zu täuschen, konnten sie aber doch nicht über's Herz bringen; sie rieten den Magdeburgischen, sich wenigstens der Proposition zu enthalten, denn sonst würde vielleicht allerlei Ungelegenheit entstehen,

¹⁾ Häberlin XX, Vorrede.

²⁾ Darüber die Kaiserlichen sich sonderlich Strassburg halben verwundern wollen. Häberlin a. o. O.

³⁾ „Denn im Vertrauen zu melden, halte sich Sachsen mit stetigem Disputieren schier übler als Rumpf und Trautson.“ Aus dem Berichte der Magdeburger vom 16/26. Mai a. o. O.

die dem Hause Brandenburg zum Schimpf gereichen könnte. Doch Merckbach und seine Mitgesandten waren fest entschlossen, nicht nachzugeben; sie teilten an diesem Tage (16./26. Mai) ihren Entschluss den Evangelischen mit: sie hätten mit den Brandenburgern selbst auf einen Ausweg gesonnen: ob ihres Herren Recht mit der gemeinsamen Beschwerdeschrift der Evangelischen übergeben werden sollte — „aber es sei bedenklich, viel zu libellieren und hiernach nur ein beschwerliches Dekret zu erlangen.“ — oder ob ein Ausschuss dem Kaiser die Sache persönlich vorbringen sollte. Man beschloss also: „Da durch die Enthaltung Magdeburgs von der Proposition der Hauptsache ein unverantwortliches Präjudizium zugefügt, auch mit der Protestation nichts ausgerichtet würde, als dass man dieselbige *tanquam contrarium facto* nur auszulachen pflegt, und da es sich nicht allein um Magdeburg sondern auch um andere Hochstifte handele, so bliebe man bei dem vorigen Beschluss, sowohl bei der Proposition als bei der Deliberation die Session einzunehmen. Da aber wahrscheinlich den Wachen an dem Orte der Proposition der Befehl gegeben sein würde, wen sie einlassen sollten und wen nicht, so solle man sich auf eine Antwort gefasst machen.“ Man war also fest entschlossen eine grossartige Demonstration in Scene zu setzen. Magdeburg hatte noch einmal versichert, dass es sich nicht von den übrigen trennen wolle. Der Kaiser wurde darauf vorbereitet dadurch, dass Brandenburg ihm die Mitteilung machen sollte: Magdeburg habe das Mittel des Protestes nicht angenommen. Natürlich setzte er alles in Bewegung, um zu verhindern, dass der Reichstag gleich am Anfange ein trauriges Ende nähme, und dazu musste es bei der Unnachgiebigkeit der katholischen Partei, die er auch erfahren hatte,¹⁾ kommen. — Wir sind ausführlicher auf diese Verhandlungen eingegangen, um das Verhalten der magdeburgischen Gesandten, deren Sache von den Evangelischen zum Kernpunkte eines Angriffs

¹⁾ Ranke, Deutsche Geschichte, VII, 131.

gemacht worden war, kennen zu lernen. Wie 2 Heere in Schlachtordnung, standen die beiden Parteien sich gegenüber.

Der Kaiser in seiner selbstbereiteten Verlegenheit, die er doch durch ein Wort ändern konnte, berief die magdeburgischen Gesandten persönlich zu sich. Es ist ein klägliches Bild von einem Herrscher, welches die Berichte der magdeburgischen Gesandten geben! „Auf das Glimpflichste, versicherte er sie, er meine es gut mit ihnen: er habe bereits alles Mögliche versucht, um ihr Begehren zu erfüllen; aber es sei ihm unmöglich, den Widerspruch der Katholischen zu besiegen; er führte ihnen zu Gemüt, dass sie die allgemeine Sache verhindern würden, wenn sie nicht einen Schritt zurückträten; ihm zu Ehren möchten sie es thun, er werde es dem Hause Brandenburg wiedervergelten¹⁾.“ Die Gesandten blieben noch standhaft; die Misshelligkeiten gingen von den Katholischen aus, die den Administratoren nicht die Session zugestehen wollten; sie hätten den gemessenen Befehl, an dem Rechte des Administrators festzuhalten. Der Kaiser gab zu erkennen, wie peinlich ihm dies war; seine Räte versicherten, man würde ihn krank machen; sie versprachen endlich, die Sache solle bei „jetzt währendem Reichstage“ in Unterhandlung gezogen und Mass darin gegeben werden. Schon war man also am Hofe von der Notwendigkeit, nachgeben zu müssen, überzeugt, da „traten die Gesandten den Schritt rückwärts“ und brachten sich und die Protestanten um die Früchte ihrer Standhaftigkeit. Als der Kaiser sie aufforderte, sich wenigstens so lange der Session zu enthalten, bis ihr Herr von der Lage der Dinge benachrichtigt sei, gaben sie das zu unter der Bedingung, dass der Kaiser sie gegen ihren Herrn vertrete.

Die Klagen des Kaisers mögen zu diesem Entschluss ebenso beigetragen haben, als die Ermahnungen der brandenburgischen Gesandten, welche fürchteten, es könne dem Hause Brandenburg die Schuld an einem aus der Verzögerung der Reichshandlungen entstehenden Nachteile in den Türken-

¹⁾ Ranke a. o. O.

kriegen oder einem Unfall des Kaisers beigemessen werden. Die Katholischen gaben nicht nach — der Kaiser zögerte damit — so glaubten sie gezwungen zu sein, und so verliessen sie trotz ihrer gegenteiligen Versicherungen die gemeinsame Sache der Evangelischen, die dadurch ihren ersten und besten Vorwand zu einem standhaften Vorgehen verloren. — Am 2. Juni konnte die Proposition ungehindert vor sich gehen. Es war die erste Niederlage der Magdeburger und der Evangelischen. —

Infolge der obengenannten Bedingung hatten die magdeburgischen Gesandten einen Eilboten mit der Nachricht von diesen Vorgängen — der Kaiser selbst den Herrn von Schleinitz an Joachim Friedrich nach Halle geschickt. Obwohl die Gesandten ihn daran erinnert hatten, dass ja in den Versammlungen bei der Frage über den geistlichen Vorbehalt die Angelegenheit so wie so zur Beratung käme, war Joachim Friedrich doch sehr ungehalten über ihr Nachgeben. In dem Schreiben, welches die Gesandten, die am 2./12. Juli nach Regensburg zurückkehrten, vorfanden, verwies er sie ¹⁾, dass sie seinem Befehle, die Session zu nehmen, nicht nachgekommen seien. Wenn sie merken würden, dass die Durchführung seiner Ansprüche auf Schwierigkeiten stosse, und dass sein Recht nicht, wie versprochen war, auf dem Reichstage mehr anerkannt würde, sollten sie die Session einnehmen. — Die Gesandten machten dem Oberhofmeister Wolf von Rumpf davon Mitteilung, und dieser antwortete ihnen, sie möchten noch des Herrn von Schleinitz Antwort abwarten. Doch sie wussten schon, dass dieser von seiner wahrscheinlich vergeblichen Gesandtschaft (wenn er dorthin gegangen war, um den Administrator zu einem Verzicht zu bewegen) dem Kaiser Bericht erstattet habe; da sie also merkten, dass man sie wieder hinziehen wolle, baten sie den Hofmeister,

¹⁾ Ihre Fürstliche Gnaden wollten auch mit ihnen zu reden haben, wo es nicht Ihrer Majestät zu Ehren und zur Beförderung des Hauptwerkes der Kontribution geschehen. Häberlin XVIII, 131 u. f., aus Arumaeus De Comitiiis. 206 u. f.

die Sache zu befördern, entschlossen sich aber, selbst in der nächsten Reichsversammlung die Angelegenheit vorzubringen.

Wie wir aus der Antwort Joachim Friedrichs sehen¹⁾, hatten die Gesandten ihre Befugnis nicht überschritten, und doch war ihr Herr unwillig; er musste also doch glauben, dass sich jene zur Unzeit vielleicht hatten beeinflussen lassen, oder traute er dem Kaiser zu, dass er ein falsches Spiel treibe? In der That war das Verhalten des Kaisers, wie aus dem obigen hervorgeht, nicht offen; seiner Politik waren die Gesandten gewichen! Natürlich suchten sie, als sie das jetzt merkten, ihren Fehler wieder gut zu machen: sie erregten dadurch viel Lärm, erlangten aber nichts von dem, was sie vielleicht am Anfange im Verein mit den Konfessionsverwandten durchgesetzt hätten. —

Die nächste Beratung fand am 3./13. Juli statt. Als sich Merkbach bei dieser trotz der Aufregung, die über sein Erscheinen entstand, neben den Erzbischof von Salzburg, der persönlich anwesend war, niedersetzte, rief dieser aus: „Ich kann den Herrn da nicht sitzen lassen!“²⁾ Merckbach forderte gehört zu werden: er wolle nicht hoffen, dass er dem Kurfürstlichen und fürstlichen Hause Brandenburg etwas zu Abbruch verhindern wolle. — Der Erzbischof aber stand auf und forderte die Katholischen auf, ihm zu folgen: er könne solches (den Sitz Magdeburgs) in praejudicium der katholischen Stände nicht einräumen. Da folgten ihm die von der geistlichen Bank, die geistlichen Kurfürsten und etliche Weltliche, unter ihnen der Administrator von Sachsen, der aber bald verdriesslich umkehrte und mit den pfälzischen Gesandten heftige Unterredung über den Vorfall führte³⁾. Beim Weg-

¹⁾ (S. d. vorige Anm.) a. obengen. O.

²⁾ In dem Umstande, dass der Protest wieder von Salzburg ausgeht, zeigt sich der ursprüngliche Charakter des Sessionsstreits!

³⁾ Nichts ist bezeichnender für Sachsen, als dies, dass es allein von den Evangelischen mit den Katholischen hinausging. Dass der Administrator wieder umkehrte, zeigt, dass er es quasi unbewusst gethan hatte, dass ihm seine Zugehörigkeit zu dieser Partei schon natürlich geworden war.

gange wandte sich der Erzbischof noch um und protestierte de nullitate sessionis. Der Kanzler von Magdeburg bat, man möge ihn hören; der Erzbischof rief, man möge dies nicht thun. Den anwesenden Weltlichen las nun Merckbach nach einigem Hin- und Herreden seinen Befehl vor. Darauf verliessen auch die weltlichen Kurfürsten diesen Saal, um sich in ihrer Ratsstube mit den geistlichen Kollegen zu einigen, wie die Angelegenheit geordnet werden könnte, ohne dass Jemand beleidigt würde.

Gegen eine Stunde sassen die Weltlichen allein, dann schickten sie zu den Geistlichen und forderten sie auf, herein zu kommen oder Abgeordnete herein zu schicken, welche sich Merckbachs Vorbringen anhörten: es sei zu besorgen, dass sonst eine grosse Trennung und Verhinderung des Hauptwerkes hieraus erfolgen möchte. Die geistlichen Fürsten antworteten, dass sie mit den Evangelischen wohl beraten wollten und nicht gesonnen wären, sich von ihnen zu trennen — die Audienz könnten sie aber dem Merckbach nur ohne die Session, wie einem anderen Gesandten¹⁾ gewähren und nur vorbehaltlich der Entscheidung des Kurfürstenrates.

Endlich, fast um 11 Uhr, erschienen auch Abgesandte der weltlichen Kurfürsten wieder und berichteten, dass sie die geistlichen Mitkurfürsten nur mit Mühe dahin gebracht hätten, dass sie dem Merckbach Audienz bewilligten — doch ohne Session. Als man ihm diesen Vorschlag machte, antwortete Merckbach: „Er zweifle nicht, dass von ihnen (den Geistlichen) die Session heute auf Befehl nicht eingenommen worden sei, man wisse, wie es um die Sache beschaffen²⁾. Sie (die Magdeburger) wollten keine Trennung verursachen, aber sie wollten jedem über die Rechte ihres Herrn auf die Session, die sie auf seinen Befehl einnähmen, Rechenschaft geben.“

¹⁾ Die Gesandten sitzen nach Lünig, Reichsarchiv II, 16, „an sonderbaren locis ohne praejudiz der Stände“, vergl. auch die Abbildungen in obigem Werke.

²⁾ Magdeburg vermutet also auch hier, dass, wie 1582, die Geistlichen aufgestachelt worden seien; zumal nach den letzten Ereignissen und Unterhandlungen mit den kaiserlichen Räten war das wahrscheinlich.

Er erzählt dann, was wir schon wissen, dass er schon zu Anfang des Reichstages dies hätte thun wollen, aber von S. Majestät gehindert worden sei. „Heute hätten sie nun die Session eingenommen, was ihnen niemand verdenken könne, und sie wollten dies jederzeit, wenn Fürstenrat gehalten würde, wieder thun, wie ihnen als Dienern ihres Herrn gebühre. — Sie bäten zu bedenken, was allen Ständen hieraus für ein Praejudizium entstände; was heute ihnen geschehen, könne morgen einem andern widerfahren; sie thäten nichts gegen den Religionsfrieden; das Stift Magdeburg sei zuvor reformiert gewesen¹⁾, auch die Clerisei, ihr Herr hätte es nicht gethan. Ihre Majestät hätte ihrem Herrn den Titel gegeben, desgleichen das ganze Haus Oestreich, Cöln, Bischof zu Augsburg, Würzburg, Bamberg, Leuchtenberg, Dillingen. Wollten sie nun ihrem Brief und Siegel zuwider sein? Sie sollten doch bedenken, dass ihr Herr Obrister des Niedersächsischen Kreises wäre, sollte er als solcher nicht Session haben? Man solle sich als Mitglieder erzeigen der Correspondierenden Vertraulichkeit und Verbandtnis nach, man solle mit ihnen umtreten.“

Die Geistlichen wollten ihm aber die Session nicht gestatten, sie wollten lieber den Reichstag verlassen. Die Sitzungen konnten nicht fortgesetzt werden, die Auflösung des Reichstages schien zum zweiten male bevorzustehen. Doch die Gesandten hatten schon einmal nachgegeben; ihr Auftrag verbot ihnen nicht, unter diesen Umständen zu weichen; sie sollten ja sogar die Hülfeleistung nicht verweigern. Eine Woche lang unterhandelten die kaiserlichen Räte mit den magdeburgischen und brandenburgischen Gesandten, dann einigte man sich über einen Revers, dass ihr

¹⁾ d. h. ehe Joachim Friedrich zur Regierung des Stifts kam, nicht etwa vor dem Religionsfrieden, was den thatsächlichen Verhältnissen widersprechen würde, da des Stiftes Reformation doch erst auf 1561 gesetzt werden kann. Ranke VII, 133, hat allerdings die andere Ansicht.

Nachgeben für diesmal ihnen nicht für später präjudizierlich sein solle¹⁾.

Als man beinahe einig und der Revers schon zu Papier gebracht war, fiel es den magdeburgischen Räten ein, dass man doch wenigstens das Gutachten der evangelischen Stände einholen müsse; sie baten um eine Zusammenberufung derselben, nachdem sie während der ganzen Verhandlungen auf sie keine Rücksicht genommen hatten. Dr. Merckbach las ihnen den Revers vor, „doch wie er vorgab im grössten Geheim und ohne denselben Jemandem zu zeigen.“ Es musste ihm wohl von den Räten verboten worden sein. Die Evangelischen, die sonst nicht abgeneigt waren, ihm Beistand zu leisten, obwohl doch Magdeburg der gemeinsamen Sache untreu geworden war, wollten erst wissen, was die Kurfürsten dazu sagen würden. Dann erklärten sie sich dahin, „dass sie mit dem Revers zufrieden sein wollten.“ Doch viele, unter ihnen Jagemann, der eifrige Gesandte des Heinrich Julius von Halberstadt, widerrieten ihm die Annahme: „weil in demselben etliche für Magdeburg sehr verfängliche Worte und Klauseln enthalten wären, hingegen nichts Günstiges für sie darin stände.“ Die übrigen aber erklärten, „dass, wenn Magdeburg und Brandenburg als die es betreffe und die die Lage der Dinge am besten wissen müssten, damit zufrieden wären, sie, als dabei nicht besonders interessiert, sich den Revers nicht missfallen liessen.“ „Worauf“, so schliesst dieser Be-

¹⁾ Moser XI, 135. Die betr. Stelle der Urkunde bei Ranke VII, 134, Anm., lautet: „ist nach lang gewerter Tractation zuletzt vermittelt embsiger Behandlung die Sache dahin gerichtet, dass die Abgesandten mehr angeregter Session sich I. Kais. Maj. zu unterthänigsten Ehren und Gefallen, auch damit in vorstehender grosser Türkengefahr dem gemeinen Wesen und Reichsversammlung keine Ungelegenheit verursacht würde, bei diesem wehrenden Reichstag, doch uff ratification zu enthalten bewilligt; dagegen I. Kais. Maj. sich gnediglich dahin erkleret, dass solches alles niemandem, sonderlich aber dem primat Erzbisthumb Magdeburg an seinem Stand, Rechten und Gerechtigkeiten desgl. I. Fürstl. Gnade, wass dieselbe deswegen tam in petitorio quam possessorio befugt, nachtheilig sein soll.“

richt¹⁾, „die magdeburgischen Gesandten von ihrem stattlich angefangenen Vorhaben abstunden, indessen aber veranlasst hatten, dass in den Reichssachen 9 Tage lang nicht gehandelt worden.“

Droysen²⁾ führt eine gelegentliche Notiz an, dass die Magdeburger Frage mit dem Administrator von Sachsen „noch vor dem Reichstage unterbauet worden wäre“ (sc. vom Kaiser) und schliesst daraus, dass Johann Georg, von diesem beeinflusst, seine väterliche Autorität auf seinen Sohn geltend gemacht habe. Gewiss ist der Einfluss Brandenburgs auf die Entschliessung der magdeburgischen Gesandten, sich von der Sache der Evangelischen zu trennen und der Proposition fern zu bleiben, unverkennbar; so wird wohl auch der Administrator vom Vater schliesslich zur Annahme des Reverses bewogen worden sein. Dass sich Johann Georg hierin von Friedrich Wilhelm leiten liess, ist bei seiner Gesinnung gegen das reformierte Bekenntnis, das unter den vereinten Evangelischen herrschte, und der ängstlichen Sorge, dass die Angelegenheit dem Reiche Schaden bringen könnte, leicht ersichtlich. Joachim Friedrich huldigte durchaus hierin nicht den Grundsätzen seines Vaters, wie wir gesehen haben, aber er hat doch zu dessen Lebzeiten nichts gegen seinen Willen unternommen. So mag er sich wohl auch hierin dem Willen seines Vaters gefügt und die allgemeine Sache verlassen haben, sich mit der Anerkennung seiner Rechte begnügend.

War denn aber im Reverse ausgedrückt, dass die Session vom Kaiser zu den Rechten gezählt wurde? Ranke, der das Verhalten des Kaisers in dieser Angelegenheit anders beurteilt, meint, dass der Kaiser im Prinzip nicht gegen diese Session gewesen wäre, und dass er sie nur deshalb nicht zur Ausübung kommen liess, weil der Widerspruch der katholischen Fürsten den Reichstag zu zersprengen drohte. Infolgedessen glaubt er auch, dass in dem Reverse der Kaiser Magdeburgs Ansprüche auf die Session nicht verwarf, „dass er das Erz-

¹⁾ Im Arumaeus, de Comitibus 206 u. f.

²⁾ Geschichte der Preussischen Politik im gen. Werke, II, 2, S. 373.

bistum vielmehr trotz der Religionsveränderung anerkannte und das Weitere der Zukunft vorbehielt ¹⁾.“ Soll das letztere etwa sagen: dass auch die endgültige ratification zu hoffen war? — In der That ist in dem Reverse durchaus nichts enthalten, als was die Kaiser stets in den Reichstagsabschieden den Ständen versicherten, deren Sessionsstreit ihnen peinlich war. Er versichert, dass die diesmalige Enthaltung der Session (wie in den Reichsabschieden stets: dass die diesmalige Session) dem Erzstifte Magdeburg an seinen Rechten sowie Seiner Gnaden nicht schaden solle, „wass dieselbe deswegen tam in petitorio quam in possessorio befugt“, d. h. soweit sie eben von ihm als Rechte anerkannt werden. — Das Benehmen des Kaisers zeigt im Gegenteil nicht im geringsten wohlwollendes Interesse für Magdeburg, wenn man nicht gerade seine Versicherungen an die magdeburgischen Gesandten dafür hält. Natürlich lag ihm am Anfange die Sache am Herzen, aber beängstigend, da er durch dieselbe in der Erlangung der Türkenhülfe gehindert wurde. — Wir haben ihn im Verdacht, dass er 1582 um das Vorgehen Salzburgs gewusst habe; es folgte die Abstellung des Titels Administrator von Seiten des Kammergerichts und die leere Entschuldigung dieser Massnahme; 1588 die Einstellung der Kammergerichtsvisitationen; 1594 war Joachim Friedrich ebensowenig wie ein anderer Administrator zum Reichstage berufen worden, seine Gesandten wurden absichtlich hingezogen — soll man da wirklich annehmen, dass der Kaiser im Prinzip nicht gegen die Session war? Die folgenden Ereignisse werden das Gegenteil beweisen, ebenso wie die genannten. Aber wir haben noch 2 andere Zeugnisse für unsere Ansicht; das sind: erstens die Instruktion seiner Gesandten zum Deputationstage in Speier ²⁾ und ein Gutachten des kaiserlichen Rates Hanniwaldt, in welchem versichert wird, dass die Session der Stifte durchaus nicht im Willen des Kaisers lag ³⁾. Es war

¹⁾ Deutsche Geschichte VII, S. 134.

²⁾ S. u. (S. 67 u. 68 o.)

³⁾ S. u. (S. 70 u. 71.)

erst viel später, dass Rudolf II. einsehen lernte, dass ihm die Evangelischen auch notwendig seien, und dass er eine vermittelnde Tendenz einschlug, erst im nächsten Jahrhundert. Wie zeigte er sich denn auf diesem Reichstage ihnen gegenüber?

Sie hatten am 16./26. Juni eine Beschwerdeschrift eingereicht, nachdem durch Magdeburgs Nachgeben ihr Vorgehen für den Augenblick gegenstandslos geworden, und die Proposition zustande gekommen war. Den Beschluss, die Türkenhilfe von der Abstellung der Beschwerden abhängig zu machen, hatten sie aufgegeben, als ihnen die von diesem Erbfeind der Christenheit drohende Gefahr sehr lebhaft geschildert worden war. Es wurden 80 Römermonate bewilligt. — Ich will auf die Beschwerdeschrift nur kurz eingehen¹⁾: Sie enthielt in 18 Punkten hauptsächlich Klagen über den Bruch des Religionsfriedens von Seiten der Katholiken. Die Schuld gab man den Jesuiten und päpstlichen Nuntien, durch welche es hauptsächlich geschehen sei, dass man dessen Gültigkeit jetzt anzweifele. Man gebe vor, Kaiser Ferdinand habe nicht gebührt, ohne den Papst den Religionsfrieden zu errichten; da er aber vorhanden, so sei es selbstverständlich, dass er nur bis zum Abschluss des Tridentinums dauere. — Man begegnete damit — allerdings ungerechter Weise — dem Einwurf, den die Evangelischen jetzt so oft erhoben, z. B. wenn man die Reichsmitgliedschaft von der Konfirmation des Papstes abhängig machte, dass der Religionsfriede ohne den Papst abgeschlossen sei, und dass die päpstliche Einmischung in die Reichsgeschäfte zu allen Zeiten schädliche Folgen gehabt habe. — Es giebt ein Bild von der Lage des Protestantismus, wenn die Klage erhoben wird, dass die augsburgische Konfession durch Anschlag der päpstlichen Bulle (in coena domini) durch Papst Pius V. verdammt worden sei, da sie doch durch den Religionsfrieden im Reiche gleiche Berechtigung erhalten. Auch die Angelegenheit der Stifter wird berührt,

¹⁾ Häberlin XVIII, 473 u. f.

sowie die Einstellung der Kammergerichtsvisitationen; über parteiische Urteile der Hofgerichte wird Beschwerde erhoben.

Und was that der Kaiser darauf? er speiste sie mit der Antwort ab, er wolle die Schrift den Katholischen zur Rechtfertigung einreichen. Es geschah: die Katholischen verfassten eine höchst interessante Widerlegung, und in der richtigen Ueberlegung, dass der Angriff die beste Verteidigung sei, gaben sie zugleich eine Resolution ein, die ihre Gegenbeschwerden enthielt. Am Ende des Reichstages fertigte der Kaiser den Evangelischen durch ein Dekret diese beiden Eingaben zu, und die Beantwortung und Widerlegung derselben verblieb bis zum nächsten Reichstage.

Durch dieses Betragen wuchs, wie es bei Häberlin¹⁾ heisst, den Katholischen der Muth so, dass 1594 und auf allen folgenden Reichstagen den Evangelischen von den Jesuiten und Kapuzinern ins Gesicht gepredigt wurde: Der Kaiser könne mit gutem Gewissen den protestantischen Ketzern im Reichstage nicht mehr länger zusehen. Es wäre einmal Zeit, das Schwert wider sie auszuziehen. Die occasiones und Mittel wären an der Hand, und die Protestanten unter sich seien getrennt und z. T. so sicher, z. T. auch so unvermöglich und imparati, dass sie leichtlich zu überfallen und zum Gehorsam des römischen Stuhles wieder zu bringen sein würden.

Aus seiner Auffassung über den Kaiser und den Revers folgert dann Ranke, dass die Anerkennung der Ansprüche des Administrators auch von allgemeiner Bedeutung war, insofern, als sie dem Protestantismus in allen Stiften zum Rückhalt diene. Jagemanns obengenannte Aeusserung über den Revers zeigte, was diese davon hielten; übrigens verzichteten sie auch. Aber eine gute Folge hatte das Vorgehen Merckbachs vom 13. Juli doch; die Gesandten der übrigen Bistumsadministratoren, vor allen Jagemann, erhielten den Mut, auch ihre Session einzunehmen, und es gelang ihnen z. T. sie durchzusetzen.

¹⁾ XVIII, 556.

Allerdings verhielt sich z. B. bei Halberstadt die Sache etwas anders. Heinrich Julius hatte noch 1582 Sitz und Stimme gehabt und war auch auf diesem Reichstage persönlich zu erscheinen durch eine besondere Gesandtschaft des Kaisers aufgefordert werden. Sein Kanzler Jagemann nahm nun seine Session als Gesandter des Herzogs von Braunschweig auf der weltlichen Bank am 13. Juli, fügte aber seinem braunschweigisch-wolfenbüttelschen Votum hinzu: „dass er auf seines Herrn erhaltenen Befehl nicht allein dieses, sondern auch alle übrigen vota wegen S. Fürstlichen Gnaden als postulierten Bischofs von Halberstadt suo loco et ordine wolle wiederholt haben ¹⁾. Dieses Verfahren erregte unter den Katholischen grosse Bestürzung und der Kanzler von Salzburg, dessen Herr einige Tage vorher krank geworden, protestierte natürlich dagegen; die übrigen katholischen Stände schlossen sich ihm an. Jagemann aber wiederholte sein Votum und fügte hinzu: *quod protestatio et contradictio tertii non esset modus amittendae possessionis vel quasi*; sein Herr wäre in *possessione vel quasi* sässe im Nest; wäre nicht unter der Salzburger Sprengel etc.

Nun ging man in solchen Fällen gewöhnlich auf den vorigen Reichsabschied zurück, das war für Halberstadt der Vorteil, den Magdeburg weder 1594 noch 1582 gehabt hatte, bei ihm war der lange Sessionsstreit doch die Ursache, aus der ihm so grosser Nachteil entstand.

Obwohl Jagemann übrigens so das Votum erhalten hatte, ist im Reichsabschiede doch die Unterschrift Heinrich Julius als Bischof von Halberstadt weggelassen worden. — Wenn sich in diesem die Sessionsstreitigkeiten betreffende Phrase findet, dass der Kaiser gemäss dem Erbieten von 1570 und 1582 eine Entscheidung fällen wolle, so bezieht sich das auf andere Sessionsstreitigkeiten — nicht etwa auf die Magdeburgische. Diese war er ängstlich bemüht zu vermeiden. In der Instruktion, die er seinen Gesandten zum Deputationstage 1595 mitgab, findet sich die Bemerkung, dass sie darauf

¹⁾ Häberlin XVIII, 144. Arumaeus, 211.

Acht haben möchten, dass auf dem Tage nichts vorgenommen wurde, was nicht zur Sache gehöre¹⁾, und „dass sich keine, die zur Sache nicht gehörig, eindringen möchten²⁾“. Dass sich das auf Niemanden anders bezog, als auf Joachim Friedrich und den magdeburgischen Sessionsstreit, zeigen die Ereignisse in Speier.

Als der Gesandte Joachim Friedrichs, der Rat Hans Jacob Wurmbser von Wendenau mit 2 Creditiven auf dem Tage eintraf und den versammelten Gesandten die Beschwerden und Forderungen seines Herrn vortragen wollte, die sich hier natürlich nur hauptsächlich auf den Ausschluss von den Kammergerichtsvisitationen bezogen, konnte er keine Audienz erhalten. Er verlas also³⁾ in Gegenwart eines Notars und zweier Zeugen einen Protest seines Herrn gegen das Verfahren, dass man ihm auf dem zu Speier letzthin angestellten Moderationstage⁴⁾ Session und Stimme verweigert hätte, dass die ordentlichen Kammergerichtsvisitationen eingestellt und bei der jetzt vorzunehmenden ausserordentlichen sein Herr übergangen worden wäre. Dieser Protest wurde der Mainzischen Kanzlei eingereicht, aber erst nach langen Debatten gelang es Pfalz und Brandenburg, die Verlesung desselben durchzusetzen. Man erkannte zwar verschiedentlich die Berechtigung der Beschwerde über die Verweigerung der Session am Moderationstage an, zumal da Magdeburg diesen als Obrister des Niedersächsischen Kreises besuchte: „auch im übrigen hätte Magdeburg mit Recht protestiert, weil auch bei ausserordentlichen Visitationen die zu den ordentlichen gehörenden Visitatoren zu beschreiben gebräuchlich sei“, aber durch die Mehrheit der Katholischen wurde beschlossen, dem

¹⁾ Das war nach der kais. Proposition: 1) das Justizwesen, namentlich die Kammergerichtsvisitationen, 2) Exekution des Münzedikts, 3) Rekifikation der Reichs-Matrikel, XIX, S. 289.

²⁾ Häberlin XIX, 276, bemerkt dazu: „allen Umständen nach hatte der Kaiser hierbei sein Absehen vornehmlich auf den Markgrafen Joachim Friedrich gerichtet“, ebenda S. 297.

³⁾ (Häberlin XIX, 298 u. f.) am 26. Juli 1595.

⁴⁾ Er sollte am 1. Juni stattfinden laut Reichsabschied.

Kanzler nicht, wie er verlangte, Antwort zu geben, sondern nur den Protest in den Akten zu registrieren¹⁾. Mit diesem Bescheide musste Wurmbser abreisen.

Die fortdauernden Türkenkriege und die Sicherung der Grenzen, die auch nötig war, wenn kein Heer der Moslemim den österreichischen Erblanden Einfall drohte, verschlang ungeheure Mittel an Geld und Truppen; mehr als die von Zeit zu Zeit zusammenberufenen Reichsstände aufbrachten. Für den Fall einer schleunigen Hülfe waren auch diese Versammlungen vermöge ihrer Zusammensetzung wenig geeignet. So kam es, dass der Kaiser sich auch an die einzelnen Kreise wandte, wenn er eines „eilenden Zuzugs“ bedurfte. Man fand, dass diese Art der Truppenbewilligung viel praktischer sei und machte den Vorschlag, einem permanenten Ausschuss der Kreise die Kriegführung gegen die Türken und die dazu nötigen Vorbereitungen zu übertragen. Es ist leicht einzusehen, dass die Kriegführung hierdurch besser organisiert worden wäre: Die Beiträge, deren Höhe durch den Ausschuss jedesmal bestimmt wurden, wären schneller und regelmässiger eingekommen, ein von dem Ausschuss ernannter Reichsfeldherr mit unumschränkter Gewalt und sicherem Einkommen hätte den so schädlichen Wechsel im Oberkommando aufgehoben, und seine Kenntnis des Kriegswesens, die sich in dem steten Kampfe noch erweitert hätte, musste schliesslich zu Erfolgen führen²⁾.

¹⁾ „Da ja das Moderationswerk von der aufgetragenen Visitations-Verrichtung abgesondert sei, müsste man das Vorgebrachte an seinen Ort stellen. Ausserdem wäre in dem Regensburgischen Reichsabschiede ausdrücklich versehen, dass die jetzige ausserordentliche Visitation der Kammergerichtsordnung unvorgreiflich angestellt würde, folglich die geschehene Protestation als unnötig anzunehmen wäre.“ Häberlin XIX, 310.

²⁾ Nach Ranke VII, 138, stammt der Vorschlag vom Reichspfennigmeister Geizkofler, Häberlin XX, 242, berichtet, dass auch von Salzburg und Pfalz-Neuburg und dem Landcommenthur zu Alschhausen solches vor

Für den Sessionsstreit war der Vorschlag insofern von Wichtigkeit, als der Administrator von Magdeburg hierbei keineswegs umgangen werden konnte, für einen derartigen Ausschuss war er als Direktor des niedersächsischen Kreises trotz seiner Religion von Bedeutung. Es ist ebenso einleuchtend, dass gerade deshalb die Katholischen¹⁾, deren Majorität auf dem Reichstage dadurch an Bedeutung verloren hätte, dagegen waren. Am Hofe hatte man es wohl erkannt, und fürchtete oder gab vor zu fürchten, dass der Kaiser und die Kurfürsten dadurch eine Einbusse an Macht erleiden könnten. So giebt wenigstens das Gutachten des kaiserlichen Rats Hanniwaldt, des heftigsten Feindes der Protestanten am Hofe zu Prag²⁾, an, der besonders auch die Session der protestantischen Hochstifte als Grund gegen diesen Vorschlag anführte. Er erwähnt darin, dass, wenn die Kreise solche Stände, deren Session noch streitig wäre, in den Ausschuss schickten, diese hier nicht zurückgewiesen werden könnten³⁾.

geschlagen war; davon handelt auch das Bedenken vom jetzigen Ungar. Kriegswesen etc. vom Jahre 1597 bei Lünig, Staatsconsilia I, 490. Von einer Vereinigung mehrerer Kreise zu einem Ausschusse, wie des fränkischen, schwäbischen, bairischen ist bei Häberlin XX, 227, die Rede.

1) Ausgenommen die Obengenannten.

2) S. den Schlussbericht über den Reichstag von 1608 bei Ranke VII, Anhang.

3) Damit man nicht etwa, wie im Jahre 1500 geschehen, sich unterstehe, daraus einen Regimentsrat und etwas Beständiges zu schmieden, nämlich viele Dinge, die sonst verhütet blieben, durchzusetzen, zumal wenn die Kreise solche Ausschüsse verordneten, deren Sessionen noch strittig wären, als zum Exempel der Niedersächsischen nicht zu gedenken, im Oberrheinischen Kreise die von Salzburg und Pfalz-Lautern. Diese würden nun per obliquum ihre Sessionen und Stimmen im Reiche erhalten und sich wohl dabei befinden. Und obgleich der Kaiser im vorigen Jahr verlangt hätte, dass die Kreise solche Stände zu Ausschüssen ernennen möchten, deren Sessionen unstreitig seien (— bezieht sich wohl auf den Deputationstag zu Speier —) so hätten doch solches die Niedersächsischen sehr hoch empfunden und ebendarum diese Weise, auf Anstiften des Dr. Meckbach (Merckbach) so hart bestritten, mit Vermelden: „Da sähen Sie, dass dieses Wesen allein dahin angesehen sei, damit man die Evangelischen

Es war ja zweifelhaft, ob in einem von den Kreisen gewählten Ausschuss die Katholischen die Mehrheit gehabt hätten.

Auch aus anderen Gründen rät er die Angelegenheit lieber den Reichstagen zu überlassen. Der Sessionsstreit wäre kein Hindernis: Die Katholischen könnten ja gegen die Session der protestantischen Geistlichen, die auf die Sitzungen beschränkt sein müsste, in denen die Türkenhilfe beraten würde, protestieren. Auf einem Reichstage würde die katholische Majorität durch ihre Beschlüsse doch immer alle Stände verpflichten. — So kam der Vorschlag nicht in Ausführung, es blieb alles beim Alten.

Sein Verfahren gegen Magdeburg und die übrigen protestantischen Stifter hielt aber den Kaiser durchaus nicht ab, sie für die Türkensteuer in Anspruch zu nehmen. Im Jahre 1596 hatte ihm der niedersächsische Kreis 1000 Reiter bewilligt, die ihm allerdings von geringem Nutzen gewesen waren, wie Heinrich Julius, der sich an dieser Kreishilfe nicht beteiligt hatte und im Prinzip dagegen war, versichert¹⁾. Am Ende dieses Jahres schickte denn auch der Kaiser wieder an alle Kurfürsten und Stände, auch an den Papst und die italienischen Fürsten Gesandte mit der Bitte um Hilfe. Joachim Friedrich, zu dem der Freiherr von Schleinitz kam, liess sich trotz der Erfahrungen, die er gemacht bestimmen; bald sollte er nicht nur als Administrator von Magdeburg, sondern auch als Kurprinz von Brandenburg vom Hofe Demüthigungen erfahren.

Mehr Schwierigkeiten bei Erlangung der ausserordentlichen Hilfe hatte Herr von Schleinitz bei Heinrich Julius

von ihren Sessionen und Stimmen abdränge. Solches aber sei unbillig, dass andere in ihren Säckel votierten, sie aber mit Gewalt dazu Ja sagen müssten.“ Häberlin XX, 240 u. f., vom 12. November 1596.

¹⁾ Weil sie ihren Dienst, wie der Kaiser wohl wisse, nicht so wie es sich gebührte, verrichtet hätten. Häberlin XX, 402; und 510 „Ueberdies hätte ja der Kaiser von denselben weiter keinen Nutzen und Vorteil, indem sie nun mehro schon wieder aus dem Felde und zu Hause seien und, wenn sie nur gewollt hätten, das Ihrige ohne sein Zuthun und Verhindernis mit mehrem Ruhme hätten verrichten können.“

von Braunschweig gefunden, bei dem er am 1. Januar 1597 (a. K.) eintraf. Er sollte ihn einmal zur Zahlung der rückständigen Quote mahnen und dann zu einer neuen zu bewegen suchen. Der Herzog entschuldigte, dass er nicht zu der letztbewilligten Hilfe beigetragen habe durch allerlei Gründe, vornehmlich dadurch, dass dieselbe ohne seinen Willen geleistet worden sei und nichts genützt habe; zu einer neuen Leistung zeigte er sich nur bereit, wenn dieselbe auf einem Reichstage oder allgemeinen Kreis-Ausschusstage bewilligt würde (nicht wie die früheren auf Partikular-Kreistagen) oder wenn die Kosten von der auf dem letzten oder nächsten Reichstage bewilligten Summe abgezogen würden. — Unter dieser letzten Bedingung wurden dann auf dem Kreistage zu Braunschweig vom niedersächsischen Kreise dem Kaiser 1000 Pferde auf 7 Monate bewilligt.

Joachim Friedrich fiel es jetzt auch zu, sich um die brandenburgischen Geschäfte zu kümmern. Sie waren durch die Ansprüche auf die Jülichschen Lande ziemlich verwickelt. Schon hatten spanische Truppen sich eines Teils der Lande bemächtigt; der Sohn des Kanzlers Merckbach, der in unserem Streit eine so wichtige Rolle spielt, unterhandelte mit den Staaten über ein Bündnis mit Brandenburg; es schien die einzige Möglichkeit, die Rechte der Interessierten gegen den Kaiser und die Spanier zu wahren. Noch einmal gebrauchte der Kaiser seinen Einfluss auf Johann Georg; der Kurfürst forderte seinen Sohn auf, wie der Kaiser verlangt hatte, Gesandte nach Prag zu schicken (auch die von Pfalz-Neuburg waren dorthin gekommen). Sie wurden lange hingezogen, endlich eröffnete man ihnen: Man müsse warten bis Johann Wilhelm (von Jülich) wieder gesund würde, inzwischen würde der Kaiser Jemanden hinschicken, der das Land regiere¹⁾.

Droysen bemerkt, dass während dieser Verhandlungen eine Missstimmung zwischen Joachim Friedrich und seinem Vater hervorgetreten sei; sie wurde vermehrt durch das Testament, welches der letztere zu Gunsten seiner Söhne

¹⁾ Häberlin XX, 340. cf. Droysen II, 2, S. 375

dritter Ehe aber zum Schaden der brandenburgischen Lande, die dadurch zersplittert worden wären, entworfen hatte.

Der Kaiser war gern bereit, es zu bestätigen und zu konfirmieren, obwohl die zunächst beteiligte Person, der Kurprinz nie ihre Zustimmung zu demselben gegeben hatte; musste er doch fürchten, dass das evangelische Brandenburg, wenn es geeint blieb, durch den Zuwachs an Ländern, der ihm in Aussicht stand, für ihn zu einer drohenden Macht werden könnte! Dass das Testament in seinen Händen war, ermöglichte ihm im nächsten Jahre, den Beleidigungen gegen Joachim Friedrich eine neue hinzuzufügen.

Der nächste Reichstag war auf den 1. Dezember 1597 (neuen Kal.) ausgeschrieben worden. In betreff der Session evangelischer Bistümer war nichts geschehen. Auch auf den Gedanken, den Hanniwaldt in dem obenerwähnten Gutachten äussert, dass die protestantischen Bistumsadministratoren unter dem Protest der Katholischen nur an den Beratungen teilnehmen sollten, die über die Türkenhilfe handelten, war man katholischerseits nicht eingegangen. Die Katholischen waren gegen jede Session derselben, sie betrachteten die Frage als entschieden¹⁾, wie der Kaiser versichert, ja sie fochten sogar den Besitz derselben an²⁾. Hierin gab aber der Kaiser ihnen nicht nach; er hätte dadurch einen Krieg hervorgerufen, mindestens sich der Unterstützung aller Evangelischen beraubt.

¹⁾ — So haben E. Fürstl. Gnaden sich deswegen in keinen Prozess für I. K. Majestät einlassen, vielweniger der Gegenteil solcher Prätension wirkliche Durchdringung gedulden, ja auch als über einen allbereits in Rechten und Reichsabschieden erörterten Fall neue Cognition und Erkenntnis gar nicht eingehen wollen. — — — Akten des Erzstifts Magdeburg v. 1597. Gleichzeitige Abschrift im Geh. Staatsarchiv. Der kais. Gesandten erstes Anbringen.

²⁾ . . . da I. Fürstl. Gnaden doch hierzwischen in des Stiftes Besitz bleiben, wie sie die jetzige Zeit inhaben (welches eben sowohl von den Katholischen verfochten wird). (Häberlin „angefochten“ wird) Memorial der kaiserlichen Gesandten ebenda oder in den Akten des Archivs zu Wolfenbüttel, aus denen Häberlin-Senckenberg XXI, 99 u. f. seinen Auszug mitteilt.

Da jetzt die Termine für die Erlegung der 1594 bewilligten Römermonate zu Ende liefen und noch viele Rückstände waren, andererseits wieder eine grössere Hülfe zur Fortführung des Krieges notwendig war und die besonderen Kreishülfen keinen Anklang fanden¹⁾, ebensowenig wie der Generalkreisausschuss, hatte der Kaiser diesen Regensburger Reichstag mit Bewilligung der Kurfürsten ausgeschrieben. Auf ihm sollte es sich nur um die Türkenhülfe handeln, alle anderen Reichsangelegenheiten, die 1594 und 1595 in Speier nicht erledigt worden waren, erbot sich der Kaiser auf einem nach Schluss des Reichstages zu haltenden Deputationstage zu erledigen. —

An einer anderen Stelle des Ausschreibens ersucht er die Stände, im Falle sie ihre Gesandten schickten, dieselben ja so abzufertigen, dass keine fremden dahin nicht gehörigen „Händel“ eingemischt würden.

Es ist auch nicht einmal durch die drängende Not zu entschuldigen, dass der Kaiser hierbei alle Reichsangelegenheiten so hintansetzte, wo es sich zunächst doch nur um die Sicherung der kaiserlichen Erblande handelte. Mit Recht konnte man einwerfen, dass die Geschichte namentlich des zu Speier gehaltenen Deputationstages zeige, dass viele gar nicht den Willen zu haben schienen, die Sachen richtig zu machen und zu vergleichen²⁾; schliesslich würden nach vergeblichem Zeit- und Kostenaufwand die Sachen wieder auf den Reichstag zurückgewiesen worden sein, wie aus dem Ereignisse

¹⁾ . . . Man beklagte sich nach Ausweisung verschiedener ihm, dem Kaiser, zugeschickten Kreisschlüsse vielmehr über die verspürte ungleiche Zuthuung der Mitglieder, als über die Hülfe selbst, und Sie begehrten deshalb, dass das ganze Reich, als welchem die Verteidigung wider den Türken zur Wohlfahrt gereiche, dieselbe mit gleicher Möglichkeit erheben helfe, damit dadurch der Gewalt des Feindes desto kräftiger möchte widerstanden, und in diesem gemeinschaftlichen Werke nicht ein Reichs- oder Kreisstand vor dem andern abgemattet werden. — Copia Kaiserl. Ausschreibens de Dato Prag 23. August 1597. Häberlin-Senckenberg XXI, S. 76.

²⁾ Häberlin-Senckenberg XXI, 155. Beratung über die Instruktion der Wolfenbüttelschen Gesandten.

von 1595 hervorgeht. Es wäre diese Massregel bis dahin unerhört; sicherlich hätten die Kreise ihre Hülfe nur unter der Bedingung geleistet, dass auch von ihren Beschwerden gehandelt würde. — Aber der Kaiser deckte sich dadurch gegen die Möglichkeit, dass die Evangelischen ihre Hülfe von der Erledigung ihrer Beschwerden abhängig machten; auf jeden Fall wurden die Verhandlungen dadurch schneller geführt. Endlich — wenn auch die Bistumsadministratoren gegen seinen Willen erschienen und Session erlangten, konnten sie doch nur über die Türkenhülfe verhandeln. Es war bei dieser Tagesordnung, wenn man so sagen darf, unmöglich, dass z. B. gleich die Anhörung der Proposition so lange hingehalten würde.

Die Möglichkeit aber, dass die Administratoren, auch ohne beschieden zu sein¹⁾, auf dem Reichstage erschienen, suchte der Kaiser überhaupt zu vermeiden. Er schickte seine Räte, den schon genannten Freiherrn Christoph von Schleinitz und Hans Ludwig von Ulm, zu dem Administrator Friedrich Wilhelm von Sachsen und dem Kurfürsten Johann Georg, um von diesen Häuptern der Evangelischen Unterstützung zu erlangen, wenn er die protestantischen Bistumsverweser, vor allen die von Magdeburg und Halberstadt, zu einer Verzichtleistung auf die Session dieses Reichstages zu bewegen suchte²⁾. In Anbetracht, dass es nicht in seiner Macht stände, auch seinen Reichspflichten und dem Herkommen zuwider lief, dem Administrator von Magdeburg zu willfahren, liess sich der Kaiser erbieten, beide Parteien, die Katholischen und den Administrator, hören und einen Spruch thun zu wollen oder die Vorbringen beider Parteien durch ein rechtliches Erkenntnis erörtern zu lassen. Zugleich aber bat er den Administrator Friedrich Wilhelm und den Kurfürsten, dass

¹⁾ Dies ersieht man aus dem Schreiben des Administrators von Magdeburg an Heinrich Julius aus Capput (im Jerichowschen Kreise) vom 27. September, worin er diesem mittheilt, dass weder bei ihm noch seinem Domkapitel vom Kaiser ein Schreiben wegen des bevorstehenden Reichstages eingelaufen sei. Häberlin XXI, S. 81.

²⁾ Häberlin XXI, 83 u. f.

sie ihre Räte den seinigen zuordneten und diese in ihrem Ansuchen unterstützen liessen. Beide Fürsten sagten ihre Dienste zu, der Administrator mit dem Bemerken, dass zwar der Kaiser als Oberhaupt sich selbst genug sein müsse, und dass in vorliegendem Falle auch Brandenburg geeigneter sei zu vermitteln, da es sich um Johann Georgs Sohn und Schwiegersohn handele, wenn der Kaiser aber meine, dass auch er ihm darin nützen könne, so erbiere er sich gern. Auch sprach er die Freude in dieser Antwort an die kaiserlichen Gesandten aus, dass der Kaiser die Sessionsangelegenheit noch vor dem Reichstage ordnen wolle.

Es ist interessant zu sehen, wie die Politik dieser beiden Fürsten in ihrem Vertrauen zu dem Kaiser so weit ging, dass sie ihn sogar in seinen Plänen gegen ihre Glaubensgenossen und Verwandten unterstützten. Was das genannte Versprechen des Kaisers betrifft, die Angelegenheit der Session zu entscheiden, so machte er in der Folge auch nicht den geringsten Versuch dazu; seine Gesandten erwähnen diesen Vorschlag bei ihrer Sendung weder Joachim Friedrich gegenüber noch Heinrich Julius, wie aus ihrem „Anbringen“ und Häberlins Berichten hervorgeht.

Friedrich Wilhelm hatte von der Sendung des Kaisers und von der Antwort, die er den Gesandten gegeben, dem Administrator von Magdeburg wie dem von Halberstadt Mitteilung gemacht. Ehe noch die Gesandten bei ihm eintrafen, schickte Joachim Friedrich dieses Schreiben des Administrators von Kursachsen mit der Bitte um Rat an Heinrich Julius¹⁾, welcher, ehe dieses bei ihm eintraf, ein ähnliches Schreiben an Joachim Friedrich richtete. Er erkannte danach sehr wohl, dass die Zuziehung Sachsens und Brandenburgs zu ihrem grossen Nachteil ins Werk gesetzt sei, doch spricht er am Schlusse die Absicht aus, sich des Halberstädtischen Votums nicht zu begeben²⁾.

¹⁾ Des Administrators zu Magdeburg Schreiben an den Herzog Heinrich Julius zu Braunschweig de Dato Lichtenberg den 10. Okt. 97.

²⁾ Häberlin XXI, 90. Schreiben des Herzogs Heinrich Julius zu Braunschweig an den Administrator zu Magdeburg, Gröningen den 14ten Oktober 97.

Inzwischen waren die kaiserlichen, sächsischen und brandenburgischen Gesandten bei Joachim Friedrich, der sich gerade in Zinna aufhielt, eingetroffen und hatten am 15./25sten Oktober Audienz erhalten, wobei sie ihr Anliegen vorbrachten. In einem Joachim Friedrich überreichten „Memorial“, das übrigens grösstenteils mit dem übereinstimmt, welches die Gesandten auch bei Heinrich Julius einreichten¹⁾, führt der Kaiser zunächst aus, dass ihm als Unschuldigen der grösste Schaden aus dem Streit entspringe. Joachim Friedrich müsste doch wissen, dass der Kaiser nicht die Macht hätte, diesem Missstande (Nichtanerkennung seiner Session) abzu- helfen, dass nach den Reichskonstitutionen und dem Her- kommen kein Stand Session haben könne, der nicht ordentlich investiert und belehnt sei, dass diese Belehnung aber nicht beim Kaiser stehe, sondern von den Bedingungen abhängе, die jeder geistliche Stand vor Empfangung der Regalien er- füllt haben müsse. Die von ihm (dem Administrator) vor- gebrachten Gegengründe seien ihm auf den vergangenen Reichs- und Deputationstagen stets bestritten worden; die Gegenpartei sei auch gar nicht gewillt, einer nochmaligen Untersuchung und Entscheidung vonseiten des Kaisers sich zu unterziehen, da über diesen Fall schon entschieden wäre, aber auch Joachim Friedrich hätte von diesem Anerbieten des Kaisers keinen Gebrauch gemacht und sich nicht in einen Prozess eingelassen. Aus diesen Gründen möchte er für diesmal die Sache ruhen lassen und nicht die Beratungen zum Schaden des Vaterlandes aufhalten.

Wir wissen, was auf die Entschuldigung des Kaisers, dass die Belehnung der Geistlichen von der Konfirmation durch den Papst abhängig sei, eingewendet werden kann; von dem allerdings sehr schweren Vorwurf, dass er sich in keinen Prozess vor Hofe eingelassen habe, reinigt sich Jo- achim Friedrich selbst in der am 16. Oktober den Gesandten

¹⁾ Das für Joachim Friedrich findet sich in den Akten des Kgl. Staats-Archivs zu Magdeburg, Erzstift Magdeburg II, 1597. Der kaiserl. Gesandten erstes Anbringen, das andere in einem genauen Auszuge bei Häberlin XXI, a. o. O.

übergebenen Relation. Er spricht darin die Hoffnung aus, der Kaiser werde nicht ihm, sondern der Gegenpartei die Schuld an seiner unangenehmen Lage beimessen. Auf die Sache selbst wolle er, da sie genügend bekannt sei, nicht mehr eingehen, müsse aber den Vorwurf zurückweisen, als hätte er nicht auf eine kaiserliche Vermittelung eingehen wollen. Er habe 1594 mit gebührendem Vorbehalte seine Session eingestellt und hierauf zufolge des kaiserlichen Erbietens eine endliche Richtigmachung erwartet¹⁾, mithin die Unterhandlung nicht abgeschlagen. „Er hätte auch gehofft, es würde inmittelst der Kaiser die Sachen dahin gerichtet und das Gegenteil von seinem Unfuge abgewiesen haben, dieser sich auch haben erweisen lassen, damit alle unnötige Disputationen bei einer künftigen Reichsversammlung unterbleiben möchten. Allein die Sachen ständen nicht nur beim Alten, wie er aus dem Anbringen der Gesandten vermerke, sondern es wäre auch inzwischen u. z. vor kurzer Zeit, ein kaiserliches Schreiben, die Prorogation der bewilligten Monate zu Unterhaltung der Reiterhilfe in Ungarn betreffend, eingelaufen, darin er, der Administrator, ganz und gar übergangen und die Aufschrift an den Herzog Heinrich Julius zu Braunschweig und das magdeburgische Domkapitel gerichtet worden, da doch dergleichen weder bei Ihrer Kaiserl. Majestät Herrn Vaters, weiland Kaiser Maximilians II., noch bei des jetzigen Kaisers Regierung in dergleichen Handlungen geschehen sei, auch die Reiter in seinem, des Administrators Namen wären mitbestellt und angenommen worden. Er könne daher nicht absehen, was er mit seiner Geduld und Moderation erhalten hätte, wenn zumal ihm noch ferner auch darin Praejudizia wollten gemacht werden, worin man ihn hiervor bei seiner nunmehr 31jährigen Regierung keine Schwierigkeiten gemacht hätte; wie denn das sowohl aus vielen unzähligen Schreiben und Handlungen als auch sonst den kaiserlichen Gesandten und insbesondere dem Herrn von Schleinitz wohl bekannt sei, als welcher eine Zeit her öfters

¹⁾ In dem Reverse: „doch uff rectification“.

bei ihm, dem Administrator, in solchen Geschäften mit kaiserlichen Kreditiven und Instruktionen gewesen. Man möge in Rücksicht auf die von ihm und dem Hause Brandenburg dem Kaiser geleisteten Dienste diese Neuerung bis zum Reichstage einstellen. Auf das Anliegen des Kaisers einzugehen, verbiete ihm die mit den evangelischen Ständen notwendige Kommunikation; daher möchte man ihn entschuldigen ¹⁾).

Die erwähnte neue Demütigung, die Joachim Friedrich also erfahren hatte, war, dass er vom Kaiser auch nicht in seiner Würde als Kreisoberster anerkannt worden war, was bis jetzt noch stets geschehen war ²⁾. Wenn er auch hierin dem Drängen der Katholischen gefolgt war, so ist die Notwendigkeit dazu jedenfalls nicht so gross gewesen wie z. B. bei der Sessionsfrage, zumal der Administrator als Direktor des niedersächsischen Kreises sogar von verschiedenen katholischen Ständen anerkannt worden war ³⁾. Deutlich geht hieraus hervor, dass der Kaiser durchaus nicht den Willen hatte, etwas zu Gunsten des Administrators zu thun.

Es fällt auf, dass Joachim Friedrich dem Kaiser gegenüber sich mit der notwendigen Kommunikation mit den

¹⁾ Resolution des Administrators zu Magdeburg den Kaiserlichen Gesandten gegeben und zugestellt. Akten des Staats-Archivs Magdeburg Erzstift Magdeburg II, auch bei Häberlin XXI, 99.

²⁾ S. die Anm. unten aus der Denkschrift darüber, ferner die Rede Merckbachs etc. S. 61.

³⁾ Denkschrift. So haben I. F. G. auch diesen Standt in viel wegen so wohl die gantze Zeit Jahr hero, alss ein Director des Nieder Sechsischen Kreises vortreten, Seindt auch durch die Rev. Mt. auch durch schickung und in schrifftten offtmals zu Dinst und beforderung Ihrer Mt. alss Director und aussschreibender Furst des Nieder Sechsischen Kreises etzliche mahl beschicket und ersuchet, dahero denn, wie von andern geistlichen und Catholischen weltlichen Stenden auch beschehen, I. F. G. von Gott vorliehener Titul gegeben worden, wie das unter mit schrifftten damaligen ingleichen jtzigem Churfürsten zur Cöln, desgleichen der Ertzhertzoglichen Durchlaucht auch vorigen und jtzigem Bischoffen zur Bambergk, Würtzburgk, und Paderborn, Gülich und Leuchtenberg und alle Catholischen geschehen, mit welchen I. F. G. etwa schrifftten gewechselt oder Correspondentz gehalten.

Evangelischen entschuldigt, nachdem er sich 1594 von ihnen getrennt hatte. In der That betrachtet er auch jetzt noch seine Angelegenheit als eine den Protestanten gemeinsame, die er vor einem Beschlusse mit ihnen beraten müsse, und glaubt, auch von dieser Sendung des Kaisers ihnen Mitteilung machen zu müssen, „um nicht ihr Misstrauen zu erregen, als ob sie eigenmächtig vorgehen wollten, zumal gerade ihre ¹⁾ Angelegenheit den Hauptpunkt der allgemeinen Beschwerden bezeichne.“

Ausser dem Schreiben, in dem diese Stelle vorkommt, war Joachim Friedrich genötigt, an demselben Tage noch ein zweites an Heinrich Julius zu richten. Die kurfürstlichen Gesandten hatten ihm nämlich inzwischen mit Bitten hart zugesetzt, er möge sich diesmal noch dem kaiserlichen Begehren fügen, und die kaiserlichen Gesandten hatten ihm ein anderes Memorial überreicht ²⁾, wobei sie in einem Vortrage mitteilten, dass der Kaiser erbötig sei, sich schriftlich zu erklären, dass solche Enthaltung seines Sitz- und Stimmrechts ihm und seinem Erzstifte unnachtheilig sein solle. Das sei die einzige Auskunft, heisst es in dem Memorial, auf die einzugehen sie Befehl hätten. Der Kaiser würde alle Praejudicia, die daraus erzwungen werden möchten, autoritate Caesaris aufheben, er könne das auch, denn die kaiserliche Macht und Gewalt erstrecke sich — vornehmlich in dem jetzigen höchst gefährlichen Zustande des Vaterlandes, auf dessen Erhaltung es jetzt ankäme, soweit, dass sie alle anderen Rechte suspendieren könne. Mehr als diese Erklärung könne der Kaiser nicht gewähren und mehr auch nicht den dawider interessierten Fürsten und Ständen zumuten, der Administrator solle bedenken, dass er ja dadurch im Besitze bleibe, welcher doch sogar von den Katholischen angefochten

¹⁾ Seine und des Heinrich Julius, an den er ein Schreiben über seinen Entschluss und die darüber abgefasste Relation absandte; am 17. Oktober.

²⁾ Der kaiserlichen Gesandten letztes Anbringen, in den Akten des Staats-Archivs, Erzstift Magdeburg II, bei Häberlin XXI, 99—100.

würde¹⁾. Was die Kommunikation belange, die er noch nötig zu haben meine, so wäre eine Besprechung mit dem Domkapitel nur nötig, wenn es sich um etwas dem Stifte Praejudizierliches handeln würde, das sei nicht der Fall; wolle er sich beraten, so möge er es mit Sachsen und Brandenburg thun, welche trotz ihres Eifers für die evangelische Religion versprochen hätten, diesmal von ihren Beschwerden abzustehen. Zu einer Beratung mit anderen Ständen sei jetzt nicht mehr Zeit.

Auch dieses Anbringen war dem Herzoge von Braunschweig geschickt worden, zugleich mit einem Gutachten der magdeburgischen Räte, welches die Sache trefflich klar legt²⁾. Sie hätten leicht erachten können, heisst es darin, dass nach den bekannten Vorfällen der Kaiser aus Besorgnis, es möchte diese Angelegenheit wieder auf die Bahn kommen, diesem durch die Abschickung der Gesandten vorbeugen wolle. Wie gerne sie auch zu „erträglichen Wegen“ raten wollten, so sei doch die Angelegenheit so wichtig, dass man dieselbe reiflich erwägen müsse. Da nach der jetzigen Auslegung des geistlichen Vorbehalts, gegen den doch stets von den Evangelischen protestiert worden sei, keiner, der sich nicht zur päpstlichen Religion bekenne, von was für einem Stande er auch sei, zu den Stiftern zugelassen würde, sei die Sessionsfrage nicht nur für die jetzt Lebenden, sondern auch für die Nachkommen wichtig. Der Kaiser hätte die Angelegenheit Magdeburgs schon längst beilegen können, zumal seine Räte die Mittel dazu auf dem vorigen Reichstage angegeben hätten³⁾, sicher aber hätte es bis zu diesem Reichstage geschehen können, denn er musste wissen, dass sowohl die ausserordentliche Beihilfe des niedersächsischen Kreises, als die zu Regensburg geschehene Hauptbewilligung aller evangelischen Stände ihm nur unter der Bedingung geworden sei,

¹⁾ cf. Anm. auf S. 115.

²⁾ Häberlin XXI, 99 u. f.

³⁾ Welche Mittel das gewesen, geht aus den benutzten Quellen nicht zur Genüge hervor, vielleicht ist die vorgeschlagene Versetzung Magdeburgs auf die weltliche Bank gemeint.

dass ihren Beschwerden, unter denen der Sessionsstreit eine der hauptsächlichsten sei, abgeholfen würde. — Die beiden Administratoren Joachim Friedrich und Heinrich Julius dürften nicht eigenmächtig einen Entschluss fassen, da die Angelegenheit auch andere Stifter beträfe, ja insofern alle Evangelischen anginge, als auch die Unterthanen der betreffenden Stiftsinhaber in ihrer Religionsfreiheit geschädigt würden. — Man warf die Frage auf, ob zum Nachteil der Unterthanen sich eine Herrschaft der Religionsfreiheit begeben könnte? und zog den Schluss: Wären die Evangelischen nicht fähig ein Stift innezuhaben, so wird man auch den Unterthanen die Religionsfreiheit nicht mehr lassen ¹⁾, dem Papismus würde wieder Thür und Thor geöffnet u. z. „zur Gratifikation Ihrer Majestät um politischer Ursachen willen“.

Die Evangelischen haben mehrmals in jener Zeit den Gedanken ausgesprochen, dass die Türkenkriege ihnen vielleicht als eine von Gott geleistete Hilfe angesehen werden müssten ²⁾. Die magdeburgischen Räte setzen dieses Unglück auf Rechnung der Nachgiebigkeit der Kaiser gegen den Papst. Aus Beispielen der Geschichte zeigen sie, dass der Kaiser wohl Macht habe, die Religionsfreiheit zu gestatten, was bekanntlich damals von den Katholischen bestritten wurde. König Ferdinand hätte durch eine Klausel den Vorbehalt mildern, eine fernere christliche Vergleichung in Aussicht stellen sollen. — Hatten die kaiserlichen Räte dem Admi-

¹⁾ Ist der Herr nicht fähig oder ihm zugelassen, also viel weniger die Unterthanen, welchen ein regierender Herr desfalls nachzugeben habe. A. o. O.

²⁾ Jetzt sei eben die rechte Gelegenheit, auf die Erledigung ihrer Beschwerden zu dringen, wer wisse, warum es Gott mit den Türken also verhänge. Entginge aber die jetzige Gelegenheit, so fiel alle dankbezeugte treue Hülfe; die Evangelischen würden unter sich entzweit und kämen vielleicht andere Zeiten und Leute, welche zur Ausrottung der Ketzerei, wie man es nenne, weder Eid noch Treu noch Glauben halten würden. Alsdann wäre das Geld hinweg, die Leute wären verloren, und die ausländischen Papisten, von denen man sich am meisten mit der inländischen Hülfe zu befürchten habe, hätten desto besseren Vorteil. A. o. O.

nistrator die Schuld an dem Hinschleppen des Austrags der Streitigkeiten gegeben, da er nicht auf einen Prozess eingegangen, so messen sie dieselbe dem Kaiser und den Katholischen bei. Jener habe sein in dem Reverse gegebenes Versprechen nicht gehalten, diese seien nur auf die allgemeinen Beschwerden eingegangen, und auch solches erst ganz zuletzt und am Schlusse des Reichstages, als man z. T. schon von einander geschieden war. Eine Beantwortung dieser Einwände sei auch schon von den niedersächsischen Kreisständen verfasst worden und müsste jetzt übergeben werden, „damit es nicht bei den Papisten das Ansehen gewinne, als ob sie den Sieg erhalten hätten.“

Sie warnen davor, auf den gemachten Vorschlag einzugehen, da derselbe nur auf eine Suspension hinauslaufe¹⁾. Eine Besprechung mit den übrigen Evangelischen sei unter allen Umständen nötig; wenn sie nicht mehr stattfinden könne, so sei das auch auf Rechnung des Kaisers zu stellen, der den Reichstag hätte weiter hinausschieben können. Ihr Rat ging dahin, dass man die beiden Kurfürsten, welche zur Suspension, nicht zur endlichen Richtigmachung vom Kaiser ersucht wären, von der Schuld des Kaisers Mitteilung mache; da er auf die Beschwerden nicht eingehen zu können vorgabe, sei zu erkennen, dass er sie auf sich beruhen lassen werde. — Noch sei der Ausweg vorhanden, dass der Kaiser vor der Proposition des Reichstages die Sache durch Kommissarien beilege und zu Ende bringe. Die Administratoren hätten also untereinander und mit den Evangelischen vorher zu „kommunizieren“, besonders sei Heinrich Julius zu ersuchen, dass er seine Gesandten etwas früher zum Reichstage schicke,

¹⁾ Wie auch zu Rom gebräuchlich sei, da in den geistlichen Ehesachen langsam verfahren würde. Denn wenn man nicht gerne in einer Sache sprechen wolle, so lasse man den Prozess so lange hangen, bis die Parteien stürben, so fiele es von selbst, nach dem *indicio areopagitico*, da man als von einem Totschlage gestritten worden, den man nicht gern urteilen wollen, dem Kläger befohlen hätte, innerhalb 100 Jahren wieder zu kommen, um dadurch zu verstehen zu geben, dass weder Richter noch Partei alsdann mehr vorhanden sei.

so dass sie zu Halle oder Naumburg vorher mit den magdeburgischen zusammenkommen könnten. Auf jeden Fall müssten die Evangelischen den Reichstag beschicken und Protest gegen die Beschlüsse über eine vor Abstellung der Beschwerden bewilligte Türkenhilfe erheben. Wenn es ja nichts nütze, würde wenigstens ihr Wille erkannt¹⁾.

Am 19. Oktober bescheinigt Joachim Friedrich dem Herzog von Braunschweig den Empfang von dessen beiden Schreiben vom 11. und 14. d. M. und macht ihm den Vorschlag, dass sie beide selbst die Evangelischen zu einer Beratung vor dem Reichstage einluden, da nicht mehr Zeit sei, es dem Kurfürsten zu überlassen, dieser wohl auch nicht Lust haben würde; auch den Erzbischof von Bremen würde man nicht mehr dazu ziehen können. Für die Zusammenkunft würde sich ein Ort in der Nähe von Regensburg empfehlen; schliesslich könne man immer noch in Regensburg zusammenkommen. Er bittet endlich um Nachricht über das, was Heinrich Julius mit den Gesandten verhandelt habe²⁾.

Es war das letzte Schreiben, welches Joachim Friedrich vor der Aenderung seines Entschlusses an Heinrich Julius schickte; man bemerkt darin noch nichts von einer Sinnesänderung, im Gegenteil zeigt die Bemerkung über den Kurfürsten, dass der Administrator diesmal gewillt war, seine eigenen Wege zu gehen.

In Grüningen, wo sich Heinrich Julius aufhielt, begannen die Verhandlungen damit, dass die kaiserlichen Gesandten dem Herzoge ein dem in Zinna überreichten ähnliches Memorial abgaben.

Heinrich Julius erbot sich zwar gegen den Kaiser jeden möglichen Gehorsams, aber diese Angelegenheit müsse er erst mit den Religionsverwandten und dem Domkapitel von Halberstadt beraten; dann würde er dem Kaiser eine schriftliche Erklärung zustellen; inzwischen möchten ihn die Räte

¹⁾ Der magdeb. Räte Bedenken wegen des bevorstehenden Reichstages. sine dato bei Häberlin XXI, 99 ff.

²⁾ Zinna den 19. Oktober. Häberlin XXI, 117.

entschuldigen. — Eine ganz ähnliche Resolution liess er auch den kurfürstlichen Gesandten¹⁾, die am folgenden Tage (den 24. Oktober) Audienz hatten und dasselbe wie in Zinna vorbrachten, übergeben. Trotzdem sie inständigst um eine neue anhielten, liess es Heinrich Julius bei seiner Antwort bewenden, und so reisten die Gesandten unverrichteter Sache am 28. Oktober wieder ab. An diesem Tage machte er dem Administrator von Magdeburg davon Mitteilung, erklärte aber zugleich, dass er die Versammlung der Evangelischen doch lieber in Regensburg selbst gehalten wissen wolle, da es beim Kaiser sonst grösseren Unwillen und im allgemeinen grösseres Aufsehen erregen würde. — Als ausschreibende Fürsten des niedersächsischen Kreises erliessen dann beide Fürsten ein Schreiben an die Stände desselben, in dem sie ihnen die Sachlage schilderten und sie aufforderten, ihre resp. Gesandten mit Instruktionen über die Türkenhilfe zu versehen und einige Zeit vor Beginn des Reichstages nach Regensburg zu schicken, in welchem sie auch um Entschuldigung baten, dass sie nicht auch andere Stände wegen der Kürze der Zeit zuziehen konnten. — Auch den übrigen evangelischen Fürsten und Ständen hatten die beiden Administratoren von dem an sie gerichteten Antrage, sich ihres Sitz- und Stimmrechts zu enthalten, Mitteilung gemacht;²⁾ aber es zeugt für

¹⁾ Hans Friedrich von Schönberg, Hauptmann, Dr. Thomas Francius, Professor in Wittenberg und Abraham Bellin. Häberlin XXI, 128. Als brandenburgischen Gesandten nennt Droysen II, 2, 378, den Rat Dr. Koppe.

²⁾ Am 3. November schrieb Joachim Friedrich an Johann von Zweibrücken, welcher am 17. Friedrich von der Pfalz und Georg von Ansbach davon benachrichtigte: „Diese beiden Herren hatten schon vorher (30sten Oktober) dieser Angelegenheit halber an den erstgedachten Pfalzgrafen, Johann von Zweibrücken, ingleichen an die Herzöge von Würtemberg, Lüneburg, den Markgrafen zu Baden-Dürbach, die Fürsten zu Anhalt und den Landgrafen von Hessen-Cassel ein Schreiben abgehen lassen, ihre auf den Reichstag abzuschickenden Räte und Gesandte zu instruieren, mit den evangelischen Ständen in der magdeburgischen und halberstädtischen Sessionsstreitsache gemeinschaftlich zu handeln, wie denn der Kurfürst von der Pfalz deshalb nochmals (24. Nov.) aus Neumark an den Markgrafen Georg Friedrich zu Brandenburg-Ansbach und hernach beide an den Landgrafen Moritz zu Hessen-Cassel schrieben. — a. o. O. bei Häberlin, XXI.

das Interesse, was ein Teil von ihnen an der Sache nahm, dass sie schon untereinander darüber in Korrespondenz getreten waren und ihre Gesandten zum Reichstage mit Instruktionen über den Fall zu versehen beschlossen hatten. Wieder schien die magdeburgisch-halberstädtische Angelegenheit der wichtigste Gegenstand der Reichstagsverhandlungen werden zu sollen.

Aber wie Magdeburg 1594, ohne den Evangelischen Mittheilung zu machen, mit dem Kaiser verhandelt hatte und wie es sich trotz des Abratens einiger Konfessionsverwandten mit dem Reverse hatte zufrieden stellen lassen, so zog es sich auch jetzt von der gemeinsamen Sache zurück. Jene wurden plötzlich von der Nachricht überrascht, dass Joachim Friedrich auch für diesmal auf die Session verzichte. Das Schreiben¹⁾ in welchem er dem Kaiser davon Nachricht giebt, enthält zunächst seine Entschuldigung, dass er nicht den Gesandten habe einen besseren Bescheid geben können, da er die Angelegenheit für so wichtig gehalten, dass er sie mit Domkapitel und Konfessionsverwandten in reifliche Ueberlegung ziehen zu müssen geglaubt habe. Die Kürze der Zeit habe ihm nicht erlaubt, das Gutachten jener abzuwarten; er verzichte auf die Session in anbetracht der grossen Not des Vaterlandes und um dem Kaiser seine Unterthänigkeit zu bezeugen, würde aber trotzdem alles, was beschlossen würde, tragen helfen unter der Bedingung, dass man aus dieser Einstellung kein praepjudizium herleite. — Am Ende bittet er, dass der Kaiser dieses sein Thun bei den dabei mitinteressierten Ständen entschuldigen möge.

Wir wissen, welches die wahren Gründe waren, die ihn zur Verzichtleistung bewogen. Er durfte sich nicht in ein feindliches Verhältniss zum Kaiser setzen, da sich in den Händen desselben das Testament des Kurfürsten befand, das er nicht anerkannte noch anerkennen wollte. Sollte er alle die „accessiones und Anwartungen,“ die Brandenburg zur

¹⁾ Aus Potsdam vom 7. Nov. 1597 in den Akten des Kgl. Archivs zu Magdeburg, s. den Anhang.

grössten Macht im Norden machen sollten, auf das Spiel stellen? jetzt, da die längst eingetretene schwere Erkrankung des Vaters ihm vor Augen stellte, dass es seine erste Pflicht sei, für das Kurfürstentum zu sorgen? Der Anfall der protestantischen Länder an Brandenburg war auch eine allgemein evangelische Sache. Wenn er den Forderungen des Kaisers nachgab¹⁾, wenn er ihn sich nicht zum Feinde machte, konnte er hoffen, dass man nicht auf der Ausführung der Bestimmungen des Testaments bestehen würde, „konnte er hoffen, das, was ihm das Grössere, auch für die evangelische Sache Grössere schien, zu retten.“ Immerhin konnten ihm aber die Konfessionsverwandten den Vorwurf machen, dass er zum zweiten male ihre gemeinsame Sache verlassen und derselben dadurch geschadet habe²⁾. Durch Magdeburgs Verzicht hauptsächlich bewogen, stellten Heinrich Julius und die übrigen Administratoren ihre Sessionen ein³⁾.

Am kaiserlichen wie am sächsischen Hofe herrschte natürlich darüber grosse Freude, beide hatten einen politischen Sieg errungen⁴⁾.

1) Als die Kurfürstin nach Johann Georgs Tode dagegen protestierte, dass Joachim Friedrich die Erbschaft ohne Anerkennung des Testaments antrat, und des Kaisers Schutz anrief, antwortete er: er sei jetzt wegen des Testaments anderer Meinung. Er habe dasselbe, das ihm verschlossen eingehändigt sei, nicht seinem Inhalte nach und mit der ausdrücklichen Klausel: „vorbehaltlich der Rechte Dritter“ bestätigt. Droysen II, 2, 378 und 380.

2) S. Punkt 3 und 4 in der Instruktion des Heinrich Julius für seine Gesandten. Auf S. 88.

3) a. demselben O.

4) Wie der sächs. altenburgische Rat Dr. Samuel Mosbach an Dr. Max Gerstenberg, sächsisch weimarischen Rat schreibt: Gestern haben Wir, Gottlob, gute Zeitung hierher bekommen, denn der Herr Administrator zu Magdeburg schickte meinem gnädigsten Herrn (Friedrich Wilhelm) seine Antwort an die Kais. Maj. zu, darin Er sich categorice et evidentissimis verbis erklärt: Er wolle uff diessmahl I. Maj. zu Gehorsam und gemeiner Wohlfahrth zu Guten, seine Session im Reichstage einstellen und nichts destominder dasjenige, was vor die Wohlfarth des Vaterlandes insgemein wird gereichen, halten und zu Werke helfen. Ich halte dafür, dass Kais. Majestät sich hierüber gar sehr erfreuen und uffm Reichstage alles besser von Statton gehen werde.“ Häberlin XXI.

Heinrich Julius war zunächst noch standhaft geblieben. Er hatte dem Kanzler Dr. Jagemann, der sich zu Prag aufhielt, befohlen, nach Regensburg zu reisen und inzwischen auf eine Instruktion zu denken. Jagemann scheute sich, ohne Geld und ohne Instruktion dem Befehle des Fürsten Folge zu leisten. Er reiste bei Tag und Nacht zum Herzog, beriet sich mit ihm und den Räten über das, was er selbst und was die Räte aufgesetzt hatten, und so kam eine vorzügliche Instruktion für die nach Regensburg zu schickenden Gesandten zustande, welche hauptsächlich Jagemanns Ansichten wiedergiebt¹⁾. Der die Session der Stifter Halberstadt und Walkenriedt betreffende Punkt ist ziemlich genau erörtert: Man findet, dass es ratsamer sei, die Session der Stifter nicht zu betreiben, weil 1) der Herzog wegen derselben nicht berufen sei, 2) der Kaiser ihn durch seine Hofräte insbesondere darum habe ersuchen lassen, sich diesmal dieser Stimmen zu enthalten, damit das gemeine Werk wegen des ungarischen Kriegswesens nicht gehindert werde; 3) weil Magdeburg samt anderen Evangelischen auf dem letzten Reichstage, „den Zetterpfennig gegeben habe“ und endlich den Herzog im Stich gelassen, 4) weil Magdeburg sich namentlich diesmal bereits seines Stimmrechts begeben und das Domkapitel selbst zu diesmaliger Nichtführung der Stimme geraten. — Wozu noch 3 Gründe kämen, die man nicht schreiben wolle, sondern mündlich berichtet habe. — Der Besitz des voti von 1582 und 1594 könne nicht mit Grund hiergegen angeführt werden, da 1582 der Herzog aus sonderbarer Vergünstigung die Stimme wegen Halberstadt geführt; 1594 aber, da die Vergünstigung nur auf den gedachten einzigen Reichstag gegangen, auch der Herzog inzwischen geheiratet, sei bekanntermassen den Gesandten keine Session gestattet worden, und selbige endlich abgezogen, wie auch die magdeburgischen nach langen vergeblichen Bemühungen gethan. Und hernach als Er, der Kanzler, der wegen Braunschweig allein eigentlich dagewesen, doch auf

¹⁾ Häberlin XXI, 135.

Befehl dieses Stimmrecht einigermassen behaupten wollen, so sei auf dem Reichstage gar nicht darauf geachtet und diese Stimme in dem Reichsabschiede gänzlich übergangen worden, daher denn auf dem jetzt ausgeschriebenen Reichstage ein gleiches, ja bei hier vorwaltenden, oben angeführten neueren Umständen ein Mehreres noch zu befürchten sein würde. — Damit aber den übrigen protestantischen Ständen, die doch selbst in Ansehung ihrer geistlichen Stifter alle oder doch grösstenteils sogar schriftlich gegen den Kaiser desfalls nachgegeben und also gegen das Stillesitzen des Herzogs mit Recht nichts sagen könnten, auch der Schein selbst einer Klage benommen werde, so solle der Herzog eine schriftliche Protestation nebst angehängter Kapitular-Bestimmung beider Stifter Halberstadt und Walkenried zu Regensburg bei der Mainzischen Kanzlei durch Notar und Zeugen übergeben, auch ein Instrument hierüber zu Wolfenbüttel und eins zu Halberstadt ins Archiv legen lassen.“¹⁾ — Das Charakteristische an

¹⁾ Sie lautet: Der Herzog hätte zwar 1594 gehofft, dass die Unterschrift seiner wegen Halberstadt und nachher auch wegen Walkenried auf den damaligen Reichstag Abgeordneten, deren Vollmachten in der Mainzischen Kanzlei ohne Widerrede angenommen worden, auch dem publizierten Reichsabschiede einverleibt werden würde, nicht weniger, dass er zu jetzigem Reichstage dieser beiden Stifter halber mit erfordert werden sollte. Beides aber sei zu seiner Befremdung nicht geschehen. Nun hätte zwar der Kaiser durch seine Gesandten ihm die Versicherung thun lassen, dass es ihm an seinen Rechten auch Besitz desfalls im geringsten zu einigem Nachteil nicht gereichen solle, also dass Er sich dann auch in soweit für diesesmal hierbei für seine Person beruhigen könnte: doch werde es derselbe nicht im Ungnaden vermerken, wenn bei solchen Umständen die beiden nicht mit erforderten Stifter auch an dem, was von den anderen Ständen ohne ihr Zuthun dem Kaiser bewilligt werden würde (zumal das eine gering, das andere äusserst verarmt sei) keinen Teil nehmen könnten etc. — folgt der Protest. —

Von den oben erwähnten Kapitular-Bestimmungen lautet die halberstädtische vom 13. Oktober: Der Herzog werde aus dem angeschlossenen kaiserlichen Originalschreiben ersehen, was der Kaiser an das Stift gelangen lasse: Was deshalb zu thun sei, unterstehe sich das Domkapitel nicht vorzuschreiben und vertraue ihm, er werde die Sache so einzurichten suchen, dass sowohl dem Kaiser Gehorsam geleistet und dem Stift wegen Sitz und Stimme auch sonstiger Rechte nichts entzogen werde.

diesem Proteste ist, dass Heinrich Julius, da die Session der beiden Stifter nicht gestattet wird, auch die Bewilligungen der anderen Stände für die beiden Stifter nicht gelten lassen will. Das ist dasjenige, was seinen Protest von dem des Joachim Friedrich unterscheidet, welcher letztere die Erklärung enthält, dass Joachim Friedrich im voraus mit den Beschlüssen des Reichstages einverstanden sei.

Um es gleich vor auszuschicken: Es gelang auf dem Reichstage den Gesandten nicht einmal, den Protest durchzusetzen, d. h. die Verlesung desselben wurde zwar dem Notar gestattet, aber nicht die Niederlegung in der Mainzischen Kanzlei; es wurde dem Notar zu erkennen gegeben: man solle sich erinnern, was die katholischen Stände schon lange dieser angemasteten Sessionen halber sich erklärt hätten, dabei es denn nochmals bewenden bliebe, mithin auch keine Protestation angenommen werden könnte; worauf denn auch der Notar nach nochmaliger Bemühung, seinen Auftrag auszurichten, ohne es erlangen zu können, davon abstehen musste.

Damit hat der eigentliche Kampf um die Session Magdeburgs und der übrigen Hochstifte, die mit evangelischen Oberhäuptern besetzt waren, sein Ende erreicht. Für jetzt verzichteten alle dem Beispiele Magdeburgs folgend, wie sie schon 1594 gethan¹⁾. Wenn diese Sessionsfrage auch noch immer einen wichtigen Gegenstand der Reichsverhandlungen bildete, so hofften doch wohl die Administratoren selbst nicht mehr, ihr Recht auf die Session zu erlangen. Joachim

Von Walkenried hatte das Kapitel am 26. November 1597 geschrieben: Es sei ihnen ein kaiserliches, an den schon lange Jahre verstorbenen Abt Gregorius gerichtetes Schreiben wegen des Reichstags zugekommen; da sie nun schon ins 5. Jahr den Herzog als ihren Administrator erkannten, so zweifelten sie nicht, dass derselbe, wenn er selbst gehörig zum Reichstage erfordert würde, daselbst von des Stifts wegen erscheinen und alles dem von den Grafen von Schwarzburg u. s. w. in die äusserste Armut gestürzten Stift zum Besten besorgen werde. Sollte aber derselbe nicht berufen werden, so wollte man dieser Vorbeigehung bestens widersprechen und sich gegen allen daraus dem Stift zuwachsen können den Nachteil verwahrt haben.“ Häberlin XXI, 135, a. o. O.

¹⁾ S. die Instruktion des Jagemann, S. 88.

Friedrichs Nachfolger wäre schon zufrieden gewesen, wenn er die Anerkennung des Kaisers erlangt hätte. — Und mit dem Misslingen dieser Versuche, das Sitzrecht durchzusetzen, kann überhaupt „das Vorhaben der Protestanten, eine paritätische Reichsgewalt zustande zu bringen, als gescheitert betrachtet werden¹⁾. Die katholische Mehrheit hatte sich in den Besitz der entscheidenden Autorität gesetzt.“ Dass die Gewalt des Papstes die des Kaisers überwog, geht ebenso hieraus hervor, wie es die Ansicht der Katholischen zeigte, dass die Konfirmation der Bischöfe durch den Papst für die Erteilung der Regalien durch den Kaiser notwendig sei. — Wie gesagt war von der Sessionsangelegenheit noch lange Jahre die Rede, auf dem Reichstage von 1597 und 98 allerdings gemäss der Proposition wenig²⁾. Von Seiten der Katholischen wich man während der Sessionen mit vieler Vorsicht den Gelegenheiten über Gegenstände, die den Religionszustand berührten, zu sprechen, aus. Die von Baiern und der katholischen Majorität beherrschten Verhandlungen drehten sich allein um die Türkenhilfe, und es zeigte sich hierbei, dass sich einige katholische Stände vor allen Salzburg darin gegen den Kaiser weniger erbötig erkennen liessen, als die Evangelischen, unter denen sich besonders Sachsen durch Eifer in den Bewilligungen auszeichnete. Der Vorbehalt, den einige protestantische Gesandten vorbrachten, dass sie die Hilfe nur unter der Bedingung der Abhilfe ihrer Beschwerden leisten könnten, wurde nicht beachtet. Ebenso wenig hatten die Zusammenkünfte der Evangelischen unter der Leitung von Pfalz, bei denen auch ein Dr. Schulz, als Gesandter von Magdeburg, erschienen war, Erfolg³⁾. Es kam zwar eine Replik auf die Ablehnungsschrift der Katho-

¹⁾ Ranke VII.

²⁾ Nur einmal wird von den Gesandten des Landgrafen von Hessen erwähnt: dass doch die Visitationen und Revisionen wieder in Gang gebracht würden und Magdeburg, da an ihm die Reihe wäre, nicht ausgeschlossen würde. Häberlin XXI, 203.

³⁾ Häberlin XXI, 321. Er machte dabei Mitteilung, dass der Verzicht seines Herrn auf die Session mit gehöriger Verwahrung geschehen sei, dass er aber den Beratungen der Evangelischen beiwohnen solle.

liken, die sie gegen die 1594 von den Evangelischen erhobenen Beschwerden verfasst hatten, und eine Exceptionsschrift auf ihre Gegenbeschwerden zustande, beide Schriften wurden auch eingereicht, aber Matthias, der als Stellvertreter des Kaisers den Reichstag leitete, brachte sie gar nicht zur Kommunikation der Katholischen. Ein zweiter Gegenstand der Debatten war die Frage: ob die Majorität im Punkte der Bewilligungen bindend sei? wobei auch Salzburg und einige andere Katholischen zu dem grossen Teil der Evangelischen, der die gegenteilige Ansicht verfocht, übertrat. Alles übrige wurde auf einen Deputationstag verschoben, der aber erst 1600 stattfand.

Sobald Joachim Friedrich nach dem Tode seines Vaters die Regierung des Kurfürstenthums übernahm, musste er gemäss seiner Kapitulation mit dem Domkapitel von der Verwaltung des Erzstifts abtreten. Er hatte aber die Wahl seines Sohnes Christian Wilhelm zum Administrator durchgesetzt und, da dieser noch minderjährig war, für ihn die Kapitulation beschworen. So bleibt auch ferner das Schicksal des Erzstifts Magdeburg mit dem seinigen und dem Brandenburgs verknüpft. — Ausser der genannten Kapitulation hatte Joachim Friedrich eine Assekuration ausstellen müssen, dass das Domkapitel die Verwaltung des Erzstifts behalten solle, bis der Postulatus sein 21. Jahr erreicht hätte, und sich dieser bis dahin mit jährlichen 10 000 Thalern zur Fortsetzung seiner Studien zu begnügen habe¹⁾. Rudolph II. bestätigte die Wahl des Kapitels, und dieses führte die Regierung, nachdem es im ganzen Lande ausser in Magdeburg die Huldigung empfangen, bis 1608. Trotzdem es auch wieder den Paragraph: dass der Administrator sorgen möge, dass Sitz und Stimme des Erzstifts Magdeburg erhalten bliebe, in die Kapitulation zu bringen gewusst hatte, bemühte es sich selbst in der Zeit, wo es regierte, nicht sehr darum. Auch Joachim Friedrich liess diese Angelegenheit ganz liegen;

¹⁾ Häberlin XXI, 483. Hoffmann (Hertel & Hülse) II, 69, hat 12 000 Thaler.

ihn beschäftigten wichtigere Dinge als die Sessionsangelegenheit: der Vergleich mit den Stiefbrüdern, die Kirchenvisitation, die Landeskstitution, das Geheimratskollegium, die preussische, jülichsche, strassburgische und jägerndorfische Frage. — Bei der Versammlung der Protestanten in Heidelberg 1603, die deshalb bemerkenswert ist, weil man hier beschloss, die Verhandlungen der „Union“ — der Name wurde hier gebraucht — geheim zu halten,¹⁾ war davon die Rede, dass man den Administrator von Strassburg mit Geld unterstützen solle, unangesehen Kurbrandenburg nichts geben wolle, und dass man auf dem Reichstage bemüht sein solle, ihm Sitz und Stimme zu verschaffen²⁾. Es wäre Thorheit gewesen, wenn Joachim Friedrich den viel wichtigeren Fragen von Jülich und Preussen gegenüber seine Macht für diesen fernegelegenen und doch nur vorübergehenden Besitz eingesetzt hätte. Schon lange hatte Merckbach den Plan gehabt Strassburg aufzugeben und es dem Sohne Friedrichs von Württemberg, Friedrich Ludwig zu übertragen³⁾. Joachim Friedrich ging auf den Plan des Kanzlers ein, nachdem 1603 der Markgraf Georg Friedrich von Ansbach gestorben war und seine Länder dem Kurfürstentum zugefallen waren. Er riet 1604 seinem Sohne Johann Georg in Strassburg gegen verschiedene Entschädigungen abzdanken, was dieser auch that; dann übergab er ihm Jägerndorf, welches schon 1596 dem jungen Bischofe im voraus zugewiesen worden war.

In dem Kampf der Religionsparteien waren jetzt die 4 Klostersachen das Hauptmoment, wie es früher die Sessionsangelegenheit gewesen. Aber während bei letzterer die Katholischen und der Kaiser es waren, welche den Gang der Gerichtsvisitationen hinderten, um Magdeburgs Administrator

¹⁾ Nachdem man schon 1598 in Frankfurt und dann in Friedberg die nähere Zusammensetzung betrieben hatte.

²⁾ 1600 waren die Gesandten des Administrators z. B. auf dem oberrheinischen Kreistage von den katholischen Ständen des Kreises zurückgewiesen. Dieser und der folgende Kreistag wurden dadurch zerrissen, die Katholischen verliessen die Versammlungen.

³⁾ Häberlin XXI, 18.

von seiner Stelle als Visitator auszuschliessen, konnte man in jener Sache den Protestanten den Vorwurf machen, dass sie um ihrer Interessen willen dem Wohle des Reiches schaden. Sie begründeten ihr Widerstreben, die Revision in jenen 4 Fällen zuzulassen, damit, dass in Religionssachen das Kammergericht nicht kompetent sei. Aber man sieht hieraus, wie sehr sich die Lage zu ihrem Nachtheile verschoben hatte.

Auf dem Reichstage von 1603 war durch Matthias Diplomatie noch einmal der Bruch vermieden worden, und das, was dem Kaiser am meisten am Herzen gelegen, die Bewilligung der Türkenhilfe, war erledigt worden. Er hatte nämlich erreicht, dass der schwierigste Punkt der Verhandlungen, das Justizwesen, auf einen Deputationstag verschoben und hier nur das übrige: Türkenhilfe, niederländische Angelegenheiten, Münzwesen und Moderation der Matrikel beraten und erledigt wurde. Auch hier trat wieder der Fall ein, dass die Protestanten dem Kaiser mehr bewilligten, als die Katholischen und dass Baiern von ihm den Vorwurf übelangebrachter Sparsamkeit hören musste¹⁾. Vielleicht ist hierdurch der Kaiser bewogen worden, sich mehr den Protestanten zuzuneigen; wenigstens tritt dies deutlich — wie früher das Gegenteil — in seinem Verhalten in der magdeburgischen Angelegenheit hervor. Hiess es doch in der Instruktion der Gesandten, die er 1606 zum Kurfürstentage nach Fulda schickte: In der magdeburgischen Angelegenheit hätten selbst katholische Stände gemeint, man könne dem Domkapitel wenigstens, da es im Falle einer Sedisvakanz die Weltlichkeit ohne Widerspruch verwalte, die Direktion der niedersächsischen Kreistage führe, da auch die Kanonikate daselbst ohne Unterschied auch an Katholische auf päpstliche Rescripte verliehen würden, die Stimme auf dem Reichstage nicht verwehren²⁾. Diese Dinge hätten bisher auf Reichs- und Deputationstagen viele Zerrüttung, ja die gänzliche Stockung der Kammer-

¹⁾ P. Ph. Wolf, Kurfürst Maximilian I., B. II, 174—176.

²⁾ Häberlin XXII, 385—391.

gerichtsvisitationen, wie auch der Erledigung der Prozesse im Matrikularwesen verursacht. Daher erfordere es die Not, die Sache womöglich ganz oder doch provisorisch zu enden. Folgende Gründe unterstützten diese Ansicht: 1) sei der geistliche Vorbehalt inbetreff der Domkapitel nie angewandt worden, sondern sie seien auch nach dem Abfall vom alten Glauben nach wie vor bei allen Gelegenheiten für Domkapitel erkannt worden, 2) sei zu bemerken, dass die Inhaber und Kapitularen der Stifte z. T. aus mächtigen Häusern oder ansehnlichen Geschlechtern stammten, dass 3) bei fernerer Verweigerung der Stimmführung die Deputationstage fast ganz gehemmt bleiben würden, 4) dass es in einigen dieser Stifter zu einer für das ganze Reich nachteiligen Weitläufigkeit gekommen, da die Ritter und die Landschaft wie in Bremen auch am Wahlrecht teilhaben wollten¹⁾, 5) seien die Stifter an den Grenzen des Reichs, mithin an solchen Orten gelegen, wo man sich gar sehr zu besorgen hätte, dass solche zumal ihre Vorsteher nicht belehnt und in keinen Pflichten seien, von dem Reiche abgerissen würden, und dass 6) bei Fortdauer dieses Zustandes zuletzt nicht nur die ganze geistliche Foundation dieser Stifter, sondern auch ihr Zusammenhang mit dem Reich zugrunde gehen möchte; 7) wenn die Inhaber der Stifter beständig als geistliche Fürsten ausgeschlossen blieben, so möchten sich dieselben zuletzt — zumal wenn sie wie jetzt aus vornehmen Häusern stammten — gar für bloss weltliche Fürsten ansehen und die Stifter erblich machen oder zu ihren übrigen Ländern schlagen und der Reichsunmittelbarkeit entziehen, 8) endlich sehe man, dass der Papst, so oft er etwa um etwas bei solchen Stiftern ersucht würde, nicht unterlasse, durch Erteilung der Benefizien seine Gerichtsbarkeit so gut es thunlich zu erhalten, das Reich aber hierbei ganz leer ausgehe. — Aus diesen Betrachtungen werde von vernünftigen katholischen Ständen angeraten, die Sache sobald als möglich ins Reine zu bringen,

¹⁾ Im Jahre 1585 widersetzten sich die Städte und die Ritterschaft der Wahl des Kapitels in Bremen. Häberlin XX, 375.

damit die Lande dem Reiche nicht verloren gingen und aus demselben dem Türken desto besserer Widerstand geleistet würde. —

Wie anders klingt diese Sprache als die, welche der Kaiser früher führte. Während er stets vorschützte oder den Katholischen darin nachgab, dass in der Angelegenheit der Stifter alles von der Konfirmation durch den Papst abhängen, wendet er sich jetzt z. T. mit den früher von den betreffenden Ständen selbst vorgebrachten Gründen gegen jede Rücksicht auf den Papst inbezug auf diese Frage. Es heisst im Folgenden: Der Streit rühre aus dem Religionsfrieden her, den Deutschland bloß zu seiner Sicherheit aufgerichtet, der Papst aber nie bestätigt habe noch bestätigen könne; nach dem Religionsfrieden sei die geistliche Gerichtsbarkeit in den protestantischen Landen bis zur Vereinigung gänzlich suspendiert; hier handle es sich überhaupt nicht um die fast verlorenen Spiritualien, sondern um die Verwaltung der Weltlichkeit; die Bestimmung über Sitz und Stimme der protestantischen Stifter gehöre also ganz allein dem Kaiser und Reich. — Deshalb sollten die Gesandten sich bemühen, dass man diesen Kapiteln, wofern nicht ihre Häupter sondern sie selbst die Gesandten an den Reichstag abschicken wollten, wie bei einer Sedisvakanz das Recht des Sitzes und der Stimme unter der Bedingung zugestehe, dass sie sich schriftlich verpflichteten, die Katholischen zu den Präbenden zuzulassen, auch sie in gleicher Weise wie die Protestanten zum Reichstage zu gebrauchen; dass sie versprächen, die katholische Religion so, wie sie etwa in den Stiftern noch in Uebung sei, bleiben zu lassen, zum besten der Domherren dieser Religion aber da, wo sie nicht mehr in Uebung sei, ihr wieder eine oder mehrere Kirchen einzuräumen, dass die Kapitel ferner ihre Wahl-Instrumente wie bisher geschehen *ad beneplacitum domini papae et sedis apostolicae* ausfertigten, wie auch dass sie Papst und Kaiser ihre Rechte bei Vergabung der Präbenden ungekränkt liessen; dass ferner die neu erwählten Oberhäupter der weltlichen Regierung halber, wie bisher schon geschehen, ein kaiserliches Indult suchen und

erhalten sollten; dass dieselben sich Sitz und Stimme auf den Reichstagen und -versammlungen nicht anmassen, sondern diese dem Kapitel überlassen sollten. Der Kaiser aber werde obengedachte Indulte nicht auf lebenslang, sondern auf eine bestimmte Zeit erteilen mit dem Anhang, dass bei nicht geschehener Erneuerung derselben die Unterthanen ihrem Herrn nicht mehr zu gehorchen schuldig sein sollten; den Indulten würde ferner wie bisher der Befehl angehängt sein, dass die Neuerwählten binnen Zeit des Indults eine päpstliche Bestätigung ausbringen sollten.

Würden die Kapitel diese Bedingungen eingehen und darüber einen Revers ausstellen, den sie bei Verlust der Benefizien bei jeder Indultsbewilligung zu erneuern hätten, so könnte man ihnen ihre Rechte lassen.

Wenn auch des Kaisers Gesinnung sich in dieser Weise geändert hatte, so war er doch keineswegs gewillt, selbst mit derselben hervorzutreten; wenn er gesonnen war den protestantischen Stiftern Zugeständnisse zu machen, so sollte es doch nicht scheinen, als ob er es gern thäte, die Initiative wollte er nicht geben. Die Gesandten sollten nicht selbst den Vorschlag machen, auch nicht dazu raten; denn dadurch würde der unrechtmässige Besitz der protestantischen Stifter gleichsam sanktioniert; auch würden die katholischen Stifter jenen nachzuahmen suchen, die Protestanten ihre Versprechungen nicht halten. Es war ihm genug, wenn er gedrängt seine Zustimmung gab; immerhin für die Protestanten ein Fortschritt. Aber wir haben gesehen, dass allmählich der Eifer für die Sache der Stifter sogar in den nächstbetheiligten Fürsten erkaltet war, so hatten die kaiserlichen Gesandten auch gar keine Ursache, die Ansicht des Kaisers kund zu geben, sie waren überhaupt, fast für nichts¹⁾ da. Einmal kam die Sache zur Sprache, da Kurpfalz äusserte, dass mit dem Verzicht Magdeburgs diese Angelegenheit wohl geendet sei und Brandenburg ihn berichtigte, auch erwähnte, dass ein Haupthinderungsgrund gegen die Session in den

¹⁾ Häberlin XXII, 382.

Augen der Katholischen, die Ehe des Administrators, jetzt hinfällig sei, da Christian Wilhelm nicht verheiratet sei¹⁾. Es wünscht zwar, die Sache möge erledigt werden, wir finden aber nicht, dass man besonders thätig gewesen wäre; so kamen die Vorschläge des Kaisers gar nicht zur Kenntniss der Protestanten. —

Wir haben schon vorausgeschickt, dass es sich schon weniger um die Session der Administratoren handelte, sondern dass man in dieser Zeit ihren Besitz bereits anfocht. Auf dem Reichstage von 1608, den Ferdinand von Steiermark als Vertreter des Kaisers leitete (Matthias war von dem Kaiser gefürchtet, bei den Katholischen wegen zu wenig katholischer Gesinnungen unbeliebt) forderten die Geistlichen offen die Restituierung der seit dem Religionsfrieden reformierten geistlichen Güter. Bekanntlich kam es hier zum Bruch, man ging resultatlos auseinander. Es war der letzte Reichstag Rudolf II., die Jahre bis zu seinem Tode (1611) sind ausgefüllt mit den Verhandlungen und Streitigkeiten über die Nachfolge. Mehrfach stützte er sich hierin auf die Protestanten, nie aber ist er ihnen irgendwie entgegengekommen, nie hat er ihre Dienste anerkannt, Sachsen, Brandenburg, Braunschweig wurden mit Undank belohnt²⁾.

Matthias hatte erwarten lassen, dass er den Religionsfrieden halten werde. Auf dem Wahltage von 1612 zerschlug sich gerade durch die Frage der Stifter der Plan der Evangelischen, günstigere Bedingungen von dem zu Wählenden zu erlangen. Die geistlichen Kurfürsten wollten, dass die Indulte auf die Kurfürsten und weltlichen Fürsten beschränkt würden, die weltlichen Kurfürsten forderten sie auch für die

¹⁾ Ranke meint: Es sei dort viel von der Sessionsangelegenheit die Rede gewesen. VII, 153.

²⁾ Als er Sachsens Ansprüche auf Cleve anerkannte, fügte er z. B. der Belehnungsurkunde bei „salvo jure cuiuscunque“; es war dieselbe Zweideutigkeit, die wir in seinem 1594 Magdeburg ausgestellten Reverse bemerken. Der Herzog von Braunschweig, dem er in der Sessionsangelegenheit höchst feindlich entgegentrat, war bis zum Schluss ihm ergeben. noch 1610 gelang es ihm, ihn mit Matthias zu versöhnen.

Stifter. Auch die Uneinigkeit in den Glaubensbekenntnissen der weltlichen Kurfürsten (Kurpfalz und Brandenburg waren reformiert, Sachsen lutherisch) bewirkte, dass Matthias ohne Bedingungen gewählt wurde. Trotzdem er Klesel folgend eine gemässigtere Richtung in der Politik einschlug, hat sich die Lage der Stifter doch unter ihm nicht gebessert. —

In Magdeburg hatte 1608 Christian Wilhelm vom Kapitel die Regierung des Erzstifts übernommen — bald nach dem Tode seines Vaters, auf den in Brandenburg Johann Siegismond gefolgt war. Die Erkenntnis, dass sein Besitz ein sehr unsicherer sei, zumal nach den Vorgängen auf dem Reichstage von 1608, soll ihn bewogen haben, seinen Bruder um Unterstützung anzugehen¹⁾. Wir wissen, dass, auch wenn dieser gewollt hätte, bei den Wahlverhandlungen keine Möglichkeit war, etwas für den Administrator zu thun. Auch an die Kurfürsten und den Kaiser Matthias wandte sich Christian Wilhelm. Die Stellung des Hofes liess ihn Günstiges erwarten: der Kaiser selbst bemühte sich, die Katholischen zu bewegen, dass sie den Administratoren nachgaben, aber vergebens²⁾. Diese Stellung wird durch zwei Gutachten bezeichnet, welche Matthias inbezug auf den ersten von ihm abzuhaltenden Reichstag zugestellt wurden, das eine von Klesel, seinem gewaltigen Minister, das andere von dem Reichspfennigmeister Geizkofler. Wollte schon Rudolf II. 1606, dass wenigstens die Kapitel protestantischer Stifter zu den Reichsversammlungen zugezogen würden, so verlangte Klesel auch die Anerkennung und Zulassung der Administratoren³⁾. Er warnt davor, dass man sie durch Nicht-

¹⁾ Ranke VII, 221.

²⁾ Christian Wilhelm in seiner Instruktion von 1616 bei Ranke VII, Anhang.

³⁾ cf. S. 95. „Denn meistens aus den mächtigsten Häusern stammend, seien sie durch vornehme Verwandtschaft grosser Assistenz versichert. Welche Wirkung habe ihre Ausschliessung gehabt? nichts als Erfolglosigkeit der Reichstage, Hemmung der Justiz. Das würde auch demnächst die Folge sein: der nächste Reichstag würde getrennt werden, die Reichsjustiz mit der Zeit ganz aufhören. Würden die Fürsten dem

anerkennung ihrer Reichsmitgliedschaft auswärtigen Feinden in die Arme treibe.

Geizkofler ¹⁾ meint in seinem Gutachten, der Kaiser solle mit dem Administrator von Magdeburg und den übrigen noch vor dem Reichstage unterhandeln lassen, dass sie gütlich von

Kaiser nicht verpflichtet, so würden sie sich mit fremden Fürsten alliieren, mit den Ständen der Erblande, die noch immer in grosser Gährung wären, verbinden. Die Osmanen, immer gewohnt, die Schwachen gegen die Starken zu unterstützen, um dann beide zu besiegen, würden in den Stand kommen, mit dem abendländischen Kaisertum zu verfahren, wie mit dem morgenländischen. Wie wollte der Kaiser zugleich mit den Protestanten, den Türken und den einheimischen Unterthanen Krieg führen? den Protestanten komme es nur auf ihre Sicherheit an; dabei könne auch der Katholizismus, zudem sich ein Teil der Stände immer bekennen werde, bestehen. Von Wolf aus bairischen Archiven mitgeteilt, bei Ranke VII, 222.

¹⁾ Wie der bevorstehende Reichstag zu Regensburg anzustellen etc. bei Lünig, Staats-Cousilia I, 772: — und sehe ich kein Mittel, solches zu verhüten, es sei denn, dass E. Kais. Majestät mit denen jetzigen da selbst regierenden Herren davon gütlich abzustehen noch vor dem Reichstage handeln liessen, denn da sie ihnen gleich die Session bewilligten so würden sich doch Salzburg und andere katholische Stände darwidersetzen. Da aber ein solches von Magdeburg Teils in der Güte nicht zu erlangen, müsste der Reichstag nicht allein dadurch verlängert, sondern gleich anfangs schwer gemacht werden, und wäre in den actis nachzusehen, ob nicht bei I. Maj. Herrn Vaters und Ahnherrns Zeiten, auch bei Antreten der jüngst verstorbenen Kais. Maj. Regierung solchen postulirten oder erwählten, die Reichsregalia verliehen oder zum wenigsten indulta gefertigt worden seien, und da man dessen Exempla hätte, ob sie sich durch Erteilung derselben, wenn sie mit solcher Condition geschehen (wiewohl die Geistlichen sonstens ebensowohl durch die indulta zu Stimm und Stand habilitirt werden) von der Session abhalten liessen, welches von Ew. Kais. Majestät allein für ihre Person und solange sie das Reich regieren, doch einem künftigen successori dadurch nichts praescribirt, auch dem Religionsfrieden im Wenigsten nichts benommen, mit anderen mehr Conditionen geschehen könnte, ingleichen das magdeburgische und etliche andere Kapitel ihrem erwählten oder postulirten Herrn z. T. selbstens fürgeschrieben haben; denn dergestalt besitzen sie die Erz- und Stifter einen Weg wie den andern, haben bei den Kreisen ihre Stimm und sessiones, und, wie ich vor diesem gehört, auch etliche in illa qualitate das Kammergericht visitirt und seind doch Ew. Kais. Maj. und dem Reich derentwegen weder gelobet noch geschworen.“

der Session abständen. Denn wenn auch der Kaiser ihnen das Sitzungsrecht zugestände, so würden doch die katholischen Stände nimmermehr darein willigen. Die Anerkennung der Administratoren, sei es durch Erteilung der Regalien, sei es durch Indulte, hält er für durchaus wünschenswert; letztere könnten ja mit der Bedingung erteilt werden, dass dem Nachfolger des Kaisers dadurch kein Praejudizium entstände und der Religionsfriede nicht angegriffen würde. (Bekanntlich glaubte man katholischerseits, dass der Vorbehalt dadurch durchlöchert werde¹⁾). Vielleicht würden die Administratoren durch dieses Zugeständnis bewogen werden, ihres Sitzungsrechts sich zu begeben.

Geizkoffler hatte an den Herzog von Württemberg, in dessen Diensten er stand, einige Fragen, um seine Wünsche hierüber zu erfahren, geschickt, er reichte aber dem Kaiser sein Gutachten ein, ehe er vom Herzog Antwort erhalten hatte, sonst würde er gewusst haben, dass der Herzog und die Evangelischen wünschten, der Kaiser möge die Katholischen dazu bewegen, ihm zu Ehren nur für diesmal den protestantischen geistlichen Fürsten die Stimme mit Vorbehalt ihrer Rechte zuzugestehen²⁾. Es ist leicht einzusehen, dass dies dem Kaiser nie gelungen wäre, zumal jetzt, da man den Besitz geistlicher Güter den Evangelischen bestritt. — Man hatte den Vorschlag gemacht, dass von zwei evangelischen Stiftern immer eins den Katholischen zurückgegeben würde; diese hielten es für schimpflich, einen Teil anzunehmen, wenn man Ansprüche auf das Ganze habe, für atheistisch, in kirchlichen Sachen den Calvinisten nachzugeben, wenn man an den irdischen Gütern bedroht wäre³⁾.

¹⁾ cf. die Anmerkung S. 52.

²⁾ Häberlin XXIII, 557, Anm.

³⁾ Der kurmainzische Rat Ferdinand von Effra (Effern) bei Lünig, Staatskonsilia I, 787 u. f. im ersten Punkt seines Bedenkens: ob die katholischen Stände zur Erhaltung des Friedens im Reich von ihren Rechten weichen sollten oder könnten? Er führt dafür an: dass die Evangelischen den Krieg anfangen würden und man nachgeben müsste, weil man nicht vorbereitet sei: etwas zu verlieren sei nicht so schlimm,

Gegen die Session der Administratoren wandte Baiern

als alles sich entreissen zu lassen; die vorigen Kaiser obwohl auch eifrig katholisch, hätten auch nachgegeben; man müsse den Frieden zu erhalten suchen. Doch sei dagegen: dass man „Gottes Ehre derogiren und was Gottes ist, der Welt einräumen würde“, dass es gegen die Absicht der Fundatoren wäre. Der Kaiser als Schützer der Kirche könne nicht gestatten, dass derselben etwas entzogen werde; jede katholische Obrigkeit sei eidlich verpflichtet, mit Leib und Leben ihre Kirchen zu verteidigen; die Geistlichen, welche nachgäben, würden Gott Rechenschaft ablegen müssen; man gäbe durch Nachgiebigkeit Ursache, dass die kalvinistische Richtung noch mehr Boden gewänne; den geistlichen Fürsten sei in Deutschland so reichliche Macht gegeben, dass sie das ihre schützen könnten; man würde dadurch (den Vorschlag ein Stift von zweien zurückzugeben) den geistlichen Vorbehalt aufgeben, das Unionswesen (die Liga) auflösen, dem Frankfurter Schluss nicht nachkommen, bei allen katholischen Potentaten sich verdächtig machen und bei der Posterität sich einen Verweis und Gottes Zorn zuziehen; endlich würde man sein Recht als Unrecht zu erkennen scheinen; — es würde folgen: „dass sobald man mit Krieg bedroht werde, man Hand und Fuss müsse gehen lassen; denn wäre es so, als ob die Geistlichen keinen Krieg sondern Friede und Ruhe suchen würden, ergo si volunt cum Epicuro in bonis ducere dies suos müssten sie etliche Stifter den Calvinisten überlassen; das wäre atheistisch; im Gegenteil würde nur aus dem antecedens folgen, dass alle katholischen Kaiser, Könige etc, schuldig seien, sich mit Leib und Leben darwider zu setzen, ne in persecutione dei gloria et ecclesia turpissime negligatur. Dass die Evangelischen durch Einigkeit und Vorbereitung etwas voraus hätten, spräche für propriam turpitudinem und müsste abgeändert werden; der Religionsfriede sei nur durch die Schuld der damaligen Katholischen und ihr Nachgeben zustande gekommen, durch welchen sie so sehr spoliirt und betrübt worden waren; man würde durch das vorgeschlagene, atheistische Mittel sich nicht die übrigen Stifter sicherstellen, sondern nur dem Gegenteil Anlass geben, noch mehr zu nehmen; die alten Kaiser hätten erst nachgegeben, als es nicht anders ging und sie mit eifrigem Kriege zuvor die Religion defendirt; kurz der Vorschlag sei wider Gott und sein Gebot, wider Eid und Pflicht aller Geistlichen und wider alle principia Catholicorum, nisi extrema sit et inevitabilis necessitas; das wäre aber nicht der Fall. Durch Nachgeben hätte man verloren, deshalb sei es rühmlicher, nicht nachzugeben, zumal man merke, dass das Gegenteil alle Mittel zu Stillstand und Frieden suche, sobald es verspüre der Katholischen Resolution und Defension; warum auf blosser Worte und Bedrohungen Herz und Mut fallen lassen? Wie verkleinerlich sei es, wenn sie ihre gerechte Sache nicht eifriger verteidigten, als die Calvinisten ihre ungerechte!“

auf dem von den Katholischen vor dem Reichstag gehaltenen Tage zu Frankfurt ein: im Kurfürstenrate herrschte Gleichheit der Stimmen, in dem Städterat sei die Mehrheit bei den Evangelischen. Durch die Session der protestantischen Geistlichen würden die Evangelischen um 16 Stimmen verstärkt, ebenfalls die Majorität und dadurch die Majorität auf dem Reichstage erlangen; sie würden alsdann die Gleichheit der Religion im ganzen Reiche verlangen und durchsetzen¹⁾. — Man bemerke, dass der Religionsfrieden dieselbe allerdings aussprach! — Ebenso sprach er sich gegen die Zulassung jener zu Kammergericht und Reichshofrat aus: Die Katholischen würden alle Prozesse alsdann verlieren, die Protestanten würden überhaupt das kaiserliche Ansehen beherrschen, wohin man es unter keiner Bedingung kommen lassen dürfe. — Maximilians Ansicht war massgebend, die übrigen schlossen sich seiner Meinung an. Die Sprache, die man in dieser Versammlung führte, liess den Bruch zwischen den Parteien erkennen, der noch in diesem Jahrzehnt zum gewaltigsten Kriege führen sollte. — „Gerade die Besorgnis vor der diesen Grundsätzen abgewandten Haltung des Hofes und den kundgegebenen Vermittelungsversuchen war es, was zu den dort gefassten Beschlüssen das vornehmste Motiv bildete²⁾.

Die Beschwerden und Forderungen, die die um dieselbe Zeit in Rothenburg an der Tauber versammelten Evangelischen aufstellten, enthielten, wie Ranke sagt, begreiflicherweise alles, was die Katholiken zu versagen beschlossen hatten. Die Sache des Administrators von Magdeburg bildete den Hauptgegenstand. Aber auch jetzt waren sie nicht einig: Der jülich-sche Erbfolgestreit³⁾ hatte auch Brandenburg mit

¹⁾ Ranke VII, 228 und 229.

²⁾ Man bestand darauf, dass der Besitz geistlicher Güter seitens der Protestanten nach dem Religionsfrieden widerrechtlich sei, dass die Revision der Kammergerichtsprozesse ohne Ausnahme der Klostersachen stattfinden müsse. Wenn es zum Bruche käme, wollte man Gut und Blut gegen die Protestanten einsetzen, man bestimmte ansehnliche Summen, die jedes Mitglied aufzubringen habe; man verabredete, den europäischen Katholizismus für diese Sache aufzurufen.

³⁾ cf. Ranke a. o. O.

Sachsen entzweit. Da der Kaiser dieses auf seiner Seite hatte, glaubte er 1613 den Uniirten weiter keine Rücksicht schuldig zu sein; er hatte ja auch sein Möglichstes gethan. Als man über die Forderungen nicht einig werden konnte, wurde der Abschied auch ohne die Zustimmung der Protestanten verfasst.

Es war das letztemal, dass die Evangelischen in einer Reichsversammlung sich der magdeburgischen Angelegenheit annahmen. Auch Johann Siegismund unterstützte seinen Bruder nicht mehr in seinen Bemühungen um den kaiserlichen Schutz, denn das war alles, was dieser jetzt noch forderte. Es beschäftigten jenen die wichtigsten Erwerbungen seines Hauses; vielleicht trug auch das verschiedene Religionsbekenntnis der Brüder dazu bei, dass Siegismund sich weniger um den Administrator kümmerte. Der Kurfürst hatte sich bekanntlich 1614 zur reformierten Kirche bekannt, Christian Wilhelm war lutherisch. — Uebrigens fiel im nächsten Jahre der Grund, den man 1606 für seine Zulassung zu den Reichsversammlungen geltend gemacht hatte, dass er unverheiratet sei, hinweg. Gemäss seiner Kapitulation resignierte er bei seiner Verlobung mit Dorothea von Braunschweig auf das Stift; er wurde aber unter sehr drückenden Bedingungen, unter denen sich natürlich auch die befand, dass seine Kinder kein Erbrecht hätten, von neuem gewählt¹⁾. Dies ist insofern von Bedeutung, als dadurch Magdeburg noch eine Reihe von Jahren mit Brandenburg in Beziehung blieb und somit dazu beitrug, dass man im westfälischen Frieden Brandenburgs Ansprüche mit dem Erzbisum befriedigte, in dem über 100 Jahre Prinzen aus seinem Hause regiert hatten. —

Das Bündnis, das die Hansestädte und unter ihnen Magdeburg mit den Generalstaaten abzuschliessen bestrebt waren, brachte diese Stadt in neue Streitigkeiten mit dem Administrator, dem sie noch nicht die Huldigung geleistet hatte. Christian Wilhelm glaubte, dass vor allem an diesem

¹⁾ Rathmann IV, 136 und 137. Hoffmann II, 75.

Mangel an Autorität sein Verhältnis zum Kaiser, dessen Anerkennung er nicht besass und peinlich bemerkte, schuld sei¹⁾. Seine Gesandtschaft wird wohl auch im Frühjahr 1614 dem Kaiser von den genannten Plänen der Stadt Nachricht gegeben haben, als sie im Namen ihres Herrn um den kaiserlichen Schutz — in welcher Form auch immer — bat. Am 3. Mai ermahnte der Kaiser die Stadt, von ihrem Vorhaben abzustehen, am 28. April hatte er dem Gesandten Daniel Matthias für den Administrator abschlägige Antwort erteilt: „man sprach es unumwunden aus, dem Kaiser stehe es nicht zu, postulierten Bischöfen die Regalien zu erteilen, ohne vorherige päpstliche Konfirmation²⁾.“

1616 wandte sich Christian Wilhelm von neuem an Matthias: Ein Hauptgrund der Kämpfe im Reich sei, dass die Katholischen den Besitz protestantischer Bistümer durch Administratoren anfochten und den Kaiser bewogen hätten, diesen seinen Schutz zu versagen. Der niedersächsische Kreis sei besonders unruhig: man fürchte einen Einfall des spanischen Kriegsvolks, welches in Jülich stehe. Er (Christian Wilhelm) habe zwar Besorgnis vor „schweren resolutiones,“ die daselbst gefasst werden könnten, werde aber doch den dringenden Wünschen nach einem Kreistage nachgeben müssen. Der Kaiser könne diese Schwierigkeiten heben, wenn er die protestantischen Bischöfe wie andere Stände seines Schutzes versichere, denn er könne bezeugen, dass die Stände dem Kaiser „in schuldiger gehorsamer De-

¹⁾ „Exempelsweise ist mehr denn offenbahr, wann I. Kais. Maj. uns allergnedigst respectiret und in temporalibus gewirige resolution hatten widerfahren lassen, so wollen wir unsere Alte Stadt Magdeburg gar leicht in officio gehalten und verwehret haben, das sie die hochgefährliche alliance niemals tentiren sollen; ebendergleichen beschaffenheit hats mit der Stadt Bremen, wann nemblich deme Herrn Erzbischof in temporalibus satisfaction were begegnet, das sehr viel dem Reich und diesem Creis allbereit, wie es auch in Bremen der Fall sei, des ohrts fürgegangen und noch besorglichen nachteiligen Dinges hette vorwehret und verhütet werden können.“ Instruktion des Administrators Christian Wilhelm für seine Abgeordneten am kaiserlichen Hofe. Ranke VII. Anhang.

²⁾ Bei Ranke VII, 228 u. f.

votion sehr wohl affektioniert seien," wie er selbst diesen Rat nur „aus Lieb und Treue zum Wohlstande des geliebten Vaterlandes“ gebe. Er sei sich der Schwierigkeiten, die dem Kaiser bei einem derartigen Entschlusse von den Katholischen in den Weg gelegt würden, sehr wohl bewusst, zweifle aber nicht, dass auch von ihnen keiner, dem „*conservatio tranquillitatis Germaniae* angelegen“ mit Ehren und gutem Gewissen lieber zu den Extremiteten denn zu einem ruhigen leidlichen statu raten werde“.

Ein jämmerlicher innerer Krieg aber, ja *totius imperii scissura et ruina* würde erfolgen, wenn man den genannten Bischöfen den kaiserlichen Schirm *difficultire* oder sie mit der Besorgnis, unterdrückt zu werden, in die Länge ziehe. Diesem abzuhelpen, würde sich ein Mittel schon finden lassen; irgend eine Garantie müsste den Bischöfen gegeben werden, „dass sie sich nichts Böses zu befahren, sondern Allergnädigsten Schutzes zu getrösten hätten,“ man nenne es nun ein *Indultum* oder Kaiserliche *gnadenscession*, Schuz- oder schirmbrieff. Wenn es nicht anders sein könnte, so müsste man noch zugeben, dass in dieser Konzession vorbehalten würde, dass dadurch den Katholischen nichts „*derogiret*“ sein sollte. „Jetzt sei keiner I. Maj. gehuldet oder geschworen.“ Maximilian II. und Rudolf hätten kein Bedenken gehabt, die reformierten Erz- und Bischöfe in Schutz und Schirm zu nehmen, wie denn Joachim Friedrich eine solche kaiserliche Resolution widerfahren, darin *exprimiret*, dass I. Kais. Maj. denselben samt dem Erzstift und seinen Unterthanen nicht weniger als alle anderen Stände in gnädigen Schutz wohl befohlen habe¹⁾. Es wären auch schon verschiedene Vorschläge über die Form dieser kaiserlichen Konzession gemacht worden, aber durch den Widerspruch der Katholischen sei alles stets verhindert worden —²⁾.

¹⁾ Würde sich auf den pressburgischen Vergleich beziehen. Siehe S. 40 und 42.

²⁾ Instruktion des Administrators Christian Wilhelm für seine Gesandten am kaiserlichen Hofe 1616, bei Ranke VII, Anhang.

Trotz dieser Bitten erlangte Christian Wilhelm auch die Anerkennung nicht; der Kaiser begnügte sich mit der Versicherung, dass er immer noch beflissen sei, den protestantischen Beschwerden überhaupt abzuhelpen. Nach dieser Demütigung, die vom Kaiser dem Hause Brandenburg in der Person des Administrators zugefügt wurde, scheint Christian Wilhelm die Versuche, irgend eine Anerkennung seiner Rechte zu erlangen, unterlassen zu haben.

Schluss.

Es lässt sich nicht leugnen, dass die Lage des Administrators von Magdeburg unerträglich war in seiner Eigenschaft als Reichsstand, wie als Verwalter des Erzstifts (durch die drückende Kapitulation), wie als Oberherr von Magdeburg, das ihm die Huldigung versagte; nirgends hatte er einen Rückhalt. Die Versuche, sich mit der Stadt zu einigen, scheiterten an den zu hohen Forderungen, die bald die Stadt bald das Kapitel stellte. Da brach der grosse Krieg aus; es folgte der Sieg der Liga in Böhmen und der Rheinpfalz. Christian Wilhelm sollte erfahren, was ihm vom Kaiser¹⁾ bevorstand, wenn der Katholizismus in Niederdeutschland wieder hergestellt würde. Der protestantische Abt von Ammensleben hatte drei katholische Mönche daselbst ausgewiesen; auf ihre Klage befahl der Kaiser, sie wieder einzulassen, ja er ordnete eine Visitation dieses Klosters durch drei katholische Mönche aus Hildesheim trotz des Verbots des Administrators an²⁾. Ueberall im Erzstifte wie in ganz Niedersachsen bemächtigten sich die Katholischen der Kirchen und Klöster. Da beschloss Christian Wilhelm dem Beispiele des Administrators von Halberstadt folgend, alles für sein Bekenntnis zu wagen; er schloss sich an seinen Schwager Christian IV. von Dänemark an, als dieser von dem niedersächsischen Kreise zum Obersten und Feldherrn ernannt worden war; durch Wallensteins Truppen wurde er gezwungen das Erzstift

¹⁾ Ferdinand II.

²⁾ 1623. Hoffmann II, 88.

zu verlassen. In diesem Jahre¹⁾ fasste das Kapitel, um sich in dem Kurfürsten von Sachsen, der beim Kaiser immer noch gut angeschrieben stand, einen Beschützer namentlich gegen das friedländische Kriegsvolk zu verschaffen, den Entschluss, seinen Sohn August zum Koadjutor zu wählen; 1628 setzte es den Administrator Christian Wilhelm ganz ab.

Dieser hatte 1626 in der Schlacht an der Dessauer Brücke tapfer mitgestritten; ein Pferd war ihm unter dem Leibe erschossen worden. Bald darauf machte er mit Herzog Johann Ernst von Weimar einen Versuch, sich Magdeburgs zu bemächtigen, dessen Bedeutung von beiden kriegführenden Parteien wohl erkannt worden war. Der Versuch misslang, aber der Administrator setzte seine Bemühungen fort: er versprach der Stadt allerlei Zugeständnisse, ja sogar Einfluss bei der Wahl des Erzbischofs. Magdeburg harrete jedoch in ihrer Neutralität und erwirkte die Erlaubnis von Wallenstein, seine Festungswerke zu erweitern. Es zeigt, dass der Administrator sein Schicksal an das der evangelischen Waffen geknüpft hatte, die eben vollständig besiegt wurden. Unter denen, die eine Aussöhnung mit dem Kaiser suchten, war auch Christian Wilhelm, der 1626 nach dem Tode des berühmten Christian von Braunschweig auch in Halberstadt zum Administrator gewählt worden war. Er verlangte die Herausgabe der beiden von den kaiserlichen Truppen besetzten Stifter. Aber der Kaiser dachte gar nicht daran, das, was man ihm abgeschlagen, als er noch mit dem Kaiser friedliche Beziehungen unterhielt, jetzt dem zu geben, der die Waffen gegen ihn erhoben hatte. Es wurde ihm die Anerkennung in bezug auf Halberstadt abgeschlagen, da der Kaiser hier seinen Sohn Leopold Wilhelm wählen liess, und in bezug auf Magdeburg, welches Ferdinand auch seinem Sohne verschaffen wollte, gab man ihm eine ausweichende Antwort. Des Kaisers Verbot, August von Sachsen zu wählen, kam zu spät, schon hatte der Kurfürst die Wahl seines Sohnes angenommen. Ferdinand berief sich auf den Religionsfrieden und darauf,

¹⁾ 1625.

dass das Stift erst nach demselben reformiert sei, somit den Katholischen zustände; doch er musste den Kurfürsten schonen, — so blieb August vorläufig im Besitz, jedoch suchten zwei Gesandtschaften des Domkapitels vergeblich die Anerkennung des Administrators nach. Gegen eine Neuwahl erhob der Kurfürst Protest; er bestellte Wolf von Mansfeld zum Statthalter.

Das Restitutionsedikt beendigte mit einem Schlage die Sache der protestantischen Stifter; es war der Ausgang des Kampfes, der damit begonnen hatte, dass man den protestantischen Administratoren Sitz und Stimme auf den Reichstagen bestritt; die katholische Partei war mit ihrer Erklärung des Religionsfriedens Sieger geblieben. Was Magdeburg betrifft, so wurde die Wahl Augusts für ungültig erklärt und durch päpstliches Breve das Erzstift dem Kaisersohne Leopold Wilhelm übergeben (ebenso Bremen), doch kam er nicht in diesen Besitz. Der wegen des Edikts neu ausbrechende Krieg, der durch Schwedens Einmischung für die Protestanten eine günstige Wendung nahm, hinderte ihn daran; endlich erhielt August von Sachsen durch den Prager Frieden 1635 das Erzstift wider, musste aber eine Entschädigung von 12 000 Thalern jährlich an den früheren Administrator Christian Wilhelm von Brandenburg zahlen. — Wir wissen, dass dieser durch seine Verhandlungen, die mit seiner Aufnahme in die Stadt Magdeburg endeten, den Anschluss derselben an Schweden zustande brachte und so an dem unglücklichen Schicksal der Stadt in diesem Kriege beitrug. Bei der Einnahme derselben war er gefangen genommen worden und später am Hofe zu Wien zum Katholizismus übergetreten; 1665 starb er in Zinna, welches er nebst einem anderen Schlosse (Coburg) anstatt der 12 000 Thaler erhalten hatte.

Wir erwähnten schon einmal, dass vielleicht die ununterbrochene Reihe von Erzbischöfen und Administratoren, die das Erzstift aus dem Hause Brandenburg hatte, auch dazu beitrug, dass man im westfälischen Frieden die Ansprüche dieses Hauses damit befriedigte; Friedrich Wilhelm, der grosse Kurfürst, erhielt die Anwartschaft auf das Erzstift,

das nach dem Tode des letzten Administrators August als weltliches Herzogtum an Brandenburg fallen sollte. 1650 liess er sich im Erzstifte huldigen, 1666 zwang er mit den Waffen die Stadt dazu, welche sich vergeblich bemüht hatte, die Reichsfreiheit zu erlangen, hierin aber von Brandenburg wie vom Administrator bekämpft worden war. 1680 endlich nach Augusts Tode zog Friedrich Wilhelm als Oberherr in Magdeburg ein.

In den Friedensverhandlungen hatte die Session Magdeburgs wieder viele Schwierigkeiten gemacht, es war wieder zu Protesten und Verlassen der Versammlungen gekommen¹⁾; endlich hatte man sich dahin geeinigt, dass Magdeburg, so lange der Administrator lebe, auf der Querbank, auf der auch Bremen und Lübeck sassen, den Sitz haben solle²⁾; nach dem Tode des Administrators erhielt es den zweiten Platz auf der weltlichen Bank hinter Baiern³⁾ und, da das Votum immer von der geistlichen auf die weltliche Bank ging, die vierte Stimme nach Oestreich, Burgund, Baiern und Salzburg. Da Oestreich und Salzburg aber im Vorsitz abwechselten, votierten fortan: 1. Oestreich, 2. Baiern, 3. Burgund, 4. Magdeburg, 5. Salzburg — oder 1. Salzburg, 2. Baiern, 3. Oestreich, 4. Magdeburg, 5. Burgund.

Diese Sessionsstreitigkeiten kommen hier nicht mehr in betracht; nur als Nachwehen des Kampfes können sie betrachtet werden, der aus einem Rangstreit sich entspinnd durch die Teilnahme der beiden Religionsparteien die wichtigste Reichsangelegenheit der Jahre 1582—1613 geworden war.

¹⁾ cf. Moser XXXV, 517, 518 u. f. 490. XXXVI, 38 u. f.

²⁾ Moser XXXIII, 497.

³⁾ Wie im Frieden bestimmt war.

Anhang I.

Joachim Friedrichs Verzicht auf die Session auf dem Reichstage 1597. Aus den Akten des Kgl. Staats-Archivs zu Magdeburg. Erzstift Magdeb. II.

Aeussere Aufschrift: Copia Unsers gnedigsten herrn des postulierten administratoris des primat undt ertzstiffts Magdeburgk etc. schreiben ahn die rom. Kai. maytt. unsern allergnedigsten herrn etc.

de dato Potzstamb d. 7. Nov. 97.

Allergnedigster herr. Ich weiss mich unterthenigst zu erinnern, was bey jungst im abgelauffenen 94. jahre gehaltenen reichsversammlung zu Regensburgk meiner session halben nicht allein vorgangen sondern wass E. Kay. maytt. durch derselben sonderbahre gesandten zu zweyen untterschiedenen mahlen dessentwegen hat gegen itzo bevorstehenden neum reichstage bei mir allergnedigst begehren, werben und suchen lassen, wohin ich mich auch sowohl mundlich alss schriftlich untterthenigst ercleret, dan ob mir wol nichts liebers gewesen, ich hette ohne einige weiter nachdenken mich kegen E. key. maytt, dermassen kont mit antwort vornehmen lassen, wie es E. kay. maytt. allergnedigst begehret, so hab ich doch die sachen also wichtig und gross befunden, das gutte sorgfeltigkeitt von nöthen undt in denselbigen behudsam zu gehen, dan sie im grunde also beschaffen, das dieselbe nicht alleine mich, sondern alle evangelische churfürsten und stenden mit concerniret und angehet. Deretwegen die notturfft sowol mit meines ehrwirdigen dohmbcappittels

alss berürter interessierter churfürsten undt stenden
 rath zu handeln wie ich dan alles was vorgegangen, billich
 mit ihme allerseits zu communiciren wehre auch wol
 schuldig derselben gutachten zu erwartten und mich bey E.
 kay. maytt. bis dahin unterthenigst zu entschuldigen, wil ge-
 schweigen, was vor erhebliche bewegende ursachen vorhanden,
 worumb ich billig bey E. kay. maytt. unterthenigst zu suchen
 undt zu bitten vielmehr den gegenteil von ihrer unbefugten
 intention abzuweisen und mich bey meinen wolhergebrachten
 undt continuirten rechten meiner undt meines primat ertz-
 stifts Magdeburgk geistlicher session allergnedigst zu schützen
 undt handthaben, wie ich dan allerunterthenigst nicht zweiffele,
 E. kay. maytt. werde in allergnedigster erinnerung meiner
 a— 94 zu Regensburgk beigebrachten fundament meiner be-
 fugnus erkant undt der sachen allergnedigst also nachgedacht
 haben, wie es doch bei beforstehender kunfftiger reichsver-
 samblung also anzustellen, domit die damalige erregte disputat
 vorbleiben undt guter einmutiger vorstandt sonderlich bey
 diesen gefehrlichen leufften da man leider mehr dan zuviel
 ursachen vor einen man zu tretten untter den stenden des
 heiligen roemischen reichs erhalten und alles zu gleichmessigen
 vorstandt undt vortraulicher zusammensetzung gerichtet wer-
 den muge. Aber weil ich aus E. kay. maytt. allergnedigsten
 begehren vormerke, das vom gegenteil wieder auffs neue
 möchte widerstandt erreget werden, undt wie gar umbstendig
 undt hartt dieselbige wegen kurtze der zeitt undt bevor-
 stehenden grossen gefahr in Unvern uff meine untterthenigste
 erklerung tringet, undt wie hoch E. kay. maytt. daran ge-
 legen, die Churfürsten undt stende aber soweit von einander
 gesessen, das ich in eill ihre bedenken nicht kan mechtig
 werden, so hab ich der sachen ferner mit allem vleiss nach-
 gedacht und damit E. kay. maytt. allergnedigst ein wergk
 zu spuren, das ich in allen muglichen dingen E. kay. maytt.
 untterthenigst zu wilfahren wolgeneigt auch nicht gern etwass
 nach exempel meiner löblichen vorfahren wolte untterlassen,
 so zu abwendung befahrender weitleufftigkeit und beferde-
 rung des gemeinen wehsens wie auch zu hintertreibung des

grausamen tyrannischen vornehmens des erbfeindes christlichen nahmens des türcken dienlich, so bin ich des unnterthenigsten gehorsahmen anerbittens mich E. kay. maytt. allergnedigst suchen und begeren zu accomodiren und deroselben zu unnterthenigsten ehren in hoc periculissimo patriae statu mein und meines ertzstiffts wolhergebrachte session einzustellen undt nichts mit denienigen, was von den allgemeinen stenden einmüttigk geschlossen undt mier undt meinem ertzstift nicht spraejudicirlich, geburlich zu confirmiren, doch mit den ausdrücklichen anhang, wie ich mich dan dasselbe hiermit protestando wil per expressum vorbehalten haben, auch E. kay. maytt. allergnedigste erclerung undt anerbietung dahin unnterthenigst vorstehe, das solche freiwillige E. kay. maytt. zu sonderbaren unnterthenigsten ehren vor diesmal gemeinte einstellung nicht allein meinem ertzstift an seiner session, stim, rechten und gerechtikeitt, noch mier undt meinen nachkommen am ertzstift unnachteilich undt sine praeiudicio sein soll und das die handlung zwischen mier undt meinen mit interessirten undt deren gegenteil bei forderlicher gelegenheit möge vorgenommen werden, wie ich dan darumb hiermit nochmals gantz unnterthenigst gehorsambts wil gebethen haben.

Undt nach dem diss mein unnterthenigst erbieten E. kay. maytt. zu unnterthenigsten ehren auff bevorderung der wolfarth des heiligen rom. reichs undt vaterlandts deutscher nation, in der gantzen christenheit, auss sonderbahren friedliebenden gemuth von mir gemeinet, auch der geschehene anhang an ihm selbst sowol ³⁴ das diese einstellung mier undt meinem ertzstift sine praeiudicio sein soll, also das die handlung forderlich vorgenommen werde, wie es dan auch die notturfft, das einsmals die missvorstende unnter den gliedern des heil. rom. reichs durch friedliebende tractation weggeraumet werden muge nicht unbillich, So bin ich nicht allein der unnterthenigsten gehorsambsten zuvorsicht, E. kay. maytt. werde meine erklerung in kayserlichen gnaden vermercken, sondern sich auch dergestalt nochmalss allergnedigst erkleren, damit ich solche bewilligte einstellung bei anderen interessirten desto besser zu veranttwortten auch aus sonderlichen kayser-

lichen hochbegabten vorstande, angeborner bekanntter moderation nach das wergk also in bedacht ferner ziehen undt durch kunfftige untterhandlung einen solchen aussschlag machen, wie es zu erhaltung guter vertrawligkeitt untter den stenden erspriesslich, welches E. kay. maytt. ich untterthenigst meiner erheischenden notturfft nach nicht bergen sollen nnd thue in wiederholung etc. . . .

Datum Potzstamb d. 7. Nov. 97.

Joachim Friedrich.

Dabei folgendes Originalschreiben: Postscriptum.

Als wir der administrator etc. diss schreiben haben abgehen lassen wollen, seindt die kay. gesandte wiederumb bey uns angelangett undt ob sie woll allerhandt motiven vorpracht worumb wir uns weiter als hiebwor geschehen, gegen die kay. maytt. untterthenigst zu erkleren, so haben wir doch dieselbe mit voriger andtwortt dimittiret, aber der sachen hernachen ferner undt sonderlich bey dieser grossen gefahr nachgedacht und uns gegen die kay. maytt. in schriftten untterthenigst wie beyliegende ercleret seindt auch darauff Ihr kay. maytt. allergnedigster resolution gewertig; wan nhun bei bevorstehender reichsversamblung die handlung solte vorgehomen werden, so werden E. L. die ihrigen darauf instruiren, solte aber dieselbige vor dissmall ihren vortgangk nicht gewinnen, so werden doch E. L. der sachen durch die ihrigen und neben andern chur- und fürstl. gesandten der gebühr nach nachdencken lassen.

Datum ut in litteris.

Joachim Friedrich manu propria.

Die beiden Schreiben sind die letzten in einem Fascikel in blauem Papier, welches ausserdem Abschriften von 1) der kaiserlichen Gesandten erstem Anbringen, 2) der Resolution des Administrators zu Magdeburg den kaiserlichen Gesandten zugestellt, 3) der kaiserlichen Gesandten letztes Anbringen

enthält. Diese Schriftstücke sind aber mehr oder weniger bei Häberlin inhaltlich wiedergegeben. Wie aus dem Postscriptum hervorgeht, hat Joachim Friedrich diese Akten an einen Fürsten abgeschickt, vielleicht deutet die Anm. 4 auf S. 87 d. A. darauf hin, dass Friedrich Wilhelm von Sachsen der Adressat war. — Das im Anfange des Postscriptums erwähnte Schreiben ist natürlich nicht der Verzicht, ebenso nicht die „vorige Antwortt“ mit der Joachim Friedrich die Gesandten dimittiret habe, sondern auf den Verzicht bezieht sich erst das „wie beyliegende“.



Lebenslauf.

Ich Hermann Foerster, Sohn des Zeichenlehrers Wilhelm Foerster und seiner Ehefrau Isabelle, geborene Vuttrich, wurde am 20. Dezember 1864 zu Ohlau geboren. Meine Schulbildung erhielt ich auf dem dortigen Gymnasium, welches ich Ostern 1884 mit dem Zeugnis der Reife verliess, um auf der Universität Breslau Geschichte und Geographie zu studieren. Dasselbst genügte ich auch meiner Militärpflicht.

Ich hörte Vorlesungen bei den Herren Professoren Dr. Dr. Röpell, Weinhold, Lichtenstein, Niese, Hirt, Schäfer, Partsch, Th. Weber, B. Erdmann, E. Meyer und Caro und besuchte die historischen Uebungen der Herren Professoren Dr. Dr. Schäfer, E. Meyer und Caro, die geographischen des Herrn Professor Dr. Partsch und die philosophischen des Herrn Professor Dr. B. Erdmann.

Allen diesen meinen Lehrern fühle ich mich zu grossem Danke verpflichtet; insbesondere erlaube ich mir, Herrn Professor Dr. Caro für das Wohlwollen, mit dem er meine Studien leitete und für die mir reichlich zu Teil gewordene Anregung meinen Dank auszusprechen.

Thesen.

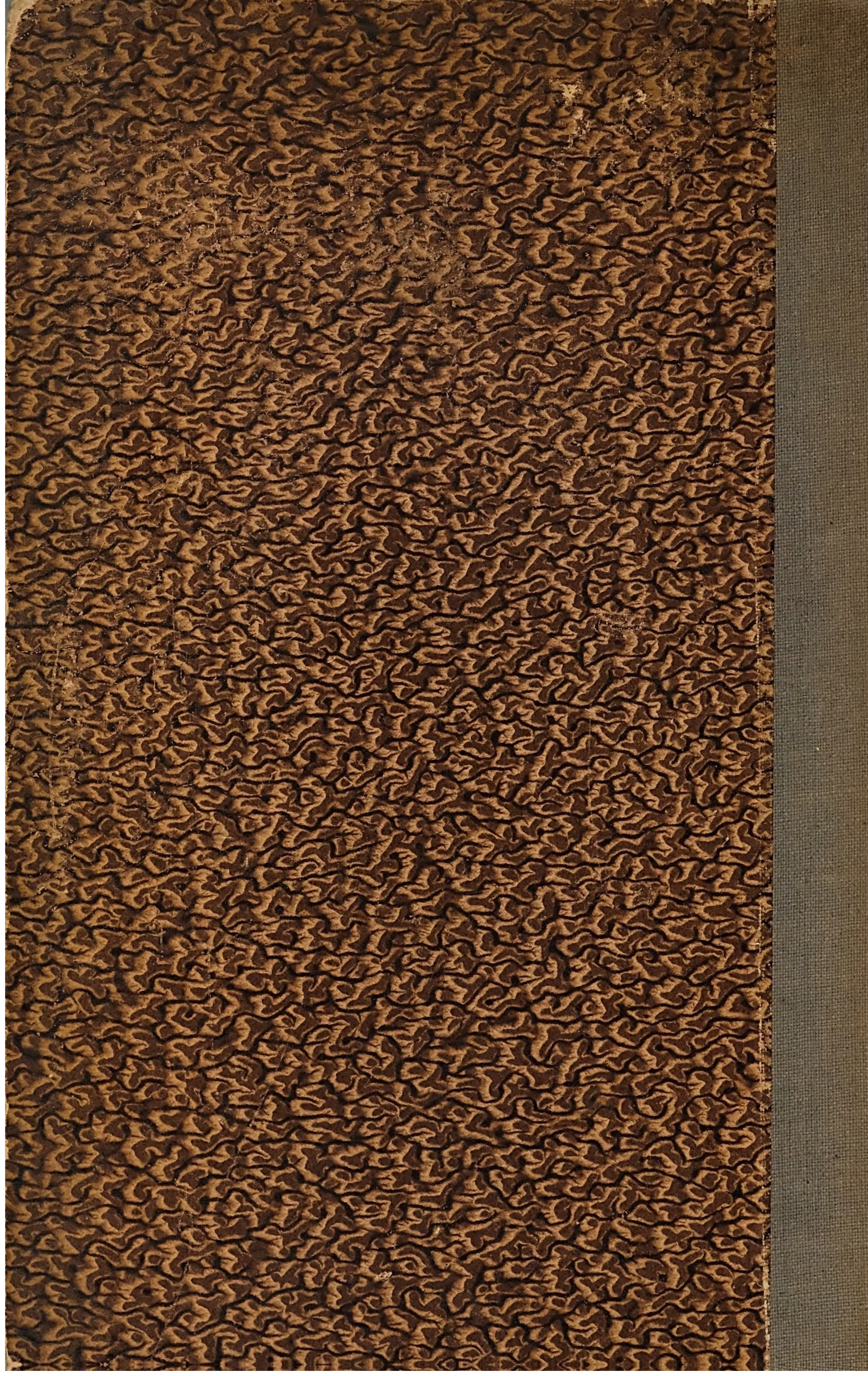
1. Das dem Administrator von Magdeburg ungünstige Verhalten Kaiser Rudolf II. in der Sessionsangelegenheit ist nicht allein, wie Ranke meint (deutsche Geschichte B. VII) aus dem Widerstande der Katholischen hervorgegangen, sondern des Kaisers eigener Entschluss gewesen.

2. Die Gründe des Tiberius Gracchus für sein Vorgehen gegen die Nobilität waren zum grossen Teil persönliche.

3. Von den Berichten über die Schlacht bei Legnano ist der der annales Mediolanenses der beste.

4. Die Behauptung Humes (Untersuchung über den menschlichen Verstand, Kap. I), dass diejenige Art der Philosophie, die er die leichtere nennt, grössern Nachruhm verschaffe, als die von ihm als „strenge“ bezeichnete, trifft nicht zu.

5. Der Turnunterricht auf höheren Lehranstalten wird weder nach der Methode Jahns noch nach der von Spiess zu gestalten sein; namentlich in den oberen Klassen wird eine Verschmelzung beider am Platze sein.



Foerster, Hermann,

Der Magdeburgische Sessionsstreit

1890

J.publ.g. 223 x

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11635525-5